



Plenarprotokoll

105. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 27. Januar 2000

Technologie- und Innovationspolitik in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 15. Dezember 1999
Drucksachen 14/2581 und 14/2612

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2679

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	7966, 7982
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	7968, 7981
Klaus-Dieter Müller [SPD]	7971
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7973
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	7975
Anke Spoorendonk [SSW]	7978
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7980

Beschluss: Beratung abgeschlossen 7982

Entwicklung des Lehrerberarfs, der Lehrerbefähigung und der Unterrichtssituation bis 2005

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2553

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2684

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	7982, 7999
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	7985
Sabine Schröder [SPD]	7988
Jost de Jager [CDU]	7990
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7992
Anke Spoorendonk [SSW]	7995
Jürgen Weber [SPD]	7997
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	7998

Beschluss: Beratung abgeschlossen 8000

Gesamtschule Ratekau

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2611

Jost de Jager [CDU]	8000
Peter Zahn [SPD]	8002
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	8003
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]	8004

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	8005
Beschluss: Ablehnung.....	8006

Gefahr-Hunde-Verordnung

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2559	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2693	
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	8006
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	8008
Klaus-Peter Puls [SPD]	8011, 8017
Meinhard Füllner [CDU].....	8012
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8013
Anke Spoorendonk [SSW].....	8016
Beschluss: Annahme des Antrages Drucksache 14/2693 in geänderter Fassung ..	8018

Gemeinsame Beratung

a) Stand der Qualitätssicherung in Pflegeeinrichtungen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2563

b) Qualitätssicherung in der Pflege

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2662	
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	8018, 8031
Kläre Vorreiter [CDU]	8021
Frauke Walhorn [SPD].....	8023
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8025
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	8027
Anke Spoorendonk [SSW].....	8029
Beschluss: Annahme des Antrages 14/2662	8031

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1999

Bericht des Eingabenausschusses Drucksache 14/2645	
Gerhard Poppendiecker [SPD], Berichterstatter.....	8032

Beschluss: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung.....	8032
--	------

Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform (Ökosteuer)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2675

Martin Kayenburg [CDU]	8032
Lothar Hay [SPD]	8036
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8037
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	8040
Anke Spoorendonk [SSW].....	8043
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten.....	8045
Klaus-Peter Puls [SPD]	8048
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8048
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8050
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	8050

Beschluss: Ablehnung.....	8051
---------------------------	------

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung. Ich begrüße Sie sehr herzlich. Ich begrüße heute Gäste, über deren Anwesenheit ich mich ganz besonders freue: Es sind heute bei uns drei Vertreter der Jüdischen Gemeinde und zwei Vertreter des Landesverbandes der Sinti und Roma. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, heute vor 55 Jahren, am 27. Januar 1945, erreichten die sowjetischen Truppen das Vernichtungslager Auschwitz. Sie befreiten die überlebenden Menschen und setzten einer jahrelangen Vernichtungsmaschinerie ein Ende. Noch in der Nacht hatten die Männer der SS das letzte Krematorium in die Luft gesprengt, um ihre grausamen Taten zu vertuschen.

Vor fünf Jahren hat Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zum **Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus** erklärt. Auch bei uns erinnern in diesen Tagen eine Vielzahl von Veranstaltungen an den Holocaust. Auschwitz - dieser Name steht synonym für bis dahin unvorstellbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Völkermord an Juden und an Sinti und Roma, die planmäßige Ermordung Oppositioneller, Homosexueller und Menschen verschiedener Glaubensrichtungen, all das ist für immer mit Auschwitz verbunden. Wenn wir heute aller Opfer des Nationalsozialismus gedenken, so ist dies zugleich Mahnung und Auftrag.

Die Vergangenheit ist keineswegs bewältigt. Nicht zuletzt die schwierige Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern zeigt uns dies. Ein erster Durchbruch ist mit der Einigung im Grundsatz gelungen. Endlich, 55 Jahre nach Kriegsende zu einer tragfähigen Lösung zu kommen, ist ein spätes, aber umso notwendigeres Symbol für die Aussöhnung zwischen Tätern und Opfern. Hier und heute sind daher neben der Politik auch die betroffenen Unternehmen aufgefordert, ihren Teil der Verantwortung anzunehmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Wenn wir uns heute der Grausamkeit des Naziregimes erinnern, tun wir dies auch mit der Verpflichtung, künftigen Generationen Wachsamkeit zu lehren. Die Erforschung des Nationalsozialismus und die Aufklärung über seine Ursachen sind bleibende Aufgaben. Zugleich ist es nicht leicht, unseren Kindern heute zu vermitteln, was damals geschehen ist und wie es dazu kommen konnte.

„Erzählt es euren Kindern“ heißt ein Buch, das heute an Schülerinnen und Schüler im gesamten Land verteilt wird. In eindrucksvoller Weise wird darin das verbrecherische Geschehen aus der Sicht jugendlicher Opfer vermittelt. Anhand von Einzelschicksalen wird gezeigt, welche unvorstellbaren und mit Sprache kaum zu beschreibenden Grausamkeiten begangen wurden. Es ist eine bleibende Anforderung an uns alle, wachsam zu sein gegenüber antidemokratischen und anti-humanistischen Bestrebungen in unserem Land.

Noch immer trifft zu, was Albert Einstein einst so formulierte:

„Die Welt ist viel zu gefährlich, um darin zu leben, nicht wegen der Menschen, die Böses tun, sondern wegen der Menschen, die daneben stehen und sie gewähren lassen.“

Beginnend bei Entmenslichungen in unserer Sprache - Beispiele sind die Unworte „Kollateralschaden“ und „Menschenmaterial“ - und endend bei rassistisch motivierten Gewalttaten gibt es ein breites Spektrum von Tendenzen, denen wir immer wieder entgegenzuwirken haben.

Ermutigen können uns Beispiele von Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus trotz massenhafter Unmenschlichkeit widerstanden haben. Mit den Worten des preisgekrönten Historikers Fritz Stern gesprochen, will ich dies so begründen:

„Die Zeit des Dritten Reiches ist eine menschlich beschämende Zeit gewesen, in der Niedertracht und Rohheit, Lüge, Opportunismus und Feigheit triumphierten. Umso mehr sollte der Historiker und Bürger dankbar anerkennen, dass es selbst oder vielleicht gerade in dieser Zeit auch andere gab, deren sittliche Größe, deren Anstand, deren Opferbereitschaft unvergesslich sein müssten.“

Einer derer, die Fritz Stern gemeint haben könnte, ist der Polizist Wilhelm Krützfeld gewesen. An ihn erinnert die Ausstellung „Gegen das Vergessen“, die heute in der Lobby zu sehen sein wird. Sein couragiertes Verhalten am 9. November 1938 hat die neue Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin vor Brandstiftung und Zerstörung bewahrt. Sie alle sind eingeladen, sich von diesem Mann ein Bild zu machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte meine kurze Ansprache mit einem Satz schließen, der in Jerusalem am Mahnmal für die mehr als sechs Millionen ermordeten Juden in englischen und hebräischer Sprache geschrieben steht. Ins Deutsche übersetzt

(Präsident Heinz-Werner Arens)

lautet er: „Das Vergessen-Wollen verlängert das Exil und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“

(Beifall im ganzen Haus)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen nun wieder in die Tagesordnung eintreten. Bevor ich Tagesordnungspunkt 22 aufrufe, möchte ich Gäste auf der Tribüne begrüßen. Herzlich Willkommen sage ich Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Harksheide und der Gesamtschule Hassee aus Kiel.

(Beifall)

Erkrankt sind weiterhin die Abgeordneten Herr Gerckens, Frau Röper, Herr Steincke; beurlaubt sind die Abgeordneten Herr Sager, Herr Stritzl, Frau Todsen-Reese.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 22 auf:

Technologie- und Innovationspolitik in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 15. Dezember 1999

Drucksachen 14/2581 und 14/2612

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/2679

Ich erteile zunächst dem Herrn Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Norden Deutschlands und allen voran **Schleswig-Holstein** entwickelt sich mit viel Elan und ganz gezielten Fördermaßnahmen zu einem potenten **Hightech-Standort**, der sowohl die traditionellen Unternehmen als auch junge Elektronikfirmen sehr schnell wachsen lässt. Meine Damen und Herren, insbesondere Sie von der Opposition, ich weiß, dass Sie mir das nicht glauben; diese Feststellung stammt aus dem Fachblatt „Elektronik Praxis“, Ausgabe 9/99, und sie ist ebenso zutreffend wie erfreulich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie kennen die Beispiele, die den Wandel unseres Landes zum innovativen Hightech-Standort markieren; ich greife nur ein paar heraus: Die Software für Callcenter kommt ebenso aus Schleswig-Holstein wie die Qualitätskontrolle für CDs. Das erste Internetkommunikationscenter Europas ist bei uns ansässig. Die modernste und umweltfreundlichste Ölbrennertechnologie wird in Dithmarschen hinter dem Deich entwickelt. Die modernste Sicherheitstechnik für Kfz-Diebstahlsicherungen auf der Basis von Infrarottech-

nologie stammt von einem sechsköpfigen Unternehmen aus Elmshorn.

Das alles sind nur Einzelbeispiele für die vielen Erfolgsgeschichten „Made in Schleswig-Holstein“. Sie zeigen aber, dass Innovation und Fortschritt bei uns Methode haben. Innovative Unternehmen finden in Schleswig-Holstein ein hervorragendes Umfeld.

(Beifall bei der SPD)

Die „Elektronik Praxis“ sprach von viel **Elan** und ganz gezielten **Fördermaßnahmen** bei der Entwicklung Schleswig-Holsteins zum potenten Hightech-Standort. Das bringt es auf den Punkt. Elan herrscht hier in der Tat. In Schleswig-Holstein haben wir eine Wirtschaftsstruktur, in der Behäbigkeit schon immer bestraft wurde. Das hat sich mit der Globalisierung noch verschärft. Es gilt: Wer schläft, der sündigt. Es gilt aber auch: Wer wach, innovativ, schnell und flexibel ist, den belohnt der Markt heute schneller und reichlicher als früher. Das wissen die meisten Unternehmen und ich füge hinzu, das wissen auch die meisten Belegschaften. Wir in Schleswig-Holstein können uns zu unserem Miteinander und einer Innovationsstruktur gratulieren, die Altes modernisiert und Neues hinzufügt, die Strukturwandel nicht als Kahlschlag geschehen lässt, sondern Zukunftschancen gestaltet.

Dieser **Strukturwandel Schleswig-Holsteins** zu einem modernen Hochtechnologiestandort ist bereits weit fortgeschritten. HDW steht für die alte Tradition des Standorts Schleswig-Holstein und gehört gleichzeitig auch zum Kern der Hightech-Wirtschaft. Allemaal bemerkenswert sind auch Zahl und Leistung junger Technologieunternehmen. Aufgeweckte und innovative schleswig-holsteinische Unternehmer setzten sich an die Spitze des Trends zur Informations- und Wissensgesellschaft.

Das erste Unternehmen am Neuen Markt - dem Hochtechnologiesegment der Frankfurter Börse - war ein Unternehmen aus Schleswig-Holstein. Allein im letzten Jahr haben drei weitere Unternehmen den Gang an den Neuen Markt gewagt. Jedes Unternehmen, das auch in diesem Jahr dazukommt, wird dazu beitragen, dass sich das Image Schleswig-Holsteins hin zum Technologiestandort wandelt. Ich spreche in diesem Zusammenhang gern vom neuen Hightech-Mittelstand. Diese Unternehmen wachsen schnell, schaffen neue Arbeitsplätze und generieren Einkommen. Der neue Hightech-Mittelstand ist das dynamische Element in dem notwendigen Strukturwandel. Er ist ein ganz wichtiger Trumpf für die Zukunft des Standorts Schleswig-Holstein. Der Elan der Unternehmer und der Belegschaften braucht die richtigen Rahmenbedingungen für den Erfolg. Die positive Entwicklung

(Minister Horst Günter Bülck)

Schleswig-Holsteins ist auch Ergebnis der vorausschauenden Technologie- und Innovationspolitik der Landesregierung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir ernten heute das, was wir in den letzten zehn Jahren gesät haben:

Erstens: mit der Schaffung von **Technologiestiftung** und **Technologie-Transfer-Zentrale**. Diese beiden Institutionen haben entscheidend dazu beitragen, dass sich das technologische Profil im Lande gestärkt hat und dass ein zentraler Anlaufpunkt für Technologietransfer besteht.

Zweitens: mit dem Aufbau einer modernen **technologieorientierten Infrastruktur** - sprich Hochschulen, Technikzentren, ISiT und so weiter.

Drittens: mit dem Aufbau eines gut sortierten Werkzeugkastens mit **Förderinstrumenten für kleine und mittlere Unternehmen**. Eine ganze Reihe von Unternehmen unseres Hightech-Mittelstands zeugen davon, was unternehmerische Initiative auf der einen und öffentliche Technologie- und Wirtschaftsförderung des Landes auf der anderen Seite gemeinsam bewirken können.

Im Lebenslauf erfolgreicher schleswig-holsteinischer Unternehmen finden Sie als Karrierestationen oft den Aufenthalt in einem Technikzentrum, die Förderung aus einem Landesprogramm, eine Beteiligung des Wagniskapitalfonds oder die Expansion auf einem öffentlich geförderten Gewerbegebiet.

Die **Leistungen des Landes** für Innovation und Technologie können sich sehen lassen. Für betriebliche Technologieförderung wurden 1996 bis 1999 insgesamt 342 Bewilligungen mit einem Volumen von 39 Millionen DM ausgesprochen. Damit wurde ein Projektvolumen von 120 Millionen DM ausgelöst und etwa 2.600 Arbeitsplätze wurden gesichert oder neu geschaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für indirekte Technologieförderung - zum Beispiel der Aufbau des ISiT, Technologiemesen oder Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft - wurden im gleichen Zeitraum weitere 65 Millionen DM aufgewendet. Hierdurch wurde zum Beispiel Itzehoe zu einem Zentrum der Mikroelektronik ausgebaut.

Die mittelständische Beteiligungsgesellschaft hat seit 1994 mehr als 160 schleswig-holsteinische Unternehmen mit insgesamt mehr als 100 Millionen DM öffentlichem Wagniskapital ausgestattet und damit zirka

3.500 Arbeitsplätze geschaffen. Für den Bau von Technologie- und Gewerbezentren hat die Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren ungefähr 113 Millionen DM bewilligt. Diese Zentren haben mittlerweile fast 300 Unternehmen mit 1.700 Arbeitsplätzen einen guten Start ermöglicht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, diese Investitionen haben sich gelohnt. Der Erfolg bleibt in der Zukunft aber nur erhalten, wenn die Technologie- und Innovationspolitik weiterhin die technologischen Trends aufnimmt, klare Ziele verfolgt, mit anderen Akteuren auf das Engste kooperiert, kräftig Tempo macht und angemessen mit finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Wir wollen und werden dafür sorgen, dass auch in der nächsten Legislaturperiode die Technologieförderprogramme auf hohem Niveau gehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden alle Chancen nutzen, die die Informations- und Kommunikationstechnik für **Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit** bietet. Wir werden unsere Stärke als Standort der kurzen Wege und schnellen Entscheidungen ausbauen, das heißt zum Beispiel die Weiterentwicklung der Innovationsberatung für kleinere Unternehmen. Wir werden das Gründerpotential in der Biotechnologie ausschöpfen und dafür die Rahmenbedingungen verbessern.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das wird auch Zeit! - Roswitha Strauß [CDU]: Wir werden! Wir werden! Wir werden!)

- Sie haben ein relativ diffuses Bild von Technologiepolitik. Sie sind ja nicht mal in der Lage, dazu Haushaltsanträge zu stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wir werden weiterhin den gemeinsamen Kompetenzaufbau von Wirtschaft und Wissenschaft vorantreiben.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir freuen uns über das, was Sie alles tun werden!)

- Herr Schlie, hören Sie zu! Wenn man seit längerer Zeit an der website www.nonsensf.dp arbeitet, dann muss man hier kein technologisches Profil entwickeln wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

(Minister Horst Günter Bülck)

Wir werden das Marketing für Schleswig-Holstein als Technologiestandort weiter verbessern. Der erfolgreiche Strukturwandel allein reicht nicht.

(Glocke des Präsidenten - Helmut Plüschau [SPD]: Das ist Ihnen ja peinlich, da zuzuhören! - Heiterkeit bei der SPD - Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, fahren Sie fort!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Wir werden in der Zukunft das Marketing für den Hightech-Standort Schleswig-Holstein weiter verbessern. Der erfolgreiche Strukturwandel allein reicht nicht.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [F.D.P.])

Unser Image muss in der Zukunft der realen positiven Entwicklung folgen. Ich zähle dabei auf Ihre Unterstützung.

(Lachen des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Herr Schlie, den Oppositionspolitikern sage ich: Sie reden den Standort gern schlecht.

(Klaus Schlie [CDU]: Ich nicht!)

Ich empfehle Ihnen: Machen Sie Opposition gegen die Regierung, aber opponieren Sie nicht gegen Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke Herrn Minister Bülck für den Bericht und eröffne jetzt die Aussprache.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun stellen Sie das mal richtig!)

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bericht ist eine Fleißarbeit des Ministeriums. Die Beamten hatten offenbar den Auftrag, jede müde

Mark an Fördermitteln der vergangenen vier Jahre zusammenzukratzen, die nur irgendwie dem Thema **Technologie- und Innovationsförderung** zugerechnet werden könnte.

(Lachen bei der SPD)

Das haben sie auch gemacht, und so kommt eine Auflistung des Vielerlei zustande, das die Landesregierung für Technologie- und Innovationspolitik hält.

(Zurufe von der SPD)

Die Zutaten sind ein bisschen privates Kapital hier, der Name und gute Rat einer IHK dort, ausgewogen zusammengesetzte Beratergremien und ein paar Ideen aus der Technologiestiftung.

(Unruhe bei der SPD)

Das Ganze vermengt man mit Geldern von der EU und vom Bund zu einem festen Brei und knetet daraus - gewürzt mit wohlklingenden Namen - eine möglichst große Zahl von Förderprogrammen.

(Widerspruch bei der SPD)

Eine Vielzahl von **Einzelaktivitäten** ist aber noch kein **Konzept**, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist sicherlich zutreffend, dass sich die allgemeine Situation von Anbietern im technologischen und innovativen Bereich in Schleswig-Holstein verbessert hat, ohne Zweifel! Nur folgen wir damit einem allgemeinen Trend in der ganzen Bundesrepublik, wie er auch vom soeben erschienenen Technologiebericht 1999 der Bundesregierung festgestellt wird.

Es ist nicht erkennbar, ob irgendwelche besonderen Maßnahmen der Landesregierung in den letzten Jahren irgendeine Wirkung hatten, die über die allgemeinen wirtschaftliche Entwicklung hinausgeht.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da müssen Sie mal die richtige Brille aufsetzen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ebenso wenig lässt sich belegen, ob die neuen technologischen Chancen überhaupt in dem Umfang durch Rot und Grün genutzt worden sind, Herr Schröder, wie es für Schleswig-Holstein möglich und nötig gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die Landesregierung versucht, ihre Erfolge mit der **Entwicklung der Arbeitslosenquote** zu belegen. Sie betrug im Dezember in Schleswig-Holstein 9,3 % und vergleicht sich dabei mit den norddeutschen Ländern. Ich empfehle Frau Simonis, Ihren Blick einmal nach Süden zu richten. Die Arbeitslosenquoten in den dortigen

(Brita Schmitz-Hübsch)

gen Ländern liegen zum Beispiel bei 8 % in Hessen, bei 6,2 % in Baden-Württemberg und bei 6,3 % in Bayern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Nach Ansicht des **Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung** - DIW - in Berlin hat das Land Schleswig-Holstein die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Standortbedingungen, die sich aus dem Fall der Mauer und dem Zusammenwachsen der EU ergeben haben, bisher kaum genutzt.

(Uwe Eichelberg [CDU]: So ist das!)

In einer längerfristigen Betrachtung über die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland hat das DIW im Januar vor einem Jahr festgestellt, dass sich die technologische Wettbewerbsfähigkeit des Nordens nur minimal verbessert hat, da die Aufwendungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung je Einwohner im Süden immer noch weit mehr als doppelt so hoch sind wie im Norden.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! - Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Es heißt da wörtlich:

„Wenn es im Norden und im Westen aber nicht gelingt, einen technologie- und innovationsintensiveren Entwicklungspfad zu erreichen, wird es grundsätzlich bei einem Wachstumsrückstand gegenüber dem Süden bleiben.“

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Dabei merkt das DIW kritisch an, dass zum Beispiel die Biotechnologie, die eine solche Dynamik auslösen könnte, ebenso im Süden konzentriert ist wie etablierte Technologien.

(Klaus Schlie [CDU]: Hört, hört!)

Soweit das DIW.

Auch der **Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 1999**, erschienen im Januar 2000, der offensichtlich in Ihren Bericht keinen Eingang gefunden hat, stellt zur räumlichen Verschiebung von Forschungskapazitäten innerhalb der Bundesrepublik fest:

„Nordrhein-Westfalen ist schon seit längerem eindeutiger Verlierer im Wettbewerb um industrielle Forschungskapazitäten und ist, wie auch Schleswig-Holstein, weiter zurückgefallen.“

Von einem besonderen Aufholen im Technologiewettbewerb der Standorte kann also nicht die Rede sein.

(Zuruf von der Ministerbank)

Herr Minister, ich halte mich nicht an Aussagen von Journalisten, sondern an wissenschaftlich begründete Aussagen und an die offiziellen Aussagen der Bundesregierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was tut nun die Landesregierung, um diesen **Rückstand** zum Beispiel in der Biotechnologie aufzuholen. Im Bericht wird lapidar festgestellt, dass **Schleswig-Holstein** zusammen mit Hamburg den bundesweiten BioRegio-Wettbewerb verloren hat. Seitdem beschränkt sich das Bioinitiative Büro Nord wieder auf das Auflisten von Biofirmen und auf die Teilnahme an Messen und Wanderausstellungen. Die Initiative der Landesregierung besteht im Abwarten, ob Unternehmensaussiedlungen aus Hamburg herauskommen - ohne irgendeine Schwerpunktsetzung.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Auch Unternehmensunterstützungen hat es bisher kaum gegeben, sieht man von der erst kürzlich erfolgten Ansiedlung der Firma Strathmann Biotech in Bovenau ab, die wenigstens ein Lichtblick ist.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] - Ursula Kähler [SPD]: Da hört offensichtlich niemand zu!)

Über eine Umsetzung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für ein Gründer- und Innovationszentrum Biotechnologie in Schleswig-Holstein in politisches Handeln steht im Bericht nichts. Eine Anmerkung dazu: Leider steht ebenfalls nicht darin, dass die Anregung zu einem solchen Gründerzentrum von der CDU-Landtagsfraktion im Sommer 1998 ausgegangen ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das geböte eigentlich die political correctness.

(Zurufe von der SPD)

Auch die Erkenntnisse aus der Evaluierung des Technologietransfersystems durch die INNO haben bisher nur zu **Absichtserklärungen** geführt. Einzig konkret ist die Einrichtung eines neuen Beraterkreises mit dem Namen TIR - Technologie- und Innovationsrat. Im Bericht steht der spannende Hinweis, dass TIR am 5. November 1999 zusammengetreten sei und seine Beratungen im Januar 2000 fortsetzen werde. Was

(Brita Schmitz-Hübsch)

TIR dabei konkret gemacht hat, steht leider nicht im Bericht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das wissen die selber nicht!)

Im INNO-Gutachten wird gefordert, die Vielzahl der Förderinstitutionen und Förderinstrumente in Schleswig-Holstein stärker zu verknüpfen und miteinander abzustimmen.

(Abgeordneter Claus Hopp [CDU] und Abgeordneter Günter Neugebauer [SPD] unterhalten sich - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, bitte einen Moment! Herr Abgeordneter Neugebauer und Herr Abgeordneter Hopp, ich muss nicht jedes Wort Ihrer Unterhaltung da vorn verstehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Frau Abgeordnete, fahren Sie bitte fort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Auch der Landtag hatte einen entsprechenden Prüfauftrag erteilt. Am 14. Januar dieses Jahres meldete der Minister dem Landtagspräsidenten in einem Brief Vollzug. Leider enthält der Brief nur Absichtserklärungen darüber, wie sich Technologiestiftung und Energiestiftung zusammen mit der Technologie-Transfer-Zentrale und der Energieagentur in Zukunft gegenseitig „unterrichten“, „einbeziehen“, wie sie „Vernetzungen anstreben“. Dieses Ergebnis eines Prüfungsauftrages nach einem Jahr ist ausgesprochen dürftig, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU)

Mit großem Stolz heißt es in dem Bericht zum Thema „wirtschaftsnahe Infrastruktur“:

„Das Land hat, gemessen an der Einwohnerzahl, die höchste Dichte an Technologie- und Gründerzentren.“

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Bernd Schröder [SPD] - Ingrid Franzen [SPD]: Ist das schlecht?)

Das mag so sein, nur, wozu dient das, wenn in Nordrhein-Westfalen eine Untersuchung über 20 Jahre Arbeit von Technologiezentren erst kürzlich zu dem Schluss gekommen ist, dass der Effekt für Arbeitsplätze und Neuansiedlungen im Vergleich zu den eingesetzten Mitteln eher gering ist.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das sehen wir aber anders! - Ingrid Franzen [SPD]: Sie ha-

ben sich in Flensburg nicht richtig umgesehen!)

Aus den im Bericht erwähnten Zahlen ergibt sich eine durchschnittliche Förderung von 75.000 DM pro Arbeitsplatz. Hinzu kommen noch die Verluste der Betreiber, soweit sie Verlust machen, die aber von der Landesregierung in meiner Kleinen Anfrage zu diesem Thema nicht bekannt gegeben wurden. Wenn der Minister zufrieden in seiner Pressekonferenz, die er ja gemacht hat, obwohl er den Bericht zunächst eigentlich dem Landtag hätte vorstellen müssen,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

erwähnt, dass das durchschnittliche **Fördervolumen** der Technologiepolitik der Landesregierung bei 12.000 DM pro Arbeitsplatz liegt, dann sind die Arbeitsplätze in den Technologiezentren mit Sicherheit mit 75.000 DM zu teuer.

(Ingrid Franzen [SPD]: Weg damit!)

Ich komme gleich zu „weg damit“, Frau Franzen! Ich habe mir erlaubt, die Zahlen anhand der Presseerklärung des Ministers einmal nachzurechnen. Vielleicht können Sie nachher noch einmal sagen Herr Minister, wie Sie zu diesen Zahlen gekommen sind. Sie haben gesagt, 300 Millionen DM hat die Landesregierung in den vergangenen vier Jahren für Technologie- und Innovationspolitik ausgegeben und 2.600 Arbeitsplätze seien geschaffen worden. Wenn das die Rechnungsgrundlage sein sollte - ich habe das einmal nachgerechnet -, dann kommen leider nicht 12.000 DM dabei heraus, Herr Minister, sondern es kommt ein Betrag von etwa 115.000 DM heraus. Das kann man dann aufrunden auf zirka 120.000 DM. Und wenn das die Berechnungsbasis ist, dann haben Sie sich leider um eine Stelle vertan. Sie haben sich um eine Null geirrt.

(Zurufe von der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Die rechnen immer noch!)

Das kommt vor und dafür habe ich Verständnis. Aber bei dieser Berechnung liegt die Förderung durch die rot-grüne Landesregierung nicht bei 12.000 DM pro Arbeitsplatz, sondern bei 120.000 DM. Und bei diesem **Preis pro Arbeitsplatz** könnten die von Ihnen zum Vergleich herangezogenen Branchen Werften und Kohle, die Sie da in Ihrer Pressemeldung genannt haben, schon wieder mithalten - zumindest was die Subventionen anbetrifft.

Ich wäre Ihnen also sehr dankbar, wenn Sie uns einmal vorrechnen würden, wie Sie auf die 12.000 DM gekommen sind. Ich habe hin- und hergerechnet unter

(Brita Schmitz-Hübsch)

Einbeziehung mehrerer Rechenmaschinchen, bin aber zu keinem anderen Ergebnis gekommen.

(Heiterkeit und Zurufe - Wortmeldung des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Zeit läuft mir davon.

Ich möchte gern noch sagen, was nicht im Bericht steht. Ich denke da zum Beispiel an die Professoren, die aus Schleswig-Holstein abwandern, weil sie hier schlechte **Arbeitsbedingungen** vorfinden. Auch der hochgelobte Innovationsfonds, aus dem bisher noch kein einziges schleswig-holsteinisches Unternehmen gefördert worden ist, kommt im Bericht nicht vor.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sollten Ihnen vielleicht einmal Ihre Rechenmaschinchen weiterhelfen!)

Ich komme zum Schluss. Herr Minister, Sie haben die Technologie- und Innovationspolitik der Landesregierung als einen der erfolgreichsten und effizientesten Politikbereiche bezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Sicherlich müssen Sie diese Aussage jetzt korrigieren, zumal ich Ihnen auch gezeigt habe, dass die Bewertung schleswig-holsteinischer Leistungen von außerhalb erheblich anders aussieht als hier im Rahmen des heimischen Kirchturms.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, Sie haben versprochen, zum Schluss zu kommen.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Das ist jetzt der letzte Satz, Herr Präsident. - Ich frage mich nur: Wenn das das Erfolgreichste und Effizienteste war - wie wenig erfolgreich und ineffizient, um nicht zu sagen chaotisch, mag es in anderen Bereichen der Landesregierung zugehen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Müller das Wort.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es begann im Jahre 1973 - bei der Altersstruktur in diesem Hause werden wir uns alle erinnern können -

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

mit einer Veröffentlichung des Club of Rome „Grenzen des Wachstums“. Mit der Veröffentlichung dieses Buches wurde der bis dahin vorhandene Fortschritts-optimismus gebrochen. Das hat sich über eine Reihe von Wirtschaftskrisen 1972, 1973 und 1979 verstärkt. 1975 begann die Debatte über die Kernenergie, die nicht nur die risikobehaftete Kernenergie selbst zum Gegenstand hatte, sondern den Umgang mit Technologien überhaupt problematisierte und dazu führte, dass die **Technologiediskussion** in Deutschland nur als Risikodebatte, nicht jedoch als Chancendebatte geführt wurde.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Vor allem bei Ihren Parteifreunden! - Zurufe von der CDU)

- Hören Sie doch bitte zu, ich weiß ja, dass Sie immer aufgeregt sind, wenn ich rede, aber bleiben Sie ruhig.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Vor allem die rasante und jeden von uns betreffende Entwicklung in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien hat allen - nicht zuletzt durch eigene Betroffenheit - bewiesen, welche Kraft zur Veränderung und welcher Zwang zum Wandel mit den technologischen Entwicklungen verbunden ist.

Es ist jetzt jedem wieder bewusst, welche Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum der **Strukturwandel** hin zur technologieorientierten Dienstleistungsgesellschaft hat. Nun wollen alle wieder gern an der Spitze der Bewegung stehen. Dafür haben wir Verständnis. Aber wir können niemandem ersparen, dass wir, dass die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein, die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen und auch ihr grüner Partner sehr rechtzeitig und ebenso erfolgreich unser Land im Sinne der skizzierten Entwicklung fit gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Technologienpolitik** der Regierung Simonis ist eine Erfolgsgeschichte.

(Zuruf von der SPD: Richtig! - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Die Opposition hat es in dieser Debatte daher schwer. Heute verschweigen Sie die Erfolge unseres Landes in der Technologienpolitik. Sie - beziehungsweise Ihr zugereister Spitzenkandidat - sprechen davon, wir müssten Anschluss an den Rest der Republik finden.

(Lachen bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Wer hat Ihnen das eigentlich aufgeschrieben?)

(Klaus-Dieter Müller)

- Ganz ruhig, immer erst zuhören. Das ist ganz wichtig für euch, damit ihr das auch behaltet!

(Lachen bei der CDU)

Erst vor zwei Jahren haben Sie einstimmig in diesem Hause bestätigt, dass Schleswig-Holstein beim Technologietransfer eine „bundesweit führende Stellung erreicht hat“ - Drucksache 14/516 dieser Legislaturperiode.

Was sollen Ihnen die Wählerinnen und Wähler denn nun glauben? Plakative Unterstellungen zum Thema sind zu kurz gegriffen. Darum wollen wir Ihnen mit diesem Bericht helfen, die Erfolgsstory konkret nachzuvollziehen.

Dieser Erfolg lässt sich am besten an der Tatsache messen, dass **Schleswig-Holstein** den Wandel von einem Land, das überwiegend durch Landwirtschaft, Schiffbau und Bundeswehr gekennzeichnet war, hin zur **technologieorientierten Dienstleistungswirtschaft** erfolgreich vollzogen hat. In der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins arbeiten nur noch 28.000 Menschen, im Schiffbau nur noch 6.000 Menschen, vom Truppenabbau war Schleswig-Holstein nicht zuletzt aufgrund der tatkräftigen Mithilfe des damaligen Verteidigungsministers, als er unser Land noch nicht als eine Karrieresprosse entdeckt hatte, besonders betroffen.

(Ursula Kähler [SPD]: Stimmt!)

Das Personal der Bundeswehr wurde um 41,7 % reduziert!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das bedeutete, Herr Kayenburg -

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ich weiß, Sie sind jetzt wieder ertappt. Es ist mir klar, dass Sie sich wieder ertappt fühlen bei 34.800 Arbeitsplätzen, die Ihr ehemaliger Verteidigungsminister hier damals wegrationalisiert hat.

(Widerspruch bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, ich schlage vor, Sie als Redner und das Plenum schalten einen Gang zurück!

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Heute kommen mehr als zwei Drittel der Wirtschaftskraft und der Beschäftigten in Schleswig-Holstein aus dem Dienstleistungssektor. Medizintechnik, Software,

Elektrotechnik und Umwelttechnik dominieren das Geschehen. Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien sind im Land führende Unternehmen angesiedelt: Motorola, MobilCom, Orga, Talkline und andere. Heute haben 1.100 Softwarefirmen ihren Sitz in Schleswig-Holstein, in denen über 7.000 Arbeitnehmer eine zukunftssichere Beschäftigung finden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit über 20 % hat Schleswig-Holstein einen überdurchschnittlichen Anteil der **Beschäftigten im Hightech-Bereich**. Allein in der Umweltwirtschaft bieten rund 1.000 Firmen etwa 32.000 Menschen Beschäftigung.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

In Kiel, Lübeck und Borstel werden darüber hinaus Biotechnologieparks entstehen. Das ist erfolgreicher Strukturwandel! Das ist ein wesentlicher Teil des Erfolges einer SPD-geführten Regierung Simonis!

(Beifall bei der SPD)

Dieser erfolgreiche **Umbau** unserer **Wirtschaft** kommt nicht von ungefähr. Eine Fülle richtiger politischer Entscheidungen ist dafür ursächlich: So war es richtig, die Strukturförderung über die einzelbetriebliche Förderung zu stellen. So war es richtig, den Bau von Technologie- und Innovationszentren zu fördern. Nach Nordrhein-Westfalen hat Schleswig-Holstein heute die meisten Technologiezentren. So war es richtig, Technologiestiftung und Technologie-Transfer-Zentrale als zwei Säulen des Technologietransfersystems zu etablieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

So war es richtig, die kleinen und mittleren Unternehmen im Lande nicht mit dem Förderangebot allein zu lassen, sondern regionale Investitions- und Innovationsberater - unsere RIBS - an die Seite zu stellen, die von sich aus an die Betriebe herantreten - Beratung als Bringschuld von Politik.

So war es richtig, neue Formen des Technologietransfers zu fördern, wie die Transfer-GmbHs an unseren Hochschulen. So war es richtig, unsere Schulen mit neuen Techniken auszustatten - ich nenne nur das Programm „Schulen ans Netz“ - und das Projekt „Virtuelle Hochschule“ nach Lübeck zu holen.

(Klaus-Dieter Müller)

So war es richtig, mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und dem Wagniskapitalfonds Hamburg/Schleswig-Holstein ausreichendes Riskokapital zur Verfügung zu stellen. Und so war es richtig, weitere wichtige Einrichtungen zu schaffen, die Technische Fakultät der CAU, Geomar, IsiT, Artefact seien hier stellvertretend genannt.

(Beifall bei der SPD)

Zur Erfolgsbilanz und zu einer solchen Debatte gehört aber auch, die Sensibilität für noch vorhandene Probleme und noch vor uns stehende Aufgaben zu schärfen. Ich nenne hier beispielhaft die Biotechnologie, die es verstärkt zu fördern gilt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

Noch mehr **Transparenz** in Bezug auf die vielfältigen Angebote zur Existenzgründung und Existenzsicherung und des Technologietransfers in Schleswig-Holstein! Stichworte sind für mich die Technologie-Hotline und Agenten-Software für Existenzgründer und Selbstständige. Berufsmarketing ist ein Aufgabenfeld. Das bedeutet unter anderem, Schülerinnen und Schülern noch mehr als bisher die Chancen technischer Berufe näher zu bringen. Es bedeutet, unseren Studierenden die Selbstständigkeit als eine Alternative der Berufsperspektive deutlich zu machen.

Und wir müssen die **wirtschaftliche Dimension** der neuen Technologien für unsere Entscheidungen erfassen lernen. Was bedeuten etwa die Informationsgesellschaft und ihre Möglichkeiten für unsere Verkehre in 20 Jahren, für unsere Bildungspolitik - Stichwort „virtuelle Hochschulen“ - oder etwa für die Notwendigkeit, viele Gäste, gar Einwanderer, ins Land zu holen, da uns schon jetzt 30.000 Informatiker händelnd fehlen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum wohl?)

Über diese Themen denken wir aber noch viel zu wenig gemeinsam nach.

Bilanz und Perspektive bietet dieser Bericht. Lassen Sie uns die Erfolgsstory „Technologieland Schleswig-Holstein“ gemeinsam weiterschreiben, meine Damen und Herren von der Opposition! Heute in vier Wochen dürfen wir alle wieder Erreichtes loben. Da müssen Sie nicht mehr leugnen, dass auch Sie stolz auf unsere technologiepolitischen Erfolge in Schleswig-Holstein sind, denn auch Sie als Opposition haben Ihren Anteil daran. Stellen Sie Ihr Licht nicht weiter unter den Scheffel.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt ist leider Holger Astrup nicht hier.

(Zurufe bei der CDU: Oh!)

Als er mir nämlich diesen Antrag in die Hand drückte und zu mir kam - ich gebe es zu, dieser Antrag stammt nicht aus meiner Feder -, habe ich zuerst zu Holger gesagt: „Holger, was soll denn das?“

(Heiterkeit bei der SPD)

Müssen wir uns denn selber loben?

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann hat Holger gesagt: „Ja, das müssen wir. Glaubst du, dass die Opposition das macht?“

(Beifall bei der SPD)

Damit hat er natürlich Recht.

Das, was hier in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren stattgefunden hat - ich gebe selbstlos zu: einiges davon hat schon vor unserem Eintritt in die Landesregierung begonnen -,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Noch weitere Bekenntnisse!)

ist eine **Erfolgsstory** sondergleichen. Es lohnt sich, darüber zu reden. Wer den **Bericht** gelesen hat, der kann mir nur zustimmen. Eine Sache, über die wir uns lange und auf ganz anderem Niveau im Wirtschaftsausschuss unterhalten haben - dort haben wir über wesentlich mehr Details und viele Facetten dieser Politik gesprochen -, jetzt in dieser Weise zu zerreden, weil Wahlkampf ist - obwohl wir viele Punkte dieser Politik in den letzten Jahren sogar gemeinsam mit der Opposition beschlossen haben -, ist wirklich ein bisschen traurig.

Der größte Unterschied, der sich für mich hinsichtlich der neuen Wirtschafts- und Technologiepolitik darstellt - ich nehme tatsächlich die Zeitepoche seit 1988 und das, was vorher gemacht worden ist - besteht für mich darin, dass die Wirtschaftspolitik vor 1988 im Wesentlichen darauf aus war, durch hohe Subventionen beziehungsweise durch die möglichst kostenlose Bereitstellung von Ressourcen Konzerne dazu zu bewegen, Filialen nach Schleswig-Holstein zu verlegen.

Diese Politik gipfelte in dem Projekt Brunsbüttel, in das über 1 Milliarde DM an **Staatssubventionen** hineingeflossen ist - mehr Fördermittel, als jemals in

(Karl-Martin Hentschel)

ein Projekt geflossen sind -, und durch das netto 800 Arbeitsplätze entstanden sind. Wenn man das umrechnet, dann wäre die Effizienz so hoch, dass man allein aus den staatlichen Subventionen sämtliche Leute, die dort zusätzlich Arbeit gefunden haben, etwa 200 Jahre lang hätte voll bezahlen können.

Im Unterschied dazu ist die neue **Wirtschafts- und Technologiepolitik** des Landes darauf abgestellt, kleine Betriebe zu fördern, technologische Betriebe zu fördern, Potentiale im Lande aufzuspüren und sie zu fördern, sodass wir eine vielfältige Wirtschaft von kleinen und mittleren Betrieben bekommen, die einen Aufschwung im Land entwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dieses Konzept halte ich entscheidend für die Zukunft von Schleswig-Holstein. Wir haben natürlich - das gebe ich durchaus zu - auch etwas von dem abgesehen, was zum Beispiel in Baden-Württemberg seit langem Tradition hat. Denn die Stärke der baden-württembergischen Wirtschaft lag immer darin, dass sie eben nicht aus Großbetrieben resultierte wie das Rheinland, sondern aus vielen kleinen mittelständischen Betrieben, die uns hier fehlten, weil wir im Wesentlichen eine Struktur mit Werften, Rüstung und Bauern hatten. Deswegen ist das, was jetzt mit den 5.000 kleinen **Hightech-Betrieben in Schleswig-Holstein** entstanden ist, wirklich ein kleines Wunder. Dass Schleswig-Holstein sich so dynamisch wie in den letzten Jahren entwickelt, ist eine enorme Leistung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Elemente dieser Politik sind hier genannt worden. Ich will sie nicht alle wiederholen. Das ist die **Technologie- und Innovationspolitik**. Es ist sicherlich auch die Neuorientierung der Hochschulpolitik in Richtung Fachhochschul-GmbHs und Kooperation der Hochschulen mit der Wirtschaft. Dazu gehört - das ist ganz wichtig - die Existenzgründungsoffensive, an der wir mit dem letzten Koalitionsvertrag nicht ganz unbeteiligt sind. Schleswig-Holstein hat sich gerade bei der Zahl der Existenzgründungen an die Spitze der bundesrepublikanischen Liga katapultiert. Darauf sind wir sehr stolz.

Bewährt hat sich bei den Technologiezentren auch, dass man thematische **Schwerpunkte** setzt. Es darf natürlich nicht sein - das war am Anfang teilweise auch das Problem im Rheinland -, dass Technologiezentren lediglich billige Gewerbegebiete sind, in die ein Gebäude hineingestellt wird und in das dann Betriebe einziehen können. Dann hat man natürlich nicht den Effekt, wenn die Handwerker kostenlos in das

Innovationszentrum ziehen können. Es muss wirklich darum gehen, dass man thematische Schwerpunkte setzt, dass neue Betriebe gewonnen werden, dass die Betriebe nach wenigen Jahren, wenn sie sich stabilisiert haben, heraus müssen, um neuen Existenzgründungen Platz zu machen. Dadurch können sich die Betriebe gegenseitig befruchten. Dieses Konzept ist zunehmend in Schleswig-Holstein angewandt worden. Es ist ein erfolgreiches Konzept, das Früchte getragen hat.

Ein wichtiger Punkt ist für uns Grüne natürlich der Bereich **Umwelt- und Energietechnologie**. In diesem Bereich hat das Land in vielen Sektoren bereits eine Spitzenstellung eingenommen. Ich denke zum Beispiel auch an den Bereich regenerative Energien. Wenn wir mit 15 % an regenerativem Strom bundesweit an der Spitze stehen - diese Zahl hat sich innerhalb von wenigen Jahren verdoppelt -, dann ist das eine große Leistung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie löst Impulse für die Wirtschaft aus - nicht nur für die Windkrafthersteller, sondern auch für die Turbinenhersteller und für Handwerker, die mit der Wartung befasst sind und so weiter. Das löst also eine ganze Kette von Nachfolgewirkungen aus. Heute sind bereits mehr Leute in der Windkraft als in der Kernenergie beschäftigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Im Bereich der Umwelttechnologien hat sich das Umweltministerium beinahe schon zu einem kleinen zweiten Wirtschaftsministerium entwickelt,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

weil immer mehr erkannt worden ist, dass man Umweltpolitik nicht gegen die Wirtschaft betreiben kann, sondern dass wir die Zukunft nur gestalten können, wenn wir die Wirtschaft und die Lebensweise selber umweltfreundlich gestalten. Unsere Wirtschaft wird gerade davon profitieren, wenn sie ressourcen- und energiesparend effizient ist.

Ich denke gerade an das **Öko-Audit**, bei dem Schleswig-Holstein an zweiter Stelle aller Bundesländer liegt. An der Spitze liegt Rheinland-Pfalz.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo bleiben da die versprochenen Entlastungen?)

Wir müssen es schaffen, unsere Betriebe so zu gestalten. Wir haben mit einer Reihe von Betrieben gesprochen, die dieses Öko-Audit gemacht haben. Es stellte sich immer heraus, dass es zwar eine Menge Aufwand

(Karl-Martin Hentschel)

war, dass hinterher aber viel Geld gespart worden ist. - Das ist ein gutes Ergebnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Es zeigt, dass Ökologie, was im Griechischen etwas mit Haushalt zu tun hat, und Ökonomie sehr verwandte Begriffe sind, und ökologisches Wirtschaften auch immer effizientes ökonomisches Wirtschaften ist. Dahin müssen wir kommen.

Ich möchte zum Schluss zwei Initiativen ansprechen, die mir besonders am Herzen liegen. Das ist einmal das **Programm ABI** - also Innovation, Bildung und Umwelttechnologien -, das geschaffen wurde, um einen Teil der Gelder, die durch den Liegenschaftsverkauf in die Landeskassen kommen, nicht einfach nur zur Schuldendeckung einzusetzen, sondern auch eine Initiative für die Zukunft des Landes zu starten. ABI konzentriert sich mit 130 Millionen DM auf die strategischen Aufgaben des Landes. Es ist sozusagen ein Nachbrenner, den wir zusätzlich zur Jahrhundertwende gezündet haben, um das Land nach vorn zu katalysieren.

Im Umweltbereich umfasst das strategische Projekt die Solaroffensive, die Biogasförderung und das Brennstoffzellenprojekt; im Bildungsbereich den Ausbau der Infrastruktur der Schule, Berufsbildung und Hochschule, gerade auch im technologischen Internetbereich.

Das zweite Projekt, auf das ich gesondert eingehen möchte, ist **RISI**. Dieses Projekt ist noch viel zu wenig bekannt. Ich kann nur alle auffordern, mehr darüber zu reden. Dieses Projekt wurde Schleswig-Holstein als Modellregion der Europäischen Union für den Weg in das Informationszeitalter anerkannt. Das Ergebnis der ersten Phase von RISI waren Hunderte von Projektideen, mit denen jetzt in der zweiten Phase des Projektes zahlreiche Ideen - teilweise mit Drittmitteln - umgesetzt werden. Bei diesen Projekten geht es um alle gesellschaftlichen Bereiche: vom Landeskulturserver zum Infonet Umwelt, von der Initiative „Kleine und mittlere Unternehmen ans Netz“ zur Initiative „Schulen ans Netz“, von der Vernetzung der Landfrauen zur Vernetzung des Gesundheitswesens, von der virtuellen Hochschule zum virtuellen Betrieb - um nur einige Beispiele zu nennen.

Wir alle müssen eingestehen, dass unsere Mittel im Vergleich zu denen großer Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg durchaus bescheiden sind. Aber darüber zu lästern, Frau Schmitz-Hübsch, finde ich geradezu verkehrt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es kommt ja gerade darauf an, daraus etwas zu machen. Worüber ich staune, ist, mit welcher Begeisterung Sie hier die Sünden der Regierung Kohl aus den letzten 16 Jahren vortragen. Die hat nämlich einen großen Teil der Fördermittel in den letzten Jahren im Süden der Republik, in schwarzen Ländern „privatisiert“.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist es!)

Sie haben abgezockt noch und noch. Als jetzt nachgerechnet worden ist, wie die Fördermittel, die Strukturmittel überhaupt verteilt werden, hat man festgestellt, dass die norddeutschen Länder zu wenig bekommen haben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie zum Schluss.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Und das stellen Sie auch noch als Leistung dar! Ich kann nur sagen: Das ist eine Unverschämtheit, dieses Abkassieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin froh, dass das endlich aufhört.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Was ist mit Brüssel?)

Ich bin sicher, dass es aufhört. Ich bin froh, dass wir jetzt weitere Impulse für den Weg in die Zukunft von Schleswig-Holstein bekommen. Wir alle können uns nur freuen, dass es so weitergeht und nicht jemand, der alles zerredet, hier an die Regierung kommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis dafür, dass sich die Landesregierung gerade zu diesem Zeitpunkt als innovativ, fortschrittlich und natürlich erfolgreich präsentieren möchte.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Mit voller Kraft für unser Land sollen die technologiepolitischen Leistungen herausgestellt, der bewältigte Strukturwandel beschworen, den Machern im Kabinett applaudiert werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Genau!)

Immer wenn ich von Mitgliedern der Landesregierung höre, sie seien froh, dass man in Schleswig-Holstein endlich ein modernes Land und nicht mehr das Land der Schwarz-Bunten sehe, frage ich mich, meine Damen und Herren von der Regierung: Was haben Sie eigentlich gegen Kühe?

(Heiterkeit des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Ernst, meine Kolleginnen und Kollegen: Mit pauschalen Aussagen wie - ich zitiere - „Trotz restriktiver Haushaltspolitik konnte sie“ - gemeint ist die Technologieförderung des Landes - „auf vergleichsweise hohem Niveau gehalten werden“, kann ich vergleichsweise wenig anfangen. Was heißt eigentlich „hohes Niveau“ und mit wem oder was vergleichen Sie sich hier eigentlich?

Ich frage mich nur: Wenn alles so wunderbar ist, wenn **Schleswig-Holstein** aufgrund unübertroffener **Technologieförderung** der Landesregierung zum Mekka hochmoderner Betriebe schlechthin geworden ist, warum schlägt sich das eigentlich nicht endlich in messbaren und aussagefähigen ökonomischen Größen nieder?

Der Hinweis, die **Exportquote** sei stärker gestiegen als in anderen Bundesländern, ist doch beinahe ein Hohn angesichts der Tatsache, dass Schleswig-Holstein nach wie vor die geringste Exportquote im Ländervergleich aufweist.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das! Genau! - Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Hinweis auf den **Arbeitsmarkt** ist ebenfalls alles andere als aussagekräftig. Ja, die Arbeitslosenquote sank – aber doch nur, weil die erwerbsfähige Bevölkerung insgesamt aufgrund der demographischen Entwicklung mittlerweile zurückgeht, bundesweit und natürlich auch in Schleswig-Holstein.

Viel aussagekräftiger ist die Entwicklung bei der Zunahme der Beschäftigung im vergangenen Jahr. Während in den zurückliegenden Jahren die Beschäftigung kontinuierlich zurückgegangen ist, stieg sie im vergangenen Jahr leicht - Grund genug für die Landesregierung, einmal mehr auf ihre hervorragende Politik hinzuweisen. Einverstanden, die einmalige Zunahme der Beschäftigung geht auf das Konto der Landesregierung, ist Beleg für ihre Politik. Bedauerlich ist nur,

dass diese Politik im Vergleich zu allen übrigen westdeutschen Ländern die schlechteste ist.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Denn während in Schleswig-Holstein das Beschäftigungswachstum 0,4 % betrug, lag es in allen anderen westlichen Bundesländern deutlich über diesem Wert. Im Bundesdurchschnitt betrug die Zunahme 0,8 % und war damit genau doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein.

Lässt der in Regierungspublikationen beschriebene Technologieboom dann wenigstens die **Steuerquellen** kräftig sprudeln? - Nein, das tut er nicht.

Ich zitiere aus dem vorläufigen Abschluss des Haushaltsvollzugs 1999:

„Die Steuereinnahmen allein sind um 237 Millionen DM hinter dem Haushaltssoll zurückgeblieben. Gegenüber 1998 ... beträgt der Rückgang 38,9 Millionen DM oder 0,4 %. Auch die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 1999 sind nicht erreicht worden. Alle anderen Länder haben demgegenüber nach ersten Informationen deutliche Steigerungen beim Steueraufkommen erzielt.“

Das liegt vermutlich nur daran, dass alle anderen Landesregierungen keine so hervorragende Technologiepolitik betrieben haben.

Und noch einmal aus dem vorläufigen Abschluss des Haushaltsvollzugs 1999:

„Die Finanzkraft des Landes hat sich demnach verschlechtert. Schleswig-Holstein wird – wie es auch schon die letzten Steuerschätzungen prognostiziert haben – auf absehbare Zeit nicht mehr Zahlerland beim Länderfinanzausgleich sein.“

Die von Regierung und den sie tragenden Fraktionen so hoch gelobte Technologiepolitik hat also weder in nennenswertem Umfang zu neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätzen noch zu höheren Steuereinnahmen geführt.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ist Schleswig-Holstein denn wenigstens zum Land der Erfinder geworden?

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein!)

Nein, auch das nicht! Mit gerade 65 angemeldeten **Patenten** je 100.000 Einwohnern bleibt **Schleswig-Holstein** deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt von 132 angemeldeten Patenten je 100.000 Einwohnern

(Christel Aschmoneit-Lücke)

zurück. Und während sich Herr Bülck in seinen Bericht das Märchen vom Hightech-Land schreiben lässt, attestiert ihm die Landeszentralbank einen erheblichen Nachholbedarf bei Innovationen.

Im Bundesdurchschnitt wird mittlerweile knapp die Hälfte der gewerblichen Produktion in forschungs- und entwicklungsintensiven Industrien und davon wiederum rund 30 % im Bereich der **Spitzentechnologien** hergestellt. In Schleswig-Holstein beträgt jedoch der Anteil forschungsintensiver Branchen im verarbeitenden Gewerbe gerade mal ein Drittel. Zugleich liegen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung deutlich hinter den finanziellen Aufwendungen anderer Bundesländer zurück.

Entrüsten Sie sich angesichts dieser Tatsache nur nicht wieder darüber - Sie haben das ja schon einmal vorsorglich getan -, die Opposition rede das Land schlecht. Im Gegenteil! Schleswig-Holstein hat alle Potentiale – nur die Landesregierung redet seit Jahren darüber, wie schön es wäre, sie zu nutzen, tut es aber nicht.

Es ist ja schön, wenn nach zwölf Jahren sozialdemokratischer Herrschaft die faszinierenden Möglichkeiten der **Biotechnologie** oder der **Gentechnik** entdeckt werden. Spannend zu lesen, was der Wirtschaftsminister schreiben lässt:

„Ein überaus erfreuliches Zeichen für die Dynamik dieses Technologiebereiches in Schleswig-Holstein ist auch darin zu sehen, dass die Firma Strathmann Biotech GmbH mit Unterstützung der Landesregierung den Bau eines Biotechnologie-Zentrums in der Nähe von Bovenau im Kreis Rendsburg-Eckernförde begonnen hat. Hier sollen künftig Impfstoffe und gentechnologische Präparate, unter anderem zur Bekämpfung von AIDS, entwickelt und hergestellt werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Minister,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das scheint die gar nicht zu interessieren!)

Sie werden sich daran erinnern, dass die Frau Kollegin Schmitz-Hübsch und ich bei der Vorstellung, der hervorragenden Vorstellung dieser Forschungsprojekte anwesend waren, Sie - parteilos -, Herr Minister, waren auch da, aber von der SPD und den Grünen habe ich bedauerlicherweise niemanden gesehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Eine sehr interessante Technologiepolitik!)

Ich bin davon überzeugt, dass selbst Sie bei dieser hervorragenden Präsentation davon überzeugt worden

wären, dass dies ein sehr zukunftsintensiver Bereich für Schleswig-Holstein sein kann.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich noch eines von dieser - wie gesagt - hervorragenden Präsentation berichten, lieber Herr Kollege Plüschau!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich habe bei dieser Veranstaltung ungefähr fünf Personen aus unterschiedlichen Institutionen dieses Landes getroffen, die mir alle unabhängig voneinander erzählt haben, dass Sie persönlich für die Ansiedlung dieses Unternehmens in Schleswig-Holstein zuständig seien. Wem soll ich denn nun glauben, der Landesregierung oder diesen fünf Personen? Ich würde noch einmal nachfragen, wer denn eigentlich den Erfolg für sich verbuchen kann.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Der Erfolg hat viele Väter!)

Wie eindringlich und wie oft haben wir in der Vergangenheit immer wieder auf die Chancen der Gentechnik gerade im medizinischen Bereich hingewiesen. Bereits vor vier Jahren haben wir inständig gebeten, die Gentechnik nicht zu verteufeln, und immer wieder gerade auf die Möglichkeiten auf dem Gebiet der Krebs- und AIDS-Therapie hingewiesen.

Ihr überaus erfreuliches Signal, Herr Minister Bülck, hätte diese Landesregierung schon viel früher senden können.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Gerade im Bereich der Spitzentechnologie entscheidet der zeitliche Vorsprung - Sie haben heute darauf hingewiesen, Herr Minister; ich habe genau zugehört - im nationalen und internationalen Wettbewerb über die Wettbewerbsposition des Landes. Sie kommen da leider zu spät.

Ich erinnere mich noch sehr gut an die kraftvollen Worte von Herrn Minister Bülck bei seinem Amtsantritt. Er wolle jetzt endlich mal so richtig **Technologiepolitik** machen und nicht so sehr die Verkehrspolitik betonen. Wen auch immer der Wirtschaftsminister mit diesen markigen Worten treffen wollte – heute interessieren wir uns vor allem sehr dafür, welche Technologiepolitik dieser Minister wirklich gemacht hat.

Vermutlich wissen Sie das selbst nicht so ganz genau, Herr Minister Bülck! Man kann Ihnen sicherlich einige Versäumnisse vorwerfen, aber ganz sicher nicht,

(Christel Aschmoneit-Lücke)

dass Sie die Verkehrspolitik überbetont hätten; da läuft nämlich seit Ihrem Amtsantritt ziemlich wenig.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Genau so!)

Wenn man die regierungsamtlichen Jubelmeldungen über die zusätzlichen EU-Fördermittel der Landesregierung einmal richtig deutet, kann man daraus eigentlich nur den Schluss ziehen: Technologiepolitik hat er bisher eigentlich auch nicht so richtig gemacht,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

denn sonst wäre die großzügige Hilfe, die wir jetzt bekommen und auf die wir uns natürlich alle freuen, mit Sicherheit nicht notwendig.

Zusammengenommen ergibt dies wiederum eine sehr ausgeglichene Bilanz des Wirkens unseres derzeitigen Wirtschaftsministers, meine liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir noch ein Wort, lieber Herr Kollege Hentschel! Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass auch vor dem Eintritt der Grünen in die Landesregierung in Schleswig-Holstein schon etwas passiert sei. Ich gehe sicher davon aus, dass auch nach Ihrem Ausscheiden aus der Landesregierung in Schleswig-Holstein einiges passieren wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Beurteilung der **Technologie- und Innovationspolitik** des Landes bleibt der SSW bei der Wertung, die wir auch schon bei der Debatte über den Haushalt 2000 vorgetragen haben: Das Land steht nicht so schlecht da, wie es einige gern darstellen wollen. Es gibt in der Technologiepolitik keinen Grund zum Miesmachen, es gibt aber auch keinen Grund zum unkritischen Hochjubeln der Erfolge.

Gerade vor dem Hintergrund des Wahlkampfes ist vielmehr eine nüchterne und kritische Bestandsaufnahme gefragt, die insbesondere auch darauf eingeht, wie der **Standort Schleswig-Holstein** durch eine gute Technologie- und Innovationspolitik seitens der Landesregierung noch attraktiver gestaltet werden kann als bisher. Wenn wir aber heute eine Bilanz der Technologiepolitik der Landesregierung ziehen, müssen wir auch auf die **Rahmenbedingungen** eingehen, denn wir dürfen uns nichts vormachen: Auch in diesem Bereich

sind die Handlungsmöglichkeiten einer Landesregierung mangels Finanzen und mangels Kompetenzen doch sehr eingengt.

Hinzu kommt, dass sowohl die gesellschaftliche als auch die internationale Entwicklung hier eine besondere Rolle spielt. Gerade deshalb muss die Landesregierung durch besondere Anstrengungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Maximale für Schleswig-Holstein herausholen, denn beim Übergang vom Industrie- zum Informations- und Kommunikationszeitalter ist die Technologie- und Innovationspolitik der entscheidende Standortfaktor. Wer auch in diesem wichtigen Bereich von einem angeblichen rot-grünen Chaos spricht, muss sich fragen lassen, ob er eigentlich die Faktenlage kennt oder die Fakten korrekt darstellt.

Zugegeben - Schleswig-Holstein ist nicht Bayern oder Baden-Württemberg, aber in der Entwicklung von Zukunftstechnologien befindet sich das Land auf einem guten Weg. Es ist unbestritten, dass sich in den letzten Jahren eine Reihe von zukunftssträchtigen und innovativen **Unternehmen** in unserem Land etabliert hat. Seit 1996 haben 342 Betriebe vor allem in den Bereichen der Informations- und der Biotechnologie Fördergelder zum Aufbau von fast 2.600 neuen **Arbeitsplätzen** genutzt. Auch deshalb nimmt Schleswig-Holstein sowohl bei den Neuansiedlungen als auch bei den Existenzgründungen im Bundesvergleich einen vorderen Platz ein.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wenn man zudem bedenkt, dass Schleswig-Holstein und insbesondere der Landesteil Schleswig in den letzten Jahren weit überdurchschnittlich von Truppenabbau und Rüstungskonversion betroffen war, ohne einen nennenswerten Ausgleich durch die damalige Bundesregierung zu erhalten, dann ist es schon beachtlich, dass **Schleswig-Holstein** unter den norddeutschen Bundesländern die niedrigste **Arbeitslosenquote** zu verzeichnen hat.

Dazu beigetragen hat nicht nur die Etablierung von neuen innovativen Unternehmen, sondern auch die Tatsache, dass viele traditionelle Branchen und Unternehmen von diesem innovativen Umfeld profitiert haben und sich verstärkt auf die globale Wettbewerbssituation haben einstellen können. Gerade auch kleinere und mittelständische Unternehmen haben zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen. Um neue Märkte zu erschließen oder sich auf alten zu behaupten, müssen die Unternehmen ständig neue und immer hochwertigere Produkte herstellen. Deshalb kommt der Vermittlung von neuem Wissen in allen Bereichen große Bedeutung zu.

(Anke Spoorendonk)

Technologietransfer von der Wissenschaft zur Wirtschaft wird insbesondere auch für kleinere und mittlere Unternehmen immer wichtiger werden. Dazu gehört, dass der Austausch zwischen Forschung und Technologieentwicklung auf der einen und mittelständischer Wirtschaft auf der anderen Seite gefördert wird. Daher ist es natürlich wichtig, dass vom Land her gezielt Projekte gefördert werden, um in wichtigen Schwerpunktbereichen neue Erkenntnisse zu gewinnen und auch zu vermitteln.

In diesem Kontext hat die Technologiestiftung Schleswig-Holstein zusammen mit der Technologie-Transfer-Zentrale und den vielen Technologiezentren in allen Regionen des Landes ihren Beitrag geleistet. Es ist eine Tatsache, dass die **Infrastruktur** im Bereich der Technologieförderung in Gestalt der vielen Technologiezentren auch durch die Förderung der Landesregierung vernünftig ausgebaut worden ist.

Natürlich gibt es solche und solche Technologiezentren, aber ich denke nicht, Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, dass das TGZ in Flensburg bereit ist, sich den Schuh anzuziehen, den Sie ihm vorhin hingestellt hatten.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Gerade das TGZ in Flensburg ist ja ein Beispiel dafür, dass es etwas bringt, gezielt Technologiepolitik und Technologieförderung zu betreiben.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Natürlich gibt es Defizite. Unter anderem haben Experten die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination und Vernetzung der Aktivitäten gefordert. Aus der Sicht des SSW sollten wir uns überlegen, ob nicht noch enger verzahnte Modelle der direkten **Kooperation** zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich des Technologietransfers möglich sind. Ich habe dies mehrfach angesprochen und denke, dass dies ein wichtiger Ansatz ist.

Eine engere Verzahnung zwischen Hochschulleitung, Studierenden und Wirtschaft nach dem Vorbild der Forscherparks bietet große Vorteile, wie die Ergebnisse in unserem Nachbarland nördlich der Grenze zeigen. Auch in Schleswig-Holstein gibt es Beispiele ähnlicher Kooperationsmodelle, nicht zuletzt in Kiel. Dennoch ist vieles verbesserungswürdig. In erster Linie sind hier nach meiner Meinung auch die Hochschulen gefragt, endlich einmal über ihren eigenen Schatten zu springen.

In dem Bericht der Landesregierung werden die **Querschnittstechnologien**, das heißt die Informations- und

Kommunikationstechnik und die Biotechnologie, als beispielhaft für den wirtschaftlichen Strukturwandel in Schleswig-Holstein angeführt. Diese Beispiele zeigen sowohl die Stärken als auch die Schwächen der schleswig-holsteinischen Technologiepolitik. Bei der Gestaltung der Informationsgesellschaft ist die Landesregierung aktiv geworden und hat durch die „Landesinitiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“ dazu beigetragen, dass ein landesweit erarbeiteter **Strategie- und Aktionsplan** verabschiedet worden ist und entsprechende Projekte in Millionenhöhe gefördert worden sind. Wenn man bedenkt, wie wichtig die Dynamik und Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien für die Entwicklung unseres Landes sind und welchen Einfluss dies alles auf unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit hat, dann ist es natürlich äußerst wichtig, dass die Landesregierung in diesem Bereich aktiv ist und auch weiterhin aktiv sein wird.

Dass die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins bald eine kostenlose E-Mail-Adresse und eine kostenlose Internetnutzung zu äußerst günstigen Verbindungsstarifen erhalten können, ist ein Sprung nach vorn.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Dennoch weist gerade der **Internet- und PC-Bereich** einige Schwachstellen in der Technologiepolitik des Landes auf. Die Initiative „Schulen ans Netz“ ist zwar vom Ziel her lobenswert, aber es dauert einfach immer noch zu lange, bis alle Schülerinnen und Schüler einen Internet- oder einen PC-Anschluss bekommen. Gerade dies ist eine Voraussetzung sowohl für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung als auch für die zukünftige Chancengleichheit aller Menschen hier im Lande. Um die Chancengleichheit in der Informationsgesellschaft zu verbessern, sollte man sich überlegen, ob es nicht möglich ist, wie in den skandinavischen Ländern kostenlose Internetzugänge in den öffentlichen Bibliotheken für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Auch in den Behörden und Verwaltungen hakt es noch mit der modernen und zukunftsgerichteten Ausstattung mit PC-Geräten oder mit der Schaffung von Internet-Zugängen. In unseren nördlichen Nachbarländern gibt es immer mehr Kommunen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kostenlos Computer für den Heimgebrauch zur Verfügung stellen, weil sie sich davon besser ausgebildete Angestellte versprechen - aber natürlich auch, weil dadurch Telearbeit insgesamt gefördert wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

In diesem Bereich sieht der SSW leider noch erheblichen Nachholbedarf, denn zu einer Gesellschaft, die im internationalen Wettbewerb bestehen will, gehört auch, dass die öffentliche Verwaltung über ausreichend moderne Kommunikationsmittel verfügt.

Die Machbarkeitsstudie für ein Innovations- und Gründerzentrum **Biotechnologie** hat gezeigt, dass in Schleswig-Holstein ein erhebliches wissenschaftliches Potential vorhanden ist, das eine Grundlage für den Anschub einer Gründerwelle durch junge, innovative Biotechnologieunternehmen bietet. Ich war auch bei der Präsentation dieser Studie dabei und fand genauso wie die Kollegin Aschmoneit-Lücke, dass das eine sehr kompetente und sehr interessante Darstellung war. Deutlich wurde aber auch, dass es nicht möglich ist, einfach gestreut Gründerzentren oder Biotechnologiezentren zu schaffen. Dafür muss eine gebündelte Politik her und dafür muss natürlich auch wieder das her, was ich vorhin ansprach: eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Da bin ich wieder bei dem, was immer wieder deutlich wird, dass sich nämlich die Hochschulen in diesem Land erst am Anfang dieser Entwicklung befinden.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr richtig! - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Um das in Schleswig-Holstein vorhandene technologische Potenzial zu einer kritischen Masse zu verdichten, ist es nötig, die Planung

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident - und die Schaffung von Infrastruktur mit einer Reihe weiterer Maßnahmen zu begleiten. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Empfehlungen der Studie zügig umsetzt, und wir erwarten auch, dass in einer **Weiterentwicklung der Technologieförderung** verstärkt regionale Schwerpunkte deutlich gemacht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, Anträge sind nicht gestellt worden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, selbstverständlich!)

- Dann erhält jetzt Herr Abgeordneter Matthiessen zu einem Kurzbeitrag das Wort.

(Unruhe)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke, Herr Präsident!

Herr Kollege Hentschel hat schon ausgeführt, dass ein wesentlicher Eckpfeiler der Technologiepolitik hier im Land auch im Bereich der **regenerativen Energien** anzusiedeln ist. Ich darf aus der „Dithmarscher Landeszeitung“ zitieren:

„Volker Rühle stellte während einer Podiumsdiskussion fest: Wenn ich mit meiner Frau in Richtung Tönning fahre und die vielen Windkraftanlagen sehe, dann denke ich, ein Vogel würde umkehren.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, es ist so! - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist nun aber völlig aus dem Zusammenhang gerissen!)

Meine Damen und Herren, wir haben hier die Bürgerinitiative mit der „Speerspitze CDU“ erlebt; es geht um einen dreistelligen Millionenbetrag, investiert in Schleswig-Holstein im Offshore-Windbereich! Diese Politik ist nicht nur auf den Spitzenkandidaten, sondern auf die ganze Partei auszudehnen, diese Technikverweigerung durch die Atomzentrierung dieser Partei.

Rühle sagt auch: „Windkraft ist eine gute Ergänzung“ - nun ja, nun haben wir sie ja auch offenbar -, „aber eine Verdoppelung der Kapazitäten und der Windkraftanlagen im Meer wird es mit mir nicht geben.“

(Meinhard Füllner [CDU]: Ja!)

- Ja, erstens ist er dazu auch noch nicht in die Lage versetzt, aber würde er Ministerpräsident sein, hätte er auch gar nicht die Mittel in der Hand, das zu verhindern. Der Mann ist ja wohl größenwahnsinnig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird durch die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geregelt, dass das Stromeinspeisungsgesetz ablösen wird.

Ich habe hier vorgestern Abend zu diesem Thema eine Veranstaltung der Fraktion gemacht; es waren 200 Gäste aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, der Ingenieurbüros, der Banken, von Betreibergesellschaften und so weiter zu begrüßen. Der Saal war voll, das Interesse brennend. Das ist eine Technologie in Schleswig-Holstein, die hoch spannend ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Detlef Matthiessen)

Ich sage Ihnen: Durch die Einbeziehung auch anderer regenerativer Energieträger über die Windkraft hinaus - Geothermie, Solarenergie, Photovoltaik, aber vor allen Dingen auch Nutzung der Biomasse - wird dort die Post abgehen. Dies gilt auch für den Biomassebereich, und zwar ähnlich, wie wir das in der Dynamik bei der Windenergiebranche kennen.

Ein weiteres Zitat:

„...Ansinnen von Detlef Matthiessen (Grüne), sich mehr um Biomasse als Energieträger zu kümmern, wies Carstensen zurück. Haltet euch nicht mit so kleinen purzeligen Dingen auf, beschäftigt euch lieber mit den wesentlichen Dingen!“

Diese Leute schicken sich an, Ministerpräsident oder Umweltminister dieses Landes zu werden!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Werden sie ja auch!)

Ich sage Ihnen: Diese Zitate belegen, dass die überhaupt nicht wissen, wo hier im Land technologisch die Entwicklungspotenziale zu suchen sind,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

während diese Regierung mit sehr modernen Instrumenten Schleswig-Holstein zu dem Gründerstandort Nummer eins in dieser Republik gemacht hat. - Ich nenne Innovationsassistenten, mittelständische Beteiligungsgesellschaft,

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Technologie-Transfer-Zentrale, ich nenne die Fachhochschullandschaft mit enger Anbindung an die Wirtschaft, wo es immer besser wird.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das alles sind moderne Instrumente dieser Entwicklung und dazu gehört selbstverständlich die Entwicklung erneuerbarer Energien, die sehr große Potenziale hat.

(Glocke des Präsidenten)

Dies gilt gerade auch für die Wirtschaft im ländlichen Raum. Deshalb verstehe ich die CDULer, die meinen, den ländlichen Raum für sich gepachtet zu haben, in keinster Weise.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es lohnt sich nicht, auf Matthiessen einzugehen! Ihn nicht bedeutender reden, als er ist!)

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben sich nicht noch einmal zu Wort gemeldet. Offensichtlich wollen Sie die Antwort darauf schuldig bleiben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der hat nur einen Redetext gehabt!)

wie sich die Zahlen in Ihrem Bericht zusammensetzen. Ich habe ja auch versucht nachzurechnen; ich habe mir zum Beispiel die im Anhang aufgenommene Tabelle über die **betriebliche Technologieförderung** angeschaut. Darin heißt es, 39 Millionen DM seien dafür ausgegeben worden. Das habe ich durch die Zahl der Arbeitsplätze, also durch 2.600 geteilt und bin auf 15.000 DM gekommen. Das ist immerhin schon eine andere Größenordnung mit der verschobenen Null, aber das sind nicht die 12.000 DM, die bei Ihnen stehen. Irgendwie sind also eine ganze Menge Ungenauigkeiten darin.

Und es gibt noch mehr Ungenauigkeiten. Wenn wir nicht die letzte Landtagstagung hätten, würde ich sagen, wir überweisen die Vorlage dem Wirtschaftsausschuss und regeln das dort. Das geht aber nicht.

Deswegen muss ich auch noch einmal zu Ihrer Presseerklärung folgendes sagen. Sie haben darin ausgeführt, dass Land habe für **Technologie und Innovationen** in den letzten vier Jahren 300 Millionen DM ausgegeben. Ich habe mir die Zahlen aus dem Ministerium noch einmal geben lassen. Da waren es plötzlich 330 Millionen DM. Die TGZ-Investitionen sind darin mit enthalten, die verteilen sich aber über zehn Jahre. Dies ist also auch eine Ungenauigkeit und ich bitte Sie noch einmal, sich in Ihrem Ministerium bessere Zahlen geben zu lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann noch ein Punkt! Wenn Ihre Zahl mit den 12.000 stimmt oder die mit den 15.000 - das ist ja auch nicht so schlimm -, dann muss ich feststellen, dass Sie dazu gesagt haben, dass das doch wirklich eine niedrige Subvention sei und dass sich das Geld schnell amortisiere. Wie vertreten Sie dann aber 75.000 DM für die Arbeitsplätze, die in den **Technologiezentren** geschaffen werden? Ich habe einmal die Arbeitsplätze der ausgegliederten Unternehmen mit dazu genommen,

(Brita Schmitz-Hübsch)

damit mir keiner sagen kann, man müsse dies ja auch sehen, und dann komme ich immer noch auf 41.000 DM. Politik kann eine Mark nur einmal ausgeben und sie muss sie so ausgeben, dass damit der größtmögliche Nutzen erzielt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn das also stimmt, wenn Ihre Argumentation stimmt, Herr Minister, dann müssten Sie sofort aufhören, Technologiezentren zu bauen, und dann müssten Sie grundsätzlich in die einzelbetriebliche Förderung gehen, weil Sie dort mit wenig Geld den größtmöglichen Nutzen erzielen könnten. Das wollte ich Ihnen doch für Ihren weiteren Lebensweg auch noch mitgeben.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Schließlich noch zum **Internet!** Wir sind dabei, wieder einmal mit staatlich subventionierten Mitteln Privatanbieter kaputtzumachen. Ich habe hier noch eine Pressemeldung vom 30. Dezember, in der sich diejenigen äußern, die so etwas privat betreiben und auch das private Risiko übernehmen. Darin wird zum Beispiel gesagt, dass der Markt schon so umkämpft sei, dass im nächsten Jahr sicherlich die Hälfte aller Internet-Anbieter die Segel streichen müsse; wenn dann auch noch die Regierung eingreife, zeuge das zumindest von wenig Sachkenntnis.

Soweit die Beurteilung durch die Fachleute!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Fachleute? Es gibt viele Fachleute, die Internet machen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Bülck.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Schmitz-Hübsch, wenn wir das besprechen wollen, müssten Sie darauf hinweisen, dass ich Ihnen eine halbe Stunde vor der Sitzung ein Fax geschickt habe, in dem alle **Zahlen** richtig drinstehen. Daher gibt es überhaupt keinen Zweifel an den 330 Millionen DM und den 100 Millionen DM für vier Jahre. Es gibt auch keinen Zweifel darüber, dass die Zahl 12.000 richtig ist. Sie beziehen sich nur auf das Jahr 1999. Obwohl Sie richtig informiert worden sind, führen Sie hier Ihr Rechenkonstrukt vor, das Sie offensichtlich über vier parallele Taschenrechner ausrechnen. Wenn wir das eine halbe Stunde vorher geklärt haben, sollten wir das hier nicht so diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen Satz zu unterschiedlichen **Förderquoten** sagen! Natürlich ist die Förderung eines Arbeitsplatzes im Technologiezentrum höher als die Förderung eines Arbeitsplatzes in größeren und gewachsenen Unternehmen. Das kann aber kein Anlass dafür sein, Technologiepolitik teilweise einzustellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Anträge sind nicht gestellt worden. Die Beratung ist abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt damit erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 8 aufrufe, möchte ich als Gäste auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Realschule Kronshagen und noch einmal der Gesamtschule Hassee begrüßen. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 8 auf:

Entwicklung des Lehrbedarfs, der Lehrerschäftigung und der Unterrichtssituation bis 2005

Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2553

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/2684

Wird das Wort zur Begründung der Großen Anfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage der Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Ich stelle fest, dass der Mechanismus hier am Rednerpult nicht funktioniert, aber ich glaube, dass ich auch so klarkomme.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und das im Technologieland Schleswig-Holstein! Bülck hat zuletzt geredet! - Unruhe)

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! - Wenn Sie Ihre kleine Unterhaltung beendet haben, fange ich noch einmal an. - Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Mit der **Großen Anfrage**, die von der Fraktion der F.D.P. Ende November letzten Jahres vorgelegt wurde, hat der Kollege Dr. Klug einen Versuch unternommen. Er wollte gern in Treue zu den **Berechnungen des Landesrechnungshofs** das bestätigt bekommen, was die Zahlen des Rechnungshofs eben nicht

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

haben, einen realistischen Unterbau und einen überzeugenden Aussagewert für dessen Prognosen. Dieser Versuch ist misslungen.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

Ich möchte an dieser Stelle dem Historiker Klug - wenn ich darf - eine kleine literarische Hilfestellung geben. Es gibt da aus der Mitte des 19. Jahrhunderts einen wunderschönen Roman von Joseph Viktor von Scheffel, den „Getreuen Ekkehard“, und einige augenfällige Parallelen zwischen dem historischen Ekkehard und dem Landespolitiker Dr. Ekkehard Klug sollten nicht unerwähnt bleiben. Jener Ekkehard, ein trotz seiner Jugend hoch gelehrter Mönch, wird Opfer seiner Liebe zu einer jungen, schönen und adligen Witwe,

(Zurufe: Wer ist das? - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Ute Erdsiek von Rave!)

die ihn zunächst begehrt, dann verschmäht und ihn schließlich zwingt, sein Leben in der Einöde zu fristen.

(Zurufe)

Lieber Herr Klug, das könnte man natürlich ummünzen in eine für Sie geltende Prognose für den nächsten Monat, aber hier soll es nichts anderes sein als die Warnung, dass allzu heftige Liebe und Treue manchmal auch blind machen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So fehlt im Übrigen Ihrer Großen Anfrage jede Originalität, die Sie für die Landesregierung und Öffentlichkeit wirklich interessant machen könnte. Ich rechne mit einem breiten Verständnis, dass ich das Zahlenwerk der Großen Anfrage hier nicht im Einzelnen wiederhole, sondern mich im Hinblick auf die Zeit auf einige Hinweise und Verweisungen beschränke.

Erstens. Wir weisen in unserer Antwort auf die Große Anfrage nochmals darauf hin, dass es der **Landesrechnungshof** ist, dem bei seinen Berechnungen die **Fehler** unterlaufen sind. Er darf ja durchaus an seinen Prämissen festhalten - darüber lässt sich auch weiterhin streiten -, das befreit ihn aber nicht von dem Vorwurf, nicht vollständig berücksichtigt zu haben, was bereits gegenwärtig zur Unterrichtsversorgung eingesetzt wird. Aus diesem Grund verrechnet er sich leichter Hand um einen ungefähr 400 Stellen höheren Bedarf, als wir ihn ausweisen.

Wer aber die gegenwärtige **Unterrichtsversorgung** seriös erfassen will, darf den Blick nicht lediglich auf die im Haushalt vorhandenen Stellen und Planstellen richten. Wenn das so einfach wäre, müssten wir ja

nicht jedes Jahr erneut den Bericht zur Unterrichtsversorgung vorlegen, Herr Dr. Klug,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder
[SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

sondern dann könnten wir in aller Schlichtheit auf den Haushalt und die darin enthaltenen Planstellen verweisen. Diese Schlichtheit mag im Wahlkampf noch durchgehen, aber für Parlamentsdebatten darf es doch bitte etwas genauer sein.

Ich hoffe, dass es nun endlich einmal klar wird: Der Bericht über die **Unterrichtsversorgung** macht nicht nur transparent, wie viele **Planstellen** es gibt, sondern was an zusätzlichen **Mitteln** für die Unterrichtsversorgung in jedem Jahr zur Verfügung steht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mehr als 400 Stellen, genauer gesagt 427 Stellen, darunter nicht etwa die Mittel für Vertretungsstunden, sondern allein 315 Stellen eigenverantwortliches Unterrichten durch Referendare und Lehramtsanwärter, mehr als 60 Stellen für Religions- und Hauswirtschaftsunterricht. Sie wollen doch nicht ernsthaft abstreiten, dass das zur Unterrichtsversorgung hinzugezählt werden muss. Der Rechnungshof lässt dies schlicht unter den Tisch fallen.

Bedient man sich allerdings seiner Berechnungsmethode und legt den korrekten Stellenwert des Status quo der Unterrichtsversorgung zugrunde, so ergibt sich - lesen Sie es bitte nach - ein deutlich geringerer Bedarf von nur 1064 Stellen für die allgemeinbildenden Schulen. Wer noch weiterliest, wird feststellen, dass wir bei unserer Bedarfsprognose von 1260 Stellen die berufsbildenden Schulen einschließen. Ich bin gern bereit, Ihnen dies noch einmal schriftlich zur Verfügung zu stellen. Ich weiß, dass es schwierig ist, das so nachzuvollziehen. Das führt dann aber zu dem für manche sicher unerwarteten Ergebnis, dass der Landesrechnungshof und die Landesregierung mit ihren Prognosen gar nicht so weit auseinander liegen.

Jedenfalls empfiehlt es sich, wie es auch die Kinder im Mathematikunterricht lernen, zu jeder Rechnung noch eine Kontrollrechnung vorzunehmen, und genau das haben wir gemacht und damit auch etwas beantwortet, was Sie, Herr Dr. Klug, gar nicht gefragt haben. Damit bestätigt sich: Der Bedarf von 1500 Stellen oder gar von 2250 fehlenden Stellen - so auch eine Variante des Rechnungshofs - hat keine realistische Grundlage. Sie gehören in den Bereich von Wunschzetteln, jedenfalls nicht in den von realer Politik. Keine Regierung dieses Landes hat den Lehrbedarf jemals auf

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

diese Art und Weise berechnet oder gar zufrieden gestellt.

Zweitens. Mir ist es nach wie vor ein Rätsel, dass gerade die F.D.P. zum Vorkämpfer des **Berufsbeamtentums** geworden ist. Das ist mir ein Rätsel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Mir ist es noch rätselhafter, wie Sie den von Ihnen geforderten Qualitätsanspruch von Unterricht und **Lehrern** so mir nichts, dir nichts mit der Forderung in Einklang bringen, dass jeder Lehrer sofort eingestellt und sofort verbeamtet werden soll. Für mich ist das nicht in Übereinstimmung zu bringen. Deswegen glaube ich, dass unser Modell richtig ist und beiden Ansprüchen gerecht wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch gar nicht Ihre wirkliche Auffassung, Frau Erdsiek-Rave!)

Herr Kubicki, im Übrigen zeigen die Bewerberzahlen, dass es bei unserem Verbeamtungsmodell überhaupt keinen Standortnachteil gibt.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Im Gegenteil, die Bewerberzahlen sind nach wie vor wesentlich höher als die Einstellungen, die wir vornehmen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Weil Sie zu wenig einstellen!)

- Zu dem, was Sie fordern und was Sie versprechen, komme ich noch.

Als völlig daneben erweist sich auch die Behauptung, dass die vor der Beamtung liegende Zeit dazu führen müsse, in den kommenden Jahren Tausende neue Stellen für Angestellte auszuweisen. Auch das stimmt nicht.

In diesem Zusammenhang hat sich der Landesrechnungshof mit einem Schreiben an die Vorsitzenden der Ausschüsse noch einmal pünktlich zu Wort gemeldet. Er trägt das Argument vor, dass die Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen bei einer kapitalwertorientierten Betrachtung unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten unwirtschaftlich sei. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist im Übrigen kein sonderlich überraschendes Ergebnis, zu dem der Rechnungshof kommt, denn die Kapitalwertmethode basiert ja gerade darauf, dass zukünftige Zahlungen weniger ins Gewicht fallen als gegenwärtige. Hier werden ein weiteres Mal Äpfel mit Birnen

verglichen, wenn heutige Ausgaben zulasten des Landeshaushalts mit späteren Ausgaben zulasten der Rentenversicherungskassen gleichgesetzt werden.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Dies ist - vorsichtig formuliert - nicht sehr redlich

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und dient keinem anderen Ziel, als das wichtige Thema Unterrichtsversorgung populistisch auszuschlachten.

Lassen Sie mich drittens und abschließend auf die Perspektiven für den **Lehrernachwuchs** eingehen. Die Zahlen der Studierenden steigen ebenso wie auch der Bedarf an Nachwuchslehrkräften in den nächsten Jahren deutlich. Noch haben wir im Realschul- und Gymnasialbereich erheblich mehr Bewerber als Stellenangebote. Dennoch ist klar: Wir werden bei dem in den nächsten Jahren steigenden Bedarf - es sind ja nicht nur 1.000 Lehrerstellen, sondern auch 5.000 Pensionierungen, die wir durch neue junge Lehrer ersetzen werden - verstärkt dafür Sorge tragen müssen, dass Lehrerangebot und Lehrernachfrage weiterhin in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen und dass die Nachwuchsausbildung in den Mangelfächern gesichert bleibt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Aha!)

- Natürlich ist das eine wichtige Aufgabe. Dazu zähle ich sowohl die Verringerung von Wartezeiten vor dem Referendariat als auch die Zahl der Ausbildungsstellen, um dem grundgesetzlich verbürgten Ausbildungsanspruch überhaupt Rechnung tragen zu können und die steigenden Einstellungszahlen zu berücksichtigen. Selbstverständlich werden wir auch weiterhin bei sich ändernden Nachfragebedingungen die Qualität der Ausbildung von Nachwuchslehrkräften gewährleisten.

Herr de Jager, jetzt komme ich zu Ihnen. Nun taucht in der Diskussion ein Dokument auf, das so nebenbei von Ihnen in einer Pressemitteilung zitiert wird - so als seien Sie sich der Peinlichkeit bewusst, ein Dokument zu zitieren, das Sie irgendwie aus dem Bildungsministerium haben -, in dem bis zu den Jahren 2006 -2007 - also einem längeren Prognosezeitraum - von einem Bedarf von 2.000 neuen Lehrerstellen die Rede sei.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das kann passieren!)

Abgesehen davon, dass dieses Papier - wenn es denn das ist, welches wir vermuten, Sie zeigen es uns ja nicht - über die entsprechende Abteilung nicht hinaus gekommen ist, da es bestimmte Parameter nicht berücksichtigt hat, frage ich Sie: Was wollen Sie mit so

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

einem Zitat und so einer Fiktion, die Sie damit aufbauen, eigentlich erreichen? Genau wie wir fordern Sie 1.000 neue Lehrerstellen und ich sage Ihnen: Wir werden diese in den nächsten fünf Jahren schaffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wo bitte ist Ihr Konzept zur **Verbesserung der Unterrichtsversorgung**, die Sie landauf, landab versprechen?

(Holger Astrup [SPD]: Das finde ich jetzt aber unfair, Frau Ministerin!)

Was heißt denn bei Ihnen „alles besser machen“? Heißt das, kleine Schulen schließen? Heißt das, die Wahlfreiheit der Eltern einschränken? Heißt das, den Klassenteiler heraufzusetzen - so wie in Bayern? Heißt das, die Integration zurückzuführen? Heißt das, die Lehrerarbeitszeit zu verlängern? Sie rücken damit nicht heraus.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich sage Ihnen, den Lehrern und den Eltern und Kinder in diesem Land: All das, was ich eben zitiert habe, wird es mit uns in den nächsten fünf Jahren nicht geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

- Herr de Jager, Sie kommen ja noch zu Wort. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Sie betreiben nach wie vor Schlechtrederi und betreiben eine allgemeine Verunsicherung von Schülern und Eltern.

(Jost de Jager [CDU]: Die gibt es!)

Ich setze dagegen auf Unterstützung und Motivation. Ich setze auf Weiterentwicklung der Schularten, **Qualitätsentwicklung** und Sicherung von Unterrichtsversorgung.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wir reden hier viel über Zahlen. Vielleicht darf man in einem solchen Zusammenhang aber auch sagen: Ich setze auf eine Schule, in der nicht nur Quantität zählt und in der nicht nur Wissen vermittelt, sondern auch erzogen und gebildet wird - und zwar im umfassenden Sinne.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, zum Abschluss müssen Sie mir ein Zitat gestatten, da es so schön ist. Der von mir ein-

gangs schon erwähnte Viktor von Scheffel beschreibt den „Getreuen Ekkehard“ in seinem Roman abschließend als eine Persönlichkeit voller Widersprüche:

„Es ist diese Mischung aus Wissenschaftlichkeit und freier Erfindung, die ein wesentliches Merkmal des Ekkehard ist, die uns heute so befremdet.“

In einem Bericht der „Bergedorfer Zeitung“ über die heutige Debatte steht als Überschrift: „Heftige Debatten um Lehrer und Kampfhunde“. Erstens weise ich diesen Zusammenhang im Interesse der Lehrer zurück und zweitens gebe ich auch in Wahlkämpfen die Hoffnung auf sachliche Auseinandersetzung nicht auf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich danke Frau Ministerin Erdsiek-Rave für den Bericht und eröffne die Aussprache.

Herr Abgeordneter Dr. Klug hat das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Ist das jetzt Ekkehard?)

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

- Also, ich bleibe im 21. Jahrhundert. Wir wollen das 11. Jahrhundert aus einem historischen Roman, aus dem Frau Erdsiek-Rave zitiert hat, einmal hinter uns lassen.

„Schleswig-Holstein vorn“ - das hört man von Ihrer Seite oft. Es trifft jedenfalls nicht auf das Thema **Lehrerbedarfsprognose** zu. Andere Bundesländer haben im letzten oder vorletzten Jahr der Öffentlichkeit längst ausführliche Lehrerbedarfsprognosen mit detaillierten Grafiken und Tabellen im Internet zur Verfügung gestellt - als Beispiel seien hier Bayern und Hessen genannt. Auf diese sehr interessanten und - wie ich meine - für unsere Diskussion lehrreichen Unterlagen komme ich später noch zurück.

In Schleswig-Holstein herrschte dagegen bis vor gut einem halben Jahr das Schweigen der rot-grünen Unschuldslämmer nach der Divise: Bloß nicht an einem Thema rühren, das unangenehm werden könnte. Als der Rechnungshof jedoch in Vorlage trat, war das Geschrei riesengroß. Als die böse Opposition dann noch nach einer eigenen Lehrerbedarfsprognose der amtierenden rot-grünen Landesregierung fragte, da kam erst einmal gar nichts. Auf Nachfrage kamen drei sehr dürre Seiten. Weitere Nachfragen im Bildungsausschuss haben dann auf zwei Seiten spezifizierte Angaben für die einzelnen Schularten ergeben. Schließlich haben wir gesagt, dass wir versuchen müs-

(Dr. Ekkehard Klug)

sen, einige Dinge durch unsere Große Anfrage abzuklären. Nun haben wir die Antwort, die teilweise etwas nörgelig, zum Teil aber auch recht aufschlussreich ist.

Besonders bemerkenswert finde ich die Antwort auf Frage sieben mit dem dort nachzulesenden Vorwurf des Bildungsministeriums an den Rechnungshof, dieser habe die in Stellenwerte umgerechneten Haushaltsmittel für Stundengeberverträge nicht berücksichtigt. Frau Ministerin, das finde ich sehr bemerkenswert. Wir wissen doch, dass diese **Stundengebermittel** dafür da sind, Lehrkräfte zu vertreten, die längerfristig erkranken. Das steht so auch im Haushalt und ist mir in mehreren Antworten auf Kleine Anfragen berichtet worden. Staatssekretär Stegner hat sogar stolz Presseerklärungen herausgegeben, in denen ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, aus diesen Mitteln Vertretungskräfte einzustellen. Das können Sie nicht abstreiten, das liegt aus dem letzten Jahr schriftlich vor.

Was die Stundengebermittel angeht: Frau Ministerin, entweder müssen Sie davon ausgehen, dass Lehrkräfte künftig nicht längerfristig erkranken oder Sie können diese **Stundenkapazitäten** nicht einrechnen, wenn es darum geht, die Abdeckung des **Unterrichtsbedarfs** aufgrund steigender Schülerzahlen in den nächsten fünf Jahren zu berechnen. Eins von beiden geht nur. Entweder hat man diese Mittel für Vertretungsaufgaben zur Verfügung oder man setzt sie für steigenden Unterrichtsbedarf aufgrund steigender Schülerzahlen ein. Beides zusammen wäre eine Doppelverwendung dieser Leute, die - bei diesen Bezügen - bestimmt nicht doppelt so viel arbeiten, wie ihnen eigentlich abverlangt wird.

Was die Referendare weiter angeht: Deren Stundenanteil hat es im Rahmen des eigenverantwortlichen Unterrichts immer gegeben. Diesen jetzt in eine Berechnung des künftigen Unterrichtsbedarfs einzubeziehen, der durch steigende Schülerzahlen zustande kommt, ist auch nicht nachvollziehbar.

Man kann sagen: Wenn Quartaner mogeln, dann machen sie das meistens geschickter als das schleswig-holsteinische Bildungsministerium. Es sei denn, es handelt sich um ganz dumme Quartaner. Ansonsten hat das Bildungsministerium wirklich erstaunliche Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Es kommt mit großer Rechenkunst für die nächsten fünf Jahre auf einen Einstellungsbedarf in der Größenordnung von exakt 1.000 Lehrern.

(Zuruf von Ministerin Ute Erdsiek-Rave
[SPD])

- Einstellungsbedarf: exakt 1.000 Stellen. Der Lehrbedarf liegt bei 1.260. Sie sagen, ein Teil wird durch die Vorgriffsstunde und 120 Stellen werden durch organisatorische Maßnahmen abgedeckt. Da sagen Sie auch nicht, was Sie damit meinen. Wahrscheinlich meinen Sie die Zusammenlegung kleiner Schulen oder Bezirksfachklassen im Berufsschulbereich. Sie werfen das anderen vor, rechnen aber etwas hinein, das nach meiner Meinung nur auf solche Dinge hinauslaufen kann. Es bleiben 1.000 Stellen übrig.

Die Zahl 1.000 haben Sie im vergangenen Jahr interessanterweise von der Opposition abgekupfert. Herr Rühle hat die Zahl 1.000 genannt. Wir haben von mindestens 600 neuen Stellen zu Beginn der Wahlperiode und mindestens 400 in den folgenden Jahren gesprochen. Zunächst einmal kam von Ihrer Seite die Resonanz, das seien Hirngespinnste und wäre gar nicht machbar. Dann hat Frau Simonis gesagt: Die 1.000 übernehmen wir. Nach der Sommerpause kam dann die Debatte um die Lehrbedarfsprognose des Rechnungshofs. Sie setzen dagegen eine Lehrbedarfsprognose, bei der ein Einstellungsbedarf von exakt 1.000 herauskommt. Wenn das nicht ein Wunder ist!

Wenn man sich diese Abläufe einmal ansieht, ist es entweder ein Wunder oder vielleicht ein Indiz dafür, dass Sie Ihre Prognose so hingerechnet haben, dass es am Ende aufgeht.

Je länger die Diskussion über den Lehrbedarf und die Lehrbeschäftigung andauert, desto häufiger verheddern sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Widersprüche. Bis vor wenigen Monaten waren beamtete Lehrer aus rot-grüner Sicht eine schlimme politische Sünde auf Kosten künftiger Generationen. Seit Mitte 1999 ist der **Beamtenstatus** nach rot-grüner Auffassung nur noch eine schlimme Sünde für die ersten fünf Jahre im Arbeitsleben eines Lehrers. Danach nicht mehr. Danach erteilt Frau Simonis Absolution, und Sie, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, geben dann in Massenvereidigungen Ihren Segen urbi et orbi noch dazu.

Darüber hinaus tragen verbeamtete Lehrkräfte sogar dazu bei - das haben Sie in der Antwort auf unsere Frage 10. a) der Großen Anfrage gesagt -, dass das Land bis zum Jahre 2005 voraussichtlich Minderausgaben in Höhe von 496 Millionen DM haben wird. Da sind beamtete Lehrer dann etwas ganz Tolles, denn sie bewirken Minderausgaben. Dass solche Minderausgaben aber nur deshalb anfallen, weil das Land vorher die angestellten Lehrer für mehrere Jahre mit wesentlich höheren Personalkosten finanziert hat, wird verschwiegen. Solche höheren Kosten hätte man von vornherein vermeiden können, wenn man gleich in den

(Dr. Ekkehard Klug)

Beamtenstatus übergegangen wäre. Aber das verschweigen Sie elegant.

Ebenso wenig spricht man bei Rot-Grün darüber, dass bei dem von Ihnen angesprochenen **Rentenanspruch** für jede eingezahlte Mark in die Rentenversicherung nach den Berechnungen des Landesrechnungshofs einmal ein Kleinstrentenanspruch im Gegenwert von dreizehn Pfennig pro DM zurückkommt. Ich nenne das rot-grüne Geldanlage nach dem Motto „Bezahlen Sie heute, damit Sie morgen fast nichts mehr davon haben.“

Die F.D.P. hält von solch rot-grünen Rezepten überhaupt nichts.

Statt bei der Lehrerbeschäftigung halbherzig erst eine mindestens dreijährige Angestelltenzeit plus Nachversicherung des Referendariats vorzusehen und die Lehrkräfte erst danach zu verbeamten, wollen wir den fertig ausgebildeten Lehrern die Einstellung als Beamte unmittelbar ermöglichen. Damit lassen sich, wie der Landesrechnungshof dargestellt hat, jährliche Mehrausgaben in Höhe von 54 Millionen DM vermeiden und zusätzlich 480 Lehrerplanstellen finanzieren.

Damit haben wir nach dem Regierungswechsel, den wir mit einer neuen Landtagsmehrheit am 27. Februar herbeiführen werden, sogleich den notwendigen Spielraum, um unsere Ziele für ein besseres **Unterrichtsangebot** an den schleswig-holsteinischen Schulen gegebenenfalls an den vom Landesrechnungshof genannten Bedarfszahlen zu orientieren.

Aus den Erfahrungen, die wir in der Diskussion mit Ihnen gemacht haben, vertrauen wir auf die Klarheit und Wahrheit der Auskünfte von Ihrer Seite nicht mehr. Das kann ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir werden sicherstellen, dass in der nächsten Wahrperiode die schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler die Unterrichtsversorgung erhalten, die für ihre Zukunft gewährleistet werden muss. Bildung, gute Schulen und eine gute Unterrichtsversorgung sind die beste Qualitätssicherung. Dass der Spielraum für ein Aufstocken in Richtung auf die vom Rechnungshof genannten Zahlen da ist, habe ich schon deutlich gemacht.

(Holger Astrup [SPD]: Abenteuerlich!)

Meine Damen und Herren, wir wollen die totale Aufgabe der Entbeamtungspolitik nicht nur aus finanziellem Grund, sondern auch deshalb, weil wir meinen, dass wir in den kommenden Jahren nur auf diesem Wege sicherstellen können, dass die qualifiziertesten, die besten Pädagogen in großer Zahl bei uns bleiben werden. Über 5.000 Stellen sind in den kommenden

Jahren - das wissen Sie - neu zu besetzen, da ja sehr viele ältere Lehrerkollegen nun in Pension gehen. Dann kommen mindestens 1.000 neue Stellen dazu. Das führt dazu, dass sich der Einstellungsbedarf durchschnittlich pro Jahr im Vergleich von drei, vier oder fünf Jahren mehr als verdreifacht. Und es wird nach meiner Einschätzung in manchen Bereichen schwer werden, den benötigten Lehrernachwuchs zu bekommen und erst recht die qualifizierten Mitarbeiter.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle kurz einen Pressebericht aus dem „Flensburger Tageblatt“ vom 6. August 1998 in Erinnerung rufen mit der Überschrift: „Guter Lehrer macht nicht Schule“. Es ging um einen Gymnasiallehrer in Flensburg, einen guten Mann mit sehr guten Bewertungen, der hier nur eine befristete Angestelltenstelle angeboten bekommen hat. Dagegen hatte er aus sechs anderen Bundesländern Angebote auf Vollzeitstellen im Beamtenverhältnis. Er hat dieses Land verlassen. Solche Beispiele hören wir auf unseren Veranstaltungen immer wieder; Herr Jacobs war erst kürzlich bei einer dabei.

Ich will Ihnen nur eines noch deutlich machen - das soll dann der Schluss sein; ich habe leider nicht mehr Zeit, mehr zu diesem Punkt zu sagen -:

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es reicht auch!)

Man kann den Zahlen der anderen Bundesländer deutliche Hinweise darauf entnehmen, dass der **Lehrerarbeitsmarkt** von Jahr zu Jahr bis zur Mitte des Jahrzehnts immer enger wird. Die Bayern beispielsweise werden im Jahre 2005 bei den Berufsschulen doppelt so viele Stellen besetzen müssen, nämlich 700, als sie aus dem eigenen Lehrernachwuchs aus dem Lande zur Verfügung haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bayern haben immer zu wenig ausgebildet und woanders abgesahnt! - Glocke des Präsidenten)

In den anderen Bundesländern ist die Situation ähnlich. Wir brauchen in Schleswig-Holstein - wie Sie den Zahlen aus den Antworten auf die Große Anfrage entnehmen können - 1.050 Berufsschullehrer in den nächsten fünf Jahren. 185 Studierende haben wir für diese Schulart überhaupt nur an unseren Hochschulen. Wir können damit nur ein Sechstel aus dem eigenen Bedarf decken, und das, obwohl offen ist, ob alle, die fertig werden, auch hier bleiben. Denn das ist nach bisherigen Erfahrungen ebenfalls eine gewagte Annahme. Wir rutschen hier in einen drohenden **Bildungsnotstand**. Und es ist dies ein weiterer Grund,

(Dr. Ekkehard Klug)

gute Leute in unser Land zu holen, indem wir Ihnen attraktive Beschäftigungsbedingungen bieten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Glocke des Präsidenten)

Sonst erhalten unsere Schüler in den kommenden Jahren nicht den Unterricht, den sie verlangen dürfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schwacher Applaus! Das Ganze war wohl nicht so doll!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahlenspiele der Opposition und des Landesrechnungshofes ermüden langsam.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie, Herr Dr. Klug, lassen keine Gelegenheit aus, um die Schule und den Unterricht schlecht zu reden. Sie berücksichtigen weder **sozialpolitische** geschweige denn **sozialpädagogische Aspekte**. Die Einzahlungen in die Sozialversicherung werden einseitig als Verlustgeschäfte bezeichnet. Haben Sie die Rentenkasse nicht im Auge? Sind Ihnen die Pensionslasten für die künftigen Generationen gleichgültig?

(Martin Kayenburg [CDU]: Was soll das denn sein? So ein Quatsch!)

So unattraktiv wie Sie meinen, scheinen im Übrigen die Stellenangebote des Landes nicht zu sein. Sie zitieren einen Lehrer, der abgewandert ist.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [F.D.P.])

Ich sage Ihnen, es gab 611 Bewerber auf Referendarstellen aus anderen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD)

611! Und kaum einer konnte übernommen werden. Zugegeben, es gibt fächerbezogene Engpässe.

(Holger Astrup [SPD]: Wie überall!)

Berufsschullehrer mit Abitur und Studium sind in allen Ländern, nicht nur in Bayern, sondern auch in Schleswig-Holstein gefragt

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

und wandern bei attraktiven Angeboten ab, weitgehend nicht einmal auf Beamtenstellen. Das hat mit dem Beamtenstatus überhaupt nichts zu tun. Immerhin gab es im vergangenen Jahr 37 Bewerber für berufliche Schulen aus anderen Ländern.

(Holger Astrup [SPD]: Das sicherlich nicht, weil es hier so schlecht ist!)

Und dann möchte ich Ihnen noch etwas erklären, Herr Dr. Klug. Sie machen keinen Unterschied zu den **Stundengebermitteln**, die es schon immer im Haushalt gegeben hat, beispielsweise für den Religionsunterricht durch kirchliche Mitarbeiter oder für Aushilfen in bestimmten Berufszweigen wie beispielsweise Zahnärzte und Schornsteinfeger, und die gesondert bereitgestellten Mittel dafür, die nicht Mittel für den Unterrichtsausfall sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Das muss man trennen. Das eine ist Fachunterricht und muss und kann auf den Unterricht umgerechnet werden, das andere sind die neu eingeführten Mittel zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls.

Die seit Jahren bestehenden Stundengebermittel müssen selbstverständlich auf den Fachunterricht angerechnet werden.

Im Übrigen differenzieren weder der Landesrechnungshof noch die Opposition zwischen den Maßnahmen, das Unterrichtsangebot bei steigenden Schülerzahlen zu erhalten, und den verschiedenen anderen Maßnahmen. Ich erinnere an Folgendes: Im Jahre 1996 war ein Bedarf von 2.100 Stellen zu decken. 622 wurden in den Haushalt eingestellt. 414 waren neue Stellen und hinzu kamen 108 kw-Vermerke. 704 Stellen wurden durch Kürzung der Altersermäßigung gewonnen und im Wert von 500 Stellen wurde das Unterrichtsangebot im Zugangsbereich gekürzt. 226 Stellen wurden durch die Straffung von Kursen erwirtschaftet, mit dem Auslaufen des Berufsgrundbildungsjahres beziehungsweise dem Auslaufen der Berufsaufbauschulen. Das waren die Maßnahmen, die ergriffen wurden.

Gegen diese schmerzhaften Maßnahmen gab es damals Widerstände nicht nur von den Berufsverbänden, sondern auch von der Opposition. Darüber hinaus wurde die **Arbeitszeitverlängerung** fortgesetzt und es wurde die Vorgriffsstunde eingeführt. Das bedeutete weitere 300 Stellen. Hierdurch wurde es möglich, die restlichen 200 von Ihnen auch kritisierten und im Koalitionsvertrag versprochenen Stellen auf den Jahresbeginn 2000/2001 von derzeit 800 plus 200 zu verschieben. Dies verkennen Sie.

(Sabine Schröder)

In diesem Zusammenhang danke ich der ehemaligen Bildungsministerin Gisela Böhrk für diese mutigen Schritte. Wir haben dafür gemeinsam Prügel bezogen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Nur durch diese Maßnahmen wurde das Unterrichtsangebot zufrieden stellend gesichert.

Jetzt kommen weitere 800 plus 200 Stellen hinzu - ich sage es noch einmal -, die selbstverständlich durch die jetzt umgesetzte Verbeamtung erwirtschaftet werden können. Deswegen war ich schon immer ein Anhänger der Verbeamtung, um dieses Unterrichtsangebot zu schaffen, das notwendig ist. Wenn Sie sagen, die Ministerpräsidentin habe jetzt einen Schritt in die richtige Richtung getan und das als Minderausgaben darstellen und es als Vorwurf formulieren, finde ich das wirklich unglaublich.

Wenn Sie sagen, es würden noch 230 Stellen durch strukturelle Maßnahmen erwirtschaftet, dann denke ich sehr wohl an kreisübergreifende Maßnahmen im Berufsschulbereich.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zusammenlegung von lokalen Angeboten!)

Vor einigen Jahren gab es bei mir in Plön fünf Gas- und Wasserinstallateure, in Eutin vier. Das geht nicht. Da muss man zusammenfassen und man kann es auch.

Im Übrigen sind die Einsparungen, die Sie in den Gesamtschulen vornehmen wollen, Herr de Jager, weitaus höher als hier angekündigt.

Es wird kritisiert, dass bei geringeren Schülerzahlen 35 % in den Klassen aufgefangen werden können. Das ist selbstverständlich, denn wir haben viel kleinere Klassen als in anderen Bundesländern. Damit bleibt das Ministerium weit hinter den Forderungen des Landesrechnungshofes und des Bundes der Steuerzahler nach erhöhten Klassenfrequenzen zurück.

Wir wollen ein ortsnahe Unterrichtsangebots. Wir wollen - insbesondere für Grundschulen - kleine Schulen erhalten: kurzer Weg für kurze Beine.

Was wollen Sie eigentlich, liebe Opposition?

(Holger Astrup [SPD]: Das ist eine gute Frage!)

Protest gegen Sparmaßnahmen, wenn es opportun ist, oder Sicherung der Unterrichtsversorgung? Wollen Sie größere Klassen? Schulschließungen? Einschränkung des Elternrechts auf freie Schulwahl?

(Holger Astrup [SPD]: Alles gleichzeitig!)

Einführung von Eingangsprüfungen? Zentralabitur?

(Frauke Tengler [CDU]: Ja! - Holger Astrup [SPD]: Was? Zentralabitur habe ich gehört? - Zuruf von der CDU: Darüber können wir reden! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da müssen Sie erst Volker Rühle fragen, ob Sie das sagen dürfen!)

Ich zitiere aus den „KN“ vom 24. Januar 2000 Professor Jongbloed, den ich persönlich kenne und dessen Sachkompetenz als Wirtschaftspädagoge ich schätze: „Weil der kognitive Anteil der Ausbildung wächst, schaffen viele Haupt- und Realschüler die Lehre nicht mehr.“ Und daher: „Wir brauchen kleine Klassen mit 15 Schülern. In dieser Atmosphäre kann man Ordnung und Disziplin leichter lernen. Wir müssen auch die Lehrer besser betreuen.“

Entscheidend ist auch der Satz eines Wirtschaftswissenschaftlers: „Bildung kann man nicht betriebswirtschaftlich kontrollieren.“

Umso wütender macht mich die erneute Attacke des **Landesrechnungshofs** auf die Integration.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Wir haben am Montag mit der Ministerpräsidentin die Lebenshilfswerkstätten in Preetz besucht. Dort arbeiten 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit geistiger Behinderung. Sie werden von 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - ohne Zivis und Helfer im freiwilligen sozialen Jahr - betreut. Damit gehört die Gesellschaft zu den größten Arbeitgebern in Kreis Plön.

Pädagogische Frühförderung, ein integrativer Kindergarten, eine Schule und Wohnstätten gehören dazu. Behinderte arbeiten in der Elektrobranche, wo sie Aufträge von Siemens und der Telekom erhalten, in Tischler- und Schlosserbereichen, in der Gartengestaltung und in der Wäschepflege. Wollen Sie hier eine Kosten-Nutzen-Analyse für die Gesellschaft aufrechnen, ohne das ungeheure Engagement für das Selbstbewusstsein Behinderter und ihre soziale Integration mit zu bewerten?

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut! - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich nenne ein weiteres Beispiel: In Preetz arbeiten die Pestalozzi-Schule und die Wilhelminenschule zusammen und schaffen es, bis zu 50 % der Jugendlichen zurück an die Hauptschule zu holen. Das ist die Leistung der **Integration**. Zusätzlich ergriff man Maßnahmen, am Nachmittag Angebote für Jugendliche zu schaffen, damit sie nicht auf den Straßen herumlungern müssen.

(Sabine Schröder)

Es ist festzustellen - jetzt wende ich mich noch einmal an den Landesrechnungshof -: Zusätzliche Klassen für die Integration an Grundschulen bedeuten keine höheren Kosten. Die Planstellen werden nach Schülerzahlen zugewiesen, nicht auf Klassen bezogen. Das ist der Denkfehler. Vor Ort wird die Bildung kleinerer Klassen entschieden. Festgelegte Klassengrößen gibt es nicht.

Durch die Integration konnten in Kleinstheimen - auch das muss man einmal gegenrechnen - 91 Kleinstheime statt der an sich notwendigen 175 Klassen gebildet werden. Das sind auch Einsparungen.

Notwendige Sonderschullehrerstunden im Grundschulbereich können nicht berechnet werden, da sie auch sonst zur Verfügung stünden, wenn die Kinder nicht integrativ beschult würden.

Zusätzliche Fahrkosten spielen keine Rolle, erhöhter Raumbedarf auch nicht. Und es wird nicht nach den Behinderungsarten differenziert, ob ein Hörgeschädigter oder ein mehrfach Behinderter betreut werden muss.

Dieses Vorgehen ist aus meiner Sicht glatte Ideologie gegen vorbildliche Integrationsbemühungen vieler engagierter Beteiligter.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD],
Jürgen Weber [SPD] und Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich halte dies für sozialpädagogisch unverantwortlich.

Auch in der nächsten Legislaturperiode wird Schleswig-Holstein unter sozialdemokratischer Führung bundesweit Maßstäbe bei der Integration setzen. Dessen bin ich mir sicher. Die Vorwürfe und nur Kostenberechnungen solcher Maßnahmen weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat ist es so, dass den Zahlenspielerien der Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage des Kollegen Klug von der F.D.P.-Fraktion zum Lehrbedarf im Wesentlichen nicht sehr viel Neues zu entnehmen ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben auch nicht viel Neues gefragt!)

Ich will es dem Haus ersparen, in die Tiefen der Planstellenarithmetik noch einmal einzusteigen. Das haben wir an verschiedenen Stellen bereits gemacht. Einige Antworten tragen meiner Auffassung nach jedoch in der Tat zur Klärung bei und sind daher ganz bemerkenswert: Bemerkenswert finde ich zum Beispiel die Äußerung von Ihnen, Frau Erdsiek-Rave, aber auch vom Staatssekretär zu den Referendaren. Es sei offensichtlich vom Landesrechnungshof und von uns versäumt worden, den eigenverantwortlichen Unterricht der Referendare zu berücksichtigen, denn das würde die **Unterrichtsversorgung** verbessern. Nur was sich meines Erachtens dahinter verbirgt, ist eine sehr merkwürdige Einstellung zur Lehrerausbildung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Denn eigenverantwortlicher Unterricht ist ein Instrument der Lehrerausbildung und kein Instrument der Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lothar Hay
[SPD]: So ein Quatsch!)

Das sage ich vor dem Hintergrund,

(Lothar Hay [SPD]: Das kommt dabei heraus,
wenn man Schulen nur von außen sieht!)

dass wir vor Jahresfrist - es liegt schon ein bisschen länger zurück - den Vorschlag von Ihnen erhalten haben, mit Referendaren Unterrichtslöcher zu stopfen. Das ist etwas, was wir auf keinen Fall wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte wieder um etwas mehr Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

Jost de Jager [CDU]:

Der nächste Punkt, den ich auch ganz bemerkenswert finde, ist etwas, was auch nicht neu ist, was aber in der jetzigen Phase der politischen Auseinandersetzung durchaus auch von Interesse ist. 35 % des Anstiegs der Schülerzahlen in den kommenden Jahren soll durch eine **Erhöhung der Klassenfrequenzen** kompensiert werden. Das bedeutet im Klartext größere Klassen. Diese Information, Frau Erdsiek-Rave, ist von besonderer Pikanterie, wenn man bedenkt, dass Sie und Ihr Staatssekretär immer wieder Wahlkampf mit dem Argument führen, wer die CDU wählt, wählt größere Klassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

(Jost de Jager)

Das Gegenteil ist der Fall. Sie wollen doch offenbar die Klassen vergrößern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

So etwas kann passieren, meine Damen und Herren. Das ist wie beim Billard, wenn man über Bande spielen will. Wenn man den Stoß zu kräftig führt, dann verselbstständigt sich die Kugel und landet wieder bei einem selbst.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ein weiterer Punkt, den ich ganz bemerkenswert finde, ist die Frage der organisatorischen Maßnahmen im Gegenwert von 120 Planstellen. Das ist so etwas wie eine globale Minderausgabe. Das wird in den Raum gestellt und verbucht, und keiner weiß, was sich dahinter verbirgt. Herr Kollege Klug hat ja eben beschrieben, was das bedeuten kann. Das kann die Zusammenlegung von Angeboten bedeuten, Frau Kollegin Schröder hat das ja auch ausgeführt, das kann das Auslaufen von Angeboten bedeuten, das kann aber auch Mehrarbeit von Lehrern bedeuten. Das heißt, dort kann also ein weites Maßnahmenfeld entstehen. Mit solchen Zahlen - das ist wie beim Haushalt - sollten wir nicht operieren, wenn wir sie nicht spezifizieren können.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Erdsiek-Rave, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, Sie verstünden gar nicht so richtig, worum der Streit eigentlich geht. Schließlich wollen ja alle das Gleiche. Ich will Ihnen erläutern, worum der Streit geht. Der Streit geht darum, dass die **Höhe des Lehrbedarfs** in der Zukunft Rückschlüsse auf das, was in der Vergangenheit geleistet oder nicht geleistet wurde, zulässt.

Das ist der Punkt, weshalb der Bericht des Landesrechnungshofs die Brisanz erhalten hat, die er erhalten hat. Die mindestens 1.000 Planstellen, die wir schaffen wollen, beschreiben deshalb nicht nur die Herkulesaufgabe der Zukunft, sondern die verheerenden Versäumnisse der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren, sind in den vergangenen Jahren sehenden Auges und untätig in diese Situation hineingegangen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist absolut gelogen!)

- „Gelogen“ ist übrigens ein schweres Wort. Das ist fast ordnungsrufreif, meine liebe Frau Fröhlich.

Ich will Ihnen dazu eine Zahl nennen: Seit 1991 erhöhte sich die Zahl der Schüler um 15,7 %, die Zahl der Lehrerstellen um 2,8 %. Dass aus dieser Lücke die schlechte **Unterrichtsversorgung** resultiert, die in Schleswig-Holstein mit Händen zu greifen ist, liegt doch auf der Hand.

Nun sagt Frau Fröhlich, sie sei überhaupt nicht schlecht. Frau Ministerin, Sie sagen auch immer, wir würden das Land nur schlecht reden und es sei gar nicht schlecht. Das ist eben der Unterschied zwischen Papierform und Realität. Die Realität, Frau Erdsiek-Rave, ist, dass morgen eine Delegation von Eltern einer Elterninitiative der Aukrug-Schule in Osterrönfeld kommt - die als eine von vielen auf Ihre - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Wahlkampf!)

- Nein, das ist überhaupt nicht Wahlkampf. Ich vertrete hier die Interessen von Leuten aus meinem Wahlkreis. Es ist ja nicht isoliert so. Wir haben in den vergangenen Jahren eine große Zahl von Elterninitiativen gehabt, die sich überall gebildet haben, um auf den hohen **Unterrichtsausfall** hinzuweisen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie können nicht immer so tun, als wenn das nur Einzelfälle wären, weil die Einzelfälle mittlerweile ein flächendeckendes Bild ergeben. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Dass Sie es angesichts der Entwicklung in den vergangenen Jahren, die ich beschrieben habe, für richtig erachtet haben, im Jahr 1999 keine einzige zusätzliche Planstelle zu schaffen, das, meine Damen und Herren, haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dass Sie damit ein Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag gebrochen haben, auch das haben Sie zu verantworten. Dass daraus resultiert, dass von den 1.000 **Lehrerstellen**, die Sie schaffen wollen, eigentlich nur 800 echt sind, weil Sie nämlich noch 200 aus der letzten Legislaturperiode herüberziehen, auch das gehört zu der Wahrheit. Deshalb geht es heute - exakt vier Wochen vor der Wahl - auch darum festzuhalten, wer für den Zustand heute in der Verantwortung steht. Das sind Sie, meine Damen und Herren. Aus der Verantwortung werden wir Sie auch nicht entlassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben Sie sehr früh darauf hingewiesen. Wir haben Ihnen auch den Weg gezeigt. Der Kollege Klug hat es schon geschildert. Es geht darum, dass man rechtzeitig wieder in die **Verbeamtung** hätte einstei-

(Jost de Jager)

gen und die Entbeamtungspolitik hätte aufgeben müssen. Der Landesrechnungshof legt die Zahlen doch vor, indem er sagt, dass die nicht erfolgte Verbeamtung und das verfehlte Verbeamtungsmodell in den Jahren zwischen 1993 und 2006 595 Millionen DM kosten. Das ist der Punkt, meine Damen und Herren. Das sind haargenau die Ressourcen, die in den vergangenen Jahren gefehlt haben, um die Lehrerstellen bereitzustellen, die wir jetzt dringend gebraucht hätten, um für die Situation gewappnet zu sein, die auf uns zukommt.

Um diese Verantwortung nicht einzugestehen, war es Ihr Bestreben, die Zahl der künftig erforderlichen Lehrer in der Außendarstellung möglichst gering zu halten. Das war der Grund für den Theaterdonner, den vor allem der Staatssekretär um den **Bericht des Landesrechnungshofs** inszeniert hat. Deshalb ist die Zahl von 1.500 beziehungsweise 2.250 erforderlichen Lehrern polemisch zurückgewiesen worden. Deshalb haben Sie auch die schlechtere Unterrichtsversorgung im Bundesvergleich schlichtweg geleugnet, und zwar wider besseres Wissen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Damit komme ich auf die Berechnung Ihres Hauses zurück, Frau Erdsiek-Rave, die Sie auch schon angesprochen haben. Peinlich ist mir das überhaupt nicht. Denn die vorliegende Berechnung stellt zweierlei fest: Einmal stellt sie fest, dass die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bundesdurchschnitt in der Tat schlecht ist. Diese Berechnung stellt auch fest, dass eigentlich 2.000 Lehrer bis zum Jahr 2006 gebraucht werden.

Die Berechnung zeigt auch, dass die Zahlen, die Sie in der Replik auf den Landesrechnungshof veröffentlicht haben, rein politische Zahlen sind. Intern kennen Sie den Bedarf; aber nach außen wollten Sie ihn nicht zugeben. Deshalb ist es nicht peinlich, dass uns dieser Vermerk vorliegt, sondern es ist peinlich, dass Sie den Inhalt dieses Vermerkes der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gegeben haben.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Wenn die Diskrepanz zwischen intern bekannten Berechnungen und veröffentlichten Zahlen zu groß ist, dann setzt man sich dem Verdacht aus, man wolle die Öffentlichkeit täuschen. So einfach ist das, meine Damen und Herren!

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter de Jager, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Astrup?

Jost de Jager [CDU]:

Nein, das mache ich nicht, weil ich mit der Zeit haushalten muss.

Insofern ist das auch der Punkt, den ich Sie frage, Frau Erdsiek-Rave: Dementieren Sie diese Berechnung oder dementieren Sie sie nicht? Wenn Sie sie nicht dementieren - das heißt, wenn es sie gibt -, dann müssen Sie die Frage klären, warum sie nicht in Ihre Berechnungen eingeflossen sind.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen zum Schluss sagen, dass wir bei der Diskussion der Großen Anfrage der F.D.P. und bei der Diskussion um den Landesrechnungshofbericht, die darum entbrannt ist, immer wieder darauf hinweisen müssen: Es geht nicht nur um die Prognose der Zukunft, sondern um die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit. Sie haben hier zwölf Jahre die Verantwortung gehabt. Sie haben es zugelassen, dass es zu einer Situation gekommen ist, in der wir in der Unterrichtsversorgung und der Deckung des Lehrbedarfs in Zukunft schwierig dastehen. Das ist eine Verantwortung, aus der wir Sie nicht entlassen werden und auf die wir in den kommenden vier Wochen überall hinweisen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei Frau Erdsiek-Rave und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Antwort auf die Große Anfrage bedanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist schon eine bemerkenswerte Leistung, dass die Fragen innerhalb von gut vier Wochen beantwortet wurden, obwohl darin noch die Feiertage lagen. Vielleicht war dabei allerdings hilfreich - das will ich auch sagen -, dass vieles von dem, was die F.D.P. zu wissen begehrte, bereits veröffentlicht und auf unzähligen Veranstaltungen diskutiert wurde.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Ich habe ja Verständnis dafür, dass die Opposition angesichts der CDU-Finanzaffäre verzweifelt ein bundespolitisches Wahlkampfthema sucht, mit dem sie

(Irene Fröhlich)

einen Stich machen kann. Es ist aber kein sonderlich effektiver Umgang mit den Ressourcen der Landesverwaltung, längst bekannte Tatsachen in kürzester Zeit neu zusammenstellen zu lassen.

Die Große Anfrage der F.D.P. greift im Wesentlichen die Kontroverse zwischen Ministerium und **Landesrechnungshof** über dessen Prüfungsmittelungen zur **Unterrichtsversorgung** und **Lehrerbedarfsprognose** auf. Damit haben wir uns im Bildungs- und im Finanzausschuss in mehreren Sitzungen beschäftigt - bei zumindest physischer Anwesenheit der Herren Dr. Klug und Kubicki.

Die methodischen Mängel und Fehler des Berichtes sind dort ausführlich erörtert worden. Die Angaben über den **Unterrichtsausfall** beruhen auf Erhebungen aus dem Schuljahr 1995/96, das heißt auf der Zeit, bevor das KLAUS-Konzept gegriffen hat. Bei den Angaben zu den vorhandenen Planstellen sind - die Ministerin hat dies vorhin noch einmal dargestellt - die Stellenwerte, die sich aus der Umrechnung der Stundenmittel ergeben, nicht berücksichtigt worden.

Korrigiert man dies und rechnet zudem mit ein, dass der Landesrechnungshof den Bedarf an zusätzlichen Planstellen bis zum Jahr 2005 nur für die allgemeinbildenden Schulen angegeben hat, das Ministerium aber für alle Schulen, dann stimmen die Bedarfsrechnungen des Landesrechnungshofs und des Ministeriums weitgehend überein.

Ich werfe CDU und F.D.P. nicht vor, dass sie trotz dieser offenkundigen Mängel die Vorlage nutzen, die Ihnen Dr. Korthals termingerecht zum Landtagswahlkampf geliefert hat. Unredlich ist es jedoch, den Landesrechnungshof als Kronzeugen für das angebliche Versagen der Landesregierung in der Bildungspolitik anzuführen, sich aber um jede Stellungnahme der Maßnahmen herumzudrücken, die der Rechnungshof ausdrücklich empfiehlt oder die sich zwingend als Konsequenz aus seiner Darstellung der Unterrichtssituation ergeben.

Konsequent wäre es gewesen, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, hier den Antrag eingebracht hätten, die Landesregierung solle diese Maßnahmen umsetzen. In diesem Fall würden wir hier nämlich nicht über Zahlenkolonnen, sondern über die pädagogische Qualität unserer Schulen diskutieren und hätten damit - ein Novum in dieser Legislaturperiode - wirklich einmal eine bildungspolitische Debatte im Landtag und nicht immer nur eine Zahlenkolonnendebatte.

Wir würden dann über die Qualität an unseren Schulen diskutieren. Denn die Vorschläge des Rechnungshofs hätten - würden sie umgesetzt - auf die Qualität unse-

rer Schulen erhebliche Auswirkungen. So empfiehlt er, die Mindestschülerzahl für Grundschulen zu verdoppeln und kleine weiterführende Schulen, die die Mindestgröße nicht erreichen, zu schließen. Dies beträfe vor allem Haupt- und Realschulen auf dem Land. Ich sage hier nochmals klipp und klar: Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir werden nicht zulassen, dass Sechs- bis Zehnjährige stundenlang in Schulbussen herumtransportiert werden.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Wir wollen die Grundschule im Dorf lassen und auch im ländlichen Raum ein wohnortnahes Angebot - vielen Dank für den Beifall von der rechten Seite dieses Hauses - an allen weiterführenden Schularten erhalten. Dazu wollen wir Hauptschulen, die akut bedroht sind, mit Realschulen zu so genannten **Regionalschulen** zusammenschließen.

(Claus Ehlers [CDU]: Da sind wir vorsichtig!)

Weniger Schulen bei zunehmenden Schülerzahlen führen zwangsläufig zu größeren Klassen. Dies hätte eine gravierende Verschlechterung der Unterrichtssituation zur Folge. Je weniger Schülerinnen und Schüler in einer Klasse sind, desto mehr können die Lehrerinnen und Lehrer sich um die einzelnen Schülerinnen und Schüler kümmern, individueller auf ihre Bedürfnisse eingehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin stolz darauf, dass wir das Land der **kleinen Klassen** sind:

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jawohl!)

In allen Schularten liegt die Schülerzahl pro Klasse deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Wir Grünen wollen, dass das so bleibt. Die höheren Kosten dafür werden sich auszahlen.

Das gilt auch für die Kosten der **Integration**. Die zusätzlichen Kosten für die in Regelschulen beschulten Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen sind gut angelegt, wenn wir damit Menschen, die in ihrem Leben oft unnötige, manchmal auch unvermeidliche Ausgrenzung erfahren, so früh wie möglich deutlich ma-

(Irene Fröhlich)

chen, dass sie vollwertige Mitglieder der Gesellschaft sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Diese Erfahrung ist übrigens auch für ihre nicht behinderten Klassenkameradinnen und Klassenkameraden besonders wichtig.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ich plädiere damit nicht für eine Abschaffung der Förderschulen, sondern für eine bessere Verzahnung mit den Regelschulen und für den verstärkten Einsatz von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen.

Zu all diesen vom Rechnungshof aufgeworfenen Fragen äußert sich die Opposition in bewährter Weise nicht, wie sie übrigens alles vermeidet, was nach vorn denkt und eine Kontur aufzeigt, was sie eigentlich vorhat.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lothar Hay [SPD])

Sie äußern sich auch nicht zu dem Vorschlag, dass die angestellten Lehrerinnen und Lehrer unentgeltlich eine halbe Stunde länger arbeiten sollen. Schon am 7. Oktober haben die Abgeordneten von CDU und F.D.P. im Bildungsausschuss vorsichtshalber nicht an der Abstimmung darüber teilgenommen, wie die Prüfungsmittelung bewertet wird. Das ist übrigens auch eines ihrer Mittel und eine ihrer Methoden, einfach nicht mitzustimmen und so zu tun, als wäre man gar nicht da. Das finde ich ein bisschen naiv.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er bei „Pallas“ auch gemacht!)

Die einzige Forderung des Rechnungshofes, die sie begierig aufgreifen und die auch auf der Pressekonferenz von Dr. Klug am Montag dominiert hat, ist die nach einer sofortigen **Verbeamtung** aller **Lehrkräfte**.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Können Sie das erklären, was das damit zu tun hat?)

Ich teile übrigens die Verwunderung des Kollegen Weber, dass sich ausgerechnet die F.D.P., die sich sonst für den schlanken Staat stark macht und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Leistungsbereitschaft und Flexibilität fordert, als Gralshüterin des Berufsbeamtentums geriert. Das passt nicht zusammen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Inwieweit sind angestellte Lehrer flexibler? Können Sie das

erklären? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Fröhlich, Sie verstehen nichts davon!)

- Hören Sie einfach zu, dann lernen Sie vielleicht noch etwas!

Ein moderner Staat sollte den Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf die hoheitlichen Kernbereiche beschränken. Diese Meinung vertritt übrigens auch ihr Generalsekretär auf Bundesebene.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie verstehen einfach nichts davon, Frau Fröhlich!)

Aber das schert Sie nicht. Das Unterrichten von Kindern und Jugendlichen gehört jedenfalls nicht zu den hoheitlichen Aufgaben. Das sollten Sie wissen.

Der im vergangenen Jahr eingeschlagene Weg, allen Lehrkräften, die bereits einen eigenständigen Rentenanspruch erworben haben, die Verbeamtung zu ermöglichen - eine gute Leistungsbeurteilung vorausgesetzt -, ist aus unserer Sicht ein pragmatischer Kompromiss zwischen der Notwendigkeit, kurzfristig bei steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen die Unterrichtsversorgung zu sichern, und dem Solidarbeitrag des Landes zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme. Das als herausgeschmissenes Geld zu bezeichnen, finde ich angesichts des Dramas der Sozialkassen aus 16 Jahren Kohl-Regierung zynisch.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade mit Blick darauf aber wird über kurz oder lang kein Weg an Beitragszahlungen an die Sozialversicherungen auch für die Beamtinnen und Beamten herumführen. Unter den jetzigen Bedingungen bedeuten Verbeamtungen nichts anderes, als Sozialleistungen, die heute zu erbringen wären, zukünftigen Generationen aufzubürden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik und deshalb nicht unser Weg.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das machen Sie doch gerade! Nach fünf Jahren! Warum nicht gleich?)

Rot-Grün hat seit 1996, wie keine Landesregierung zuvor, in eine gute Bildung und Ausbildung unserer Kinder investiert. Das konnten Sie wissen, Herr de Jager. Darum bleibe ich dabei: Wenn Sie das Gegenteil behaupten, verbreiten Sie Lügen.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

(Irene Fröhlich)

Wir haben den Schulbereich von allen Einsparungen ausgenommen. Wir haben 622 neue Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Damit und mit den übrigen Maßnahmen des KLAUS-Konzeptes haben wir - bei allen Problemen, die es an einzelnen Schulen gibt - den Anstieg der Schülerzahlen bewältigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Politik auch in den nächsten Jahren fortsetzen und bis einschließlich 2005 in jedem Haushaltsjahr 200 neue Stellen schaffen.

Weitere Verbesserungen der Unterrichtssituation versprechen wir uns von der Neuberechnung der Lehrerarbeitszeit; die Ergebnisse der Arbeitszeitkommission müssen baldmöglichst - zunächst im Modellversuch - umgesetzt werden. Wir wollen überdies Lehrerinnen und Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben durch den Einsatz von Schulassistentinnen und Schulassistenten entlasten;

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wer bezahlt die denn?)

hierzu beginnt im nächsten Schuljahr ein Modellversuch an drei Schulen.

All das wird nicht ausreichen, wenn Politik und Verwaltung nicht ein neues Verständnis von Schule entwickeln. Die einzelne Schule muss in die Lage versetzt werden, eigenständiger und flexibler mit der jeweiligen örtlichen und zeitlichen Situation umzugehen. Sie braucht dazu ein eigenes Budget, das Recht zu eigenständiger Personalauswahl und die Möglichkeit, Lehrpläne und Unterricht selbstständiger gestalten zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser Legislaturperiode haben wir mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes und dem Konzept „Geld statt Stellen“ wichtige Schritte auf diesem Weg gemacht. Das gibt mir Mut, dass wir die Herausforderungen der kommenden fünf Jahre gut bewältigen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bildungsministeriums für diese zügige Beantwortung der Großen Anfrage. Nun ist es nicht das erste Mal, dass wir uns in diesem hohen Haus mit dem Thema Unterrichtsversorgung befassen. Wir tun

es praktisch jedes Jahr und, weil es so schön ist, in letzter Zeit auch immer öfter. Manchmal habe ich sogar das Gefühl, dass wir es dabei mit einem geheimen Eignungstest für Landtagsabgeordnete zu tun haben. Wer diesen Test bestanden hat, will ich offen lassen.

Natürlich ist es so: Lehrerbedarf, Lehrerbeschäftigung und Unterrichtssituation betreffen viele Menschen und viele Institutionen in unserem Land. Studierende auf Lehramt und Lehrende an den Universitäten Flensburg und Kiel sind davon betroffen, denn es geht um ihre berufliche Zukunft. Schülerinnen und Schüler sind davon betroffen, denn es geht darum, welche Quantität und Qualität ihnen im Unterricht geboten wird. Alle Lehrerinnen und Lehrer sind davon betroffen, denn es geht um ihre Arbeitssituation. Und schließlich sind natürlich auch Eltern, die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft davon betroffen, denn Bildung ist ein integraler Bestandteil der Gesellschaft.

Das Hauptproblem des heutigen Tagesordnungspunktes besteht nun darin, dass es immer einfacher ist, etwas über die Vergangenheit zu sagen. Vorhersagen sind schwierig, erst recht, wenn es um die Zukunft geht.

Es geht um Prognosen der Entwicklung des Lehrerbedarfs, der Lehrerbeschäftigung und der Unterrichtssituation in Schleswig-Holstein bis 2005. Es gibt dazu zwei unterschiedliche und zum Teil sehr konträre Prognosen, einmal vom **Landesrechnungshof** und einmal vom Bildungsministerium. Bereits im Herbst haben wir im Finanz- und Bildungsausschuss einen heftigen Schlagabtausch zwischen Landesrechnungshof und Bildungsministerium erlebt, als es um die Berechnung der **Unterrichtsversorgung** und der **Lehrerbedarfsprognose** ging. Ich hatte damals das Gefühl - das will ich noch einmal sagen -, dass der Landesrechnungshof die Grenze zwischen Kontrollieren und Politisieren nicht ganz hat einhalten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ein wesentlicher Punkt des Streites ist die Frage, ob angestellte oder beamtete Lehrkräfte für das Land billiger sind. Auch dazu haben wir im Grunde genommen schon alle Argumente ausgetauscht. Eine große Rolle spielen dabei aber die hohen Pensionslasten für beamtete Lehrkräfte, die in Berechnungen oft unterschlagen werden.

Der SSW war von Anfang an dafür, dass Lehrer und Lehrerinnen im Prinzip nicht Beamte sein sollten - unter anderem weil die Pensionslasten das Land in Zukunft noch erdrücken werden. Dazu stehen wir auch

(Anke Spoorendonk)

weiterhin. Wir stehen auch dazu, dass Lehrer und Lehrerinnen keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen.

Die so genannte **Entbeamtungspolitik** Schleswig-Holsteins ist bekanntlich zurückgenommen worden, vor allem aus finanziellen Gründen. Es gibt keinen Grund zur Håme. Die aktuelle Regelung besagt, dass alle neuen Lehrkräfte zunächst fünf Jahre lang sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein müssen, bevor sie verbeamtet werden. Damit beteiligen sich die künftigen Beamten zumindest ein wenig an der solidarischgemeinschaftlichen Alterssicherung.

Eine weitere Frage betrifft die Mindestzahl an erforderlichen neuen Stellen für Lehrkräfte, das heißt die Lehrbedarfsprognose. Die Landesregierung spricht von 1.260 Stellen bis zum Schuljahr 2004/2005, der Landesrechnungshof von mindestens 1.500 Stellen und der CDU liegt angeblich ein internes Papier aus dem Bildungsministerium vor, wonach eigentlich 2.000 Stellen nötig seien.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Dazu möchte ich dann auch nichts mehr sagen; der Kollege Jost de Jager hat sich dazu bereits geäußert.

Wem soll man nun aber glauben? Ich vertraue zunächst einmal - das möchte ich hier deutlich machen - den offiziellen Angaben aus dem Bildungsministerium, also: 1.260 erforderliche Stellen. Der SSW wird allerdings kritisch verfolgen, wie sich die Lehrer- und Schülerzahlen in den nächsten Jahren entwickeln werden, wobei ich die fromme Hoffnung aussprechen möchte, dass es uns gelingen möge, zu einer transparenteren Berechnungsgrundlage zu kommen. Ich wage mir gar nicht vorzustellen, wie wir alles dies jetzt, da wir ja auch an Wahlkampfveranstaltungen teilnehmen, herüberbringen können. Ich denke, das ist nicht möglich.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Doch, schon auf drei Veranstaltungen!)

- Lieber Herr Kolleg Klug, auch Ihnen ist es nicht möglich, das den Leuten verständlich zu machen; das weiß ich aus sicherer Quelle.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir begrüßen, dass die Landesregierung den steigenden Schülerzahlen nur zu 35 % mit steigenden **Klassenfrequenzen**, aber zu 65 % durch Erhöhung des Lehrbestandes begegnet. Damit wird versucht, die Klassen möglichst klein zu halten, was für einen guten Unterricht sehr wichtig ist. Hier wären noch bessere Zahlen wünschenswert, aber ich sehe ein, dass der Haushalt enge, ganz enge Grenzen setzt. Das gilt ebenso für die 1.000 neuen Stellen für Lehrkräfte bis

zum Schuljahr 2004/2005, die ja von allen gefordert werden und die auch der SSW fordert.

Wenn die Landesregierung auf insgesamt 1.260 benötigte Stellen kommt und dabei 140 Stellen aus den Vorgriffsstunden organisieren will, aber 120 Stellen durch nicht näher erklärte Umorganisationen erwirtschaften will, dann wünsche auch ich mir natürlich Aufklärung, durch welche organisatorischen Maßnahmen diese 120 Stellen geschaffen werden sollen.

Ein weiterer Punkt sind die Prognosen, wann wie viele Lehrkräfte in den Ruhestand treten werden und wann wie viele neue Lehrer zur Verfügung stehen werden. Die Landesregierung spricht bei den Pensionierungen von erheblichen Unwägbarkeiten, weil man nicht weiß, wie viele Lehrkräfte vorzeitig aus ihrem Beruf ausscheiden werden. Das ist natürlich plausibel.

Auf ein konkretes Problem möchte in diesem Zusammenhang jedoch noch hinweisen; das bezieht sich jetzt nicht auf die Zeitpunkte der Pensionierung, sondern auf die Frage, wann denn Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Es hat etwas mit der Ausbildung von Lehrkräften für Förderschulen zu tun. Es gibt hier teilweise einen so großen Bedarf an Lehrern, dass nach unserem Kenntnisstand nicht wenige Erstexaminierte ohne Referendariat sofort als Lehrkräfte eingestellt werden, um dann irgendwann später im Referendariat endgültig für den Beruf ausgebildet zu werden, den sie ohne abgeschlossene Ausbildung bereits ausgeübt haben. Hier muss nach meiner Meinung dringend etwas getan werden, ebenso wie bei den Lehrkräften an Berufsschulen.

Die Landesregierung will von den 1.260 neuen Stellen 361 im Berufsschulbereich einsetzen. Das ist gut so und das ist ja auch - wie ich vorhin bereits sagte - dringend erforderlich. Der Löwenanteil von 417 neuen Stellen soll an die Gymnasien fließen, wo man mit etwa 8.420 zusätzlichen Schülern rechnet, während der Gesamtschulbereich bei 410 prognostizierten zusätzlichen Schülern 22 neue Stellen erhalten soll. Wo da nun die Bevorzugung der Gesamtschulen stecken soll, liebe Kolleginnen und Kollegen, die einige immer wieder beklagen, kann ich nicht erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Machen wir uns nichts vor: Ein Tagesordnungspunkt wie dieser in der letzten Tagung des Landtages vor der Wahl erfüllt natürlich auch den Zweck einer letzten schulpolitischen Generaldebatte. Für den SSW ist dabei festzuhalten, dass wir mit der Schulpolitik der letzten vier Jahre vielfach etwas holperig, nicht immer zufrieden stellend, manchmal sogar auch enttäuschend,

(Anke Spoorendonk)

aber insgesamt doch vergleichsweise nicht schlecht gefahren sind,

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

wobei ich ausdrücklich die Dialogbereitschaft der Bildungsministerin und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihr Bemühen um eine inhaltlich orientierte Debatte hervorheben möchte. Gerade am heutigen Tag möchte ich der Bildungsministerin auch von dieser Stelle aus noch einmal dafür danken, dass sie die Schulbuchinitiative „Erzählt es euren Kindern“ möglich gemacht hat. - Hier darf man gern einmal applaudieren!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Der SSW hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Verbesserungen im Schulbereich mitgetragen, so auch das neue Schulgesetz, das mit der Drittelparität mehr Demokratie in die Schulen gebracht hat. Von unserem Ziel der **ungeteilten Schule** sind wir aber immer noch weit entfernt. Die Einführung der sechsjährigen Grundschule wäre dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Ich wage gar nicht hinzuzufügen, dass dies auch aus Kostengründen ein Schritt in die richtige Richtung wäre.

Eine Debatte über Unterrichtsversorgung und Lehrerprognosen sagt natürlich auch immer etwas über allgemeine schulpolitische Vorstellungen aus; ich sagte das schon. Wenn man sich wie CDU und F.D.P. voll und ganz hinter den Landesrechnungshof stellt, dann muss man sich auch die Frage gefallen lassen, ob man denn alle anderen Forderungen des Landesrechnungshofs ebenfalls übernehmen wird. Der SSW ist allerdings gegen die Schließung kleiner Schulstandorte, auch wenn große Schulen billiger sind; und wir sind auch für den Erhalt und den Ausbau von integrativer Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder, auch wenn dies teuer ist. CDU und F.D.P. müssen sich hierzu erklären; sie müssen Ross und Reiter nennen.

Ich möchte jetzt nicht weiter Salz in die Wunden der CDU streuen,

(Konrad Nabel [SPD]: Die sind wie viele kleine Kinder gefühllos!)

ich möchte aber doch noch einmal das Stichwort „Haushaltsberatung 2000“ aufgreifen. Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass wir uns auch im Rahmen der Haushaltsberatungen mit diesen Fragen hätten auseinander setzen können.

(Glocke der Präsidentin - Martin Kayenburg [CDU]: Dagegen sind wir vorwurfsresistent!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, kommen Sie bitte zum Schluss!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Eine letzte Bemerkung: Der Landesrechnungshof sagt in seinem Gutachten, dass die Schulorganisation optimiert und wirtschaftlicher gestaltet werden muss. Okay, das ist so. Aber wichtig ist auch zu sagen, dass es unterschiedliche Wege dazu gibt und dass wir uns mit diesen unterschiedlichen Wegen inhaltlich auseinander setzen müssen. Wir können nicht immer wieder nur eine verkürzte Debatte über die Lehrerversorgung in diesem Hause ablaufen lassen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte aus der Debatte drei oder vier Punkte aufgreifen und dazu noch einmal deutlich Stellung beziehen.

Zum einen taucht immer wieder das Stichwort „Versäumnisse der Vergangenheit“ auf. Ich weise noch einmal darauf hin, dass man Stellenzahl und Unterricht nicht immer nur einfach gleichsetzen kann, sondern dass wir eine ganze Reihe von Maßnahmen, von sehr guten Maßnahmen - übrigens gegen den Widerstand der Opposition - durchgesetzt haben, um die **Unterrichtsversorgung** in den letzten vier Jahren mit mehr Quantität und auch Qualität zu sichern. Außerdem weise ich darauf hin, dass wir das, was mittlerweile so gut wie alle Bundesländer tun, in Schleswig-Holstein bereits seit 1995 tun, dass wir nämlich netto **zusätzliche Stellen** an die Schulen bringen. Das war bundesweit keineswegs selbstverständlich. Auf diese Leistung können wir stolz sein und das darf man hier wohl auch einmal sagen. Erste Bemerkung!

(Beifall bei der SPD)

Zweite Bemerkung: Thema „Beamte“! Es gibt keineswegs einen Meinungs- oder Sinneswandel in der Richtung, dass wir es für sinnvoll und eigentlich im Kern für verantwortbar hielten, dass Lehrer an Schulen grundsätzlich als Beamte eingestellt werden. Aber wir haben erkannt - das haben wir auch mehrfach deutlich gesagt -, dass aus der gesamtdeutschen Situation, aus der Konkurrenzsituation zum einen und aus

(Jürgen Weber)

dem generellen Problem der ungleichen Nettoeinkünfte von Lehrern an den Schulen zum anderen ein Problem erwächst, das uns zum Handeln zwingt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir einen ersten Schritt in Richtung **Verbeamtung** gemacht, der aus diesen Gründen notwendig war.

Das war die zweite Bemerkung.

Dann möchte ich einen dritten Punkt benennen, der mir wichtig ist. Wir haben in den nächsten Jahren in der Tat in einer ganzen Reihe von Fragen Probleme, vor allen Dingen im Berufsschullehrerbereich, die nötigen qualifizierten Nachwuchsberufsschullehrer zu bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das Problem haben wir ja nicht nur in Schleswig-Holstein, das haben wir bundesweit - Herr Klug hat darauf hingewiesen -; das haben wir in Bayern und überall.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das gilt auch für die allgemeinbildenden Schulen!)

- Ja, wir werden auch da in einzelnen Fächern Engpässe haben. Auch das wird ein bundesweiter Trend sein.

Es ist wenig hilfreich, das als Kernproblem eines Bundeslandes aufzufassen, in dem wir die größte Zahl - weit über 90 % - derjenigen, die wir haben könnten, nicht bekommen, weil die in andere Bundesländer gehen. Sie tun dies nicht deshalb, weil dort das Paradies auf Erden ist, sondern sie gehen in den Bereich der freien Wirtschaft, weil dort attraktivere Angebote im ingenieurwissenschaftlichen Bereich sind,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

die wir nicht - so sage ich einmal - dadurch auffangen können, dass wir sozusagen Beamtengehälter zahlen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Natürlich!)

Deswegen glaube ich, dass das eine Irreführung ist und dass wir die Probleme der Attraktivitätssteigerung in diesem beruflichen Bereich grundsätzlich lösen müssen. Dazu gibt es gute Vorschläge der Regierung und das wird ja auch auf KMK-Ebene intensiv diskutiert.

Dann möchte ich noch einen letzten Punkt ansprechen und geradezu ein Angebot an den Kollegen de Jager unterbreiten. Herr de Jager, Sie haben hier gesagt, das sei ja nicht angängig und sozusagen kritikwürdig, dass die Landesregierung beziehungsweise die Ministerin nicht die Vermerke veröffentliche, die irgendwo im

Haus erstellt worden sind. Ich will Ihnen sagen - und ich will Ihnen ein Angebot machen -: Sollten Sie jemals in diesem Jahrhundert Gelegenheit bekommen, hier zu regieren, Herr de Jager, und mir oder uns hier versprechen, dass alle Vermerke, die bei Ihnen erstellt werden, auch veröffentlicht werden, verspreche ich Ihnen, Sie zu wählen. - Versprochen!

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen eigentlich nur in die Papiere zu sehen, um festzustellen, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD in der Einschätzung dessen, was denn notwendig ist, weitaus dichter beim Rechnungshof liegen als die CDU.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich habe hier das Papier des Rechnungshofs vorliegen. Der Rechnungshof stellt fest:

(Martin Kayenburg [CDU]: Da hat Frau Schröder aber etwas anderes gesagt!)

„Die vom Bildungsministerium prognostizierten 1.260 Stellen bis zum Schuljahr 2004/05 hält der Landesrechnungshof für nicht ausreichend, die derzeitige Unterrichtsversorgung aufrechtzuerhalten.“

Wir sagen, wir wollen 1.000 neue Stellen, um die derzeitige **Unterrichtsversorgung** aufrechtzuerhalten. Was sagt die CDU in ihrem Programm? - Die CDU schreibt doch tatsächlich, sie möchte in den kommenden fünf Jahren 1.000 Stellen, um damit die Grundlage für eine erfolgreiche Schulbildung zu schaffen; denn das wäre eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung.

Sie glauben, dass Sie mit 1.000 neuen Stellen die Unterrichtsversorgung im Land deutlich verbessern können. Da bin ich aber gespannt. So weit gehen wir nicht. Wir sagen, diese 1.000 Stellen sind dazu da, Standards zu halten, und der Rechnungshof sagt, das reiche nicht. Also sind wir deutlich dichter beim Landesrechnungshof und auch das ist ja einmal nicht schlecht.

(Monika Heinold)

Die F.D.P. schreibt auch, sie möchte 1.000 neue Stellen.

Aber ich möchte noch etwas hinzufügen: Wenn wir denn in aller Konsequenz - wir haben ja alle die Unterlagen bekommen - der Wirtschaftlichkeitsberechnung des Rechnungshof folgen wollten, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, würden wir in Schleswig-Holstein Männer als Beamte einstellen und Frauen als Angestellte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da frage ich Sie, die Sie doch immer die Fans des Rechnungshofs sind, ob Sie denn diese Konsequenz auch mittragen wollen, ob das denn Ihre Vorstellungen sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das wollen wir mit Sicherheit nicht! Das ist ja Blödsinn!)

Dann sagt der Rechnungshof noch - deshalb bin ich noch einmal nach vorn gegangen, weil ich ihm dringlichst davon abraten möchte -:

„Der Landesrechnungshof wird im Rahmen einer Arbeitsplanung prüfen, ob eine derartige Untersuchung“

- also Angestellte/Beamte -

„für Schleswig-Holstein sinnvoll sein kann.“

Er schreibt vorher:

„Eine Untersuchung, ob beamtete oder angestellte Lehrkräfte speziell in Schleswig-Holstein langfristig günstiger sind, könnte nur durch eine landesspezifische, umfangreiche, zeitaufwendige und mathematisch-statistisch abgesicherte Stichprobenerhebung der einzelnen beruflichen Lebensabläufe aktiver und pensionierter Lehrkräfte vorgenommen werden.“

Da sage ich, Herr Korthals: Wenn Sie zu viel Arbeitskapazität haben, sagen Sie Bescheid. In den Schulen ist Bedarf.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben doch nur Angst vor der Untersuchung! Das ist Ihr Problem!)

In den Schulen ist Bedarf. Ich glaube, dass die eine oder andere Person aus dem Landesrechnungshof dann gern einmal Vertretung in den Schulen machen könnte. Aber ersparen Sie uns diese zeitaufwendige Untersuchung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch unglaublich!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss einfach noch einige Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung muss ich deswegen machen, weil ich für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Fürsorgepflicht habe. Ich weise Begriffe zurück, die hier bei der Antwort auf die Große Anfrage für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwandt worden sind, die daran gearbeitet, die dafür gerechnet und Ihnen Statistiken zur Verfügung gestellt haben. Diese Qualifikation als „mogeln“ oder als „Zahlenspielerien“ weise ich mit Nachdruck zurück. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Jost de Jager [CDU]: Ihre Mitarbeiter sind doch gar nicht unsere Ansprechpartner!)

- Sie greifen damit genau die Menschen an, die diese Berechnungen angestellt haben. Das weise ich mit Nachdruck zurück.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein! Wieso das denn?)

- Jede dieser Berechnungen, jede dieser Statistiken ist nachprüfbar und diskutabel. Das können wir auch gern noch fortsetzen. Ich habe nichts gegen eine Sondersitzung des Bildungsausschusses zu dieser Frage einzuwenden. Dort können wir Ihnen das noch einmal genau vorrechnen. Wir stellen Ihnen auch gern noch mehr Zahlenmaterial zur Verfügung, nach dem Sie gar nicht gefragt haben, Herr Dr. Klug. Dieses Material haben wir, um zu belegen, dass Sie hier auch manches schief dargestellt haben.

(Sabine Schröder [SPD]: Ja!)

Dazu muss ich auch noch zwei, drei Bemerkungen machen, weil das die intellektuelle Redlichkeit erfordert.

Das betrifft zum einen die Frage: Was bezieht man eigentlich mit ein und was nicht? - In allen Schulstatistiken der Kultusministerkonferenz, bei denen es um die **Unterrichtsversorgung** geht - ob das nun in Bayern ist, in Berlin oder in Schleswig-Holstein -, wird natürlich der eigenverantwortliche Unterricht der Referendare mit einberechnet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Es wird natürlich auch der Hauswirtschaftsunterricht, der katholische Religionsunterricht, der Werkstattunterricht mit einberechnet und es werden sogar die Mittel mit einberechnet, die für den Unterrichtsausfall zur Verfügung stehen.

Wir haben noch einmal nachgerechnet und herausgerechnet, wie viel Planstellenwerte das denn sind, weil ich auch meine, dass der Unterricht, der im Grunde erteilt werden muss, dann nicht doppelt gezählt werden darf. Aber das sind ganze 50 Stellenwerte von insgesamt 437, die mit eingerechnet werden müssen. Ich gebe Ihnen das gern noch einmal schriftlich;

(Martin Kayenburg [CDU]: Immerhin 10 %!)

Sie brauchen das sich jetzt nicht zu notieren. Aber es ist einfach nicht in Ordnung, so zu tun, als gehörte das gar nicht dazu.

Der zweite Punkt, zu dem ich etwas sagen will - Sie bauschen das hier einfach auf, als wäre das so dramatisch wie sonst irgendetwas -: zur so genannten 65 %-Variante.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

- Das ist doch schon vor vier Jahren im Zusammenhang mit dem KLAUS-Konzept diskutiert worden! Dann ist Ihr Gedächtnis vielleicht kurz. Gut. Jetzt wissen Sie es ganz genau.

Ich sage Ihnen eines: Rund ein Drittel werden in die vorhandenen Klassen gehen. Aber nun muss man sich ja einmal, um das zu entdramatisieren, die tatsächlichen Zahlen angucken. Es sind ungefähr 10.000 Schülerinnen und Schüler und wir haben im Land um und bei 14.000 Schulklassen. Rechnen Sie sich doch bitte einmal aus, was das bedeutet: 10.000 Schüler auf 14.000 Klassen. Hier nun an die Wand zu malen, es gebe ein dramatisches Ansteigen der **Durchschnittsklassengrößen**, ist natürlich albern, und das wissen Sie auch.

(Holger Astrup [SPD]: Da bin ich nicht sicher, dass die das wissen!)

Letzte Bemerkung zu den 120 **Planstellen**, die organisatorisch erwirtschaftet werden müssen! Auch da kommt man ja auf den Teppich zurück, wenn man das in Relation zu den vorhandenen Planstellen setzt. Wir haben ungefähr 18.000 Planstellen; 120 müssen in fünf Jahren erwirtschaftet werden. Das sind weniger als 1 %. Herr Dr. Klug, vertrauen Sie darauf, dass das nicht dramatische Veränderungen in der Unterrichtsversorgung ergeben wird, sondern dass das wirklich, ohne dass man das merkt, erwirtschaftet werden kann.

Abschließende Bemerkung! Jede Prognose ist immer nur so sicher wie die Statistiken, die uns zur Verfügung stehen. Und das ist die Bevölkerungsstatistik. Wir werden uns wahrscheinlich in einem halben Jahr oder in einem Jahr wieder darüber unterhalten. Die letzte Bevölkerungsstatistik musste, was die **Schülerzahlen** angeht, bereits nach unten korrigiert werden. Wir sind gespannt, was die nächste Bevölkerungsstatistik ergeben wird. Alles das, was wir jetzt berechnen, hängt von vielen Variablen ab, und ich denke, wir sind mit dem, was wir jetzt berechnet haben, und mit dem, wie wir dem Bedarf in den nächsten Jahren begegnen wollen, auf einem guten Weg.

Für den Beginn der neuen Wahlperiode wünsche ich mir allerdings keine Debatte um Zahlen und Statistiken, sondern darüber, was Schüler von morgen lernen müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden, sodass der Tagesordnungspunkt mit dieser Debatte erledigt ist.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 12 auf:

Gesamtschule Ratekau

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/2611

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir, die CDU-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion, wollen mit unserem Antrag erreichen, dass ausgeschlossen wird, dass die beantragte Gesamtschule Ratekau noch zum Schuljahr 2000/2001 genehmigt wird. Das hat mehrere Gründe.

Die reguläre Antragsfrist war bereits am 1. November vergangenen Jahres abgelaufen, als der Antrag am 7. Dezember im Kreistag Ostholstein beschlossen wurde. Aufgrund einer Kleinen Anfrage haben wir erfahren, dass diese Frist nicht zwingend ist und dass es Ausnahmeregelungen gibt, die es erlauben, noch zu einem späteren Zeitpunkt eine Genehmigung auszusprechen. Wir glauben aber, dass hier eine Lex Ratekau dadurch entsteht, dass der Kreistagsmehrheit von Rot-Grün in Ostholstein im Vorfeld gesagt worden ist: Ihr könnt die Gesamtschule beantragen. Denn sonst

(Jost de Jager)

hätten die am 7. Dezember diese Entscheidung im Kreistag überhaupt nicht mehr beschlossen.

Wir glauben dennoch, dass man sich an die Frist 1. November halten sollte, gerade in der jetzigen Situation, weil es nicht richtig wäre, kurz vor Torechluss, vor dem Ende einer Legislaturperiode noch Fakten zu schaffen. Deshalb ist es richtig, dass wir diesen Antrag gestellt haben. Wir gehen davon aus, dass Sie ihm zustimmen.

Hinzu kommt, dass das Verfahren der Antragstellung Gegenstand rechtlicher Bewertungen gewesen ist, wobei die Klage der CDU-Kreistagsfraktion - das sage ich gern - zurückgewiesen wurde, materiell die Kreistagsfraktion aber Recht bekommen hat, indem gesagt wurde, der **Kreis Ostholstein** hätte die Schulträgerschaft nur mit **Zweidrittelmehrheit** übernehmen dürfen, nicht aber mit einfacher Mehrheit, wie er es getan hat. Das heißt, schon im Verfahren selbst gibt es Fehler und das ist keine Grundlage für eine schnelle und übereilte Entscheidung in einem Hauruck-Verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommen noch praktische Fragen. Ich bin Dienstagnachmittag noch einmal dort gewesen und habe mir das angesehen und musste feststellen, dass nichts geregelt ist. Man weiß noch nicht einmal, wo die Container, in denen die Gesamtschule zunächst einmal untergebracht werden soll, überhaupt stehen sollen. Es ist auch so, dass das **Anmeldeverfahren für Gesamtschulen** eigentlich in wenigen Tagen beginnen würde. Es gibt praktisch überhaupt keine Voraussetzungen, die Schule zum kommenden Schuljahr zu genehmigen, und deshalb darf das nicht geschehen.

Frau Ministerin, ich habe ja Verständnis für Ihre Lage - die ist nämlich wirklich schwierig -, weil Sie politisch sozusagen zwischen Baum und Borke sitzen. Genehmigen Sie die Gesamtschule, dann fällt der Schleier bildungspolitischer Gutbürgerlichkeit herab, um den Sie sich in den vergangenen Monaten so sehr bemüht haben.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Das ist eine Wortwahl! - Zurufe von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genehmigt Sie die Gesamtschule nicht, dann hätten Sie die ostholsteinischen Freunde von Rot und Grün ins offene Messer laufen lassen und die hätten alle Glaubwürdigkeit verloren. Eine schwere Entscheidung für Sie!

(Unruhe)

Deshalb - dazu gehört nicht viel Phantasie - wird der Lösungsversuch darin bestehen, die Entscheidung hinauszuzögern.

Ich sage Ihnen aber: Keine Entscheidung zu treffen ist der Beweis dafür, dass Sie Ihre Gesamtschulpolitik am Ende doch fortsetzen wollen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich wollen wir die fortsetzen! -
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es hat auch nie jemand etwas anderes gesagt!)

- Na gut, es wird ja immer der gegenläufige Eindruck erweckt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Es wird immer der Eindruck erweckt, als ob das alles gar nicht so schlimm sei und Sie in dem Bereich so nett seien. Das Gegenteil ist der Fall.

Deshalb fordere ich Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen. Sonst geben Sie das Signal, dass Sie weiterhin die Gesamtschulpartei in Schleswig-Holstein sind, die Sie immer waren und die dazu übergehen wird, Schleswig-Holstein flächendeckend mit Gesamtschulen zu überziehen.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]:
Ich hätte nie gedacht, dass man Frau Volquarz noch überbieten kann! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Jetzt haben Sie uns aber entlarvt! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Koste es, was es wolle. In Ratekau ist eine Schule im Entstehen begriffen, die mindestens 50 bis 60 Lehrkräfte brauchen wird. Diese 50 bis 60 Lehrkräfte werden aber aus dem bestehenden System geschnitten, das heißt, aus dem gegliederten Schulwesen herausgenommen. Um an die eben geführte Debatte anzuknüpfen - es ist ja nicht so, dass Sie den Bedarf von Lehrern an Gesamtschulen noch einmal auf den generellen Lehrerberuf draufsatteln. Das heißt: Jede Gesamtschule, die neu entsteht, wird zulasten des gegliederten Schulwesens eingerichtet.

Deswegen fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Eine CDU-Regierung würde die Gesamtschule in Ratekau nicht genehmigen. Wir haben gesagt: Wir lassen die bestehenden Gesamtschulen bestehen, aber werden keine weiteren einrichten. Mein Besuch in Ratekau hat mich davon überzeugt, dass das die richtige Linie ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war nichts! Der Witz stimmte nicht, die Bilder stimmten nicht!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Zahn.

Peter Zahn [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man muss 17 Jahre im Schleswig-Holsteinischen Landtag sein, um zum ersten Mal zur Bildungspolitik zu reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Es kann nur besser werden, Herr Kollege!)

Ich verspreche Ihnen aber, dass es auch das letzte Mal sein wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man weiß nie!)

Das war die erste persönliche Bemerkung. Frau Präsidentin, ich erlaube mir, am Schluss noch eine kleine persönliche Bemerkung machen zu dürfen. Lassen Sie mich aber zunächst auf den Sachverhalt eingehen. Es geht hier nicht um inhaltliche Fragen der Gesamtschule, ja oder nein. Es geht hier darum, dass wir festzustellen haben, dass wir mitten in einem **Verwaltungsakt** sind, den die Bildungsministerin mit ihrem Haus durchzuführen hat. Das ist im Prinzip gar kein Thema für den Schleswig-Holsteinischen Landtag, jedenfalls nicht im jetzigen Stadium.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wundere ich mich schon sehr, dass hier diese Debatte vom Zaun gebrochen werden musste. Sie dient wie die Debatte vorhin auch mehr dem Zweck, den bildungspolitischen Wahlkampf zu führen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Ich kann gut verstehen, wenn Sie das wollen; aber es bringt uns in der Sache überhaupt nicht weiter. Deshalb werden wir Ihren Antrag auch ablehnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich inhaltlich folgendes sagen: Ausgerechnet beim IHK-Empfang in Lübeck hat Herr Teltschik, Ex-Kanzler-Berater eines Ex-Kanzlers gesagt: Bildungspolitik ist die erste Stufe für eine gute Sozialpolitik. Das unterstreiche ich ausdrücklich. Wer das wie Herr Teltschik bejaht

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Er hat die bayerische Schulpolitik als vorbildlich dargestellt!)

- Moment! -, der muss sagen, dass zu dieser Frage auch der freie Zugang zu allen gesetzlich geregelten

Schulformen gehört. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir in Schleswig-Holstein erreichen, sehr geehrter Herr de Jager.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt übrigens nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Auch in Bayern gibt es Gesamtschulen. In München heißt eine Gesamtschule „Willy-Brandt-Schule“. Das freut mich als Sozialdemokrat natürlich sehr

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

und unterstreicht, dass selbst die Bayern erkannt haben, dass gesetzlich geregelte Schulformen anzuerkennen und zu unterstützen sind. Nur Sie auf der rechten Seite des Hauses haben das offensichtlich noch nicht so richtig verinnerlicht. Der gesetzlich geregelte Elternwille ist gerade in der Gemeinde Ratekau und im Umfeld, im Kreis Ostholstein, nach den gesetzlichen Vorschriften zweimal ganz eindeutig festgestellt worden. Das ist doch eine ganz entscheidende Größenordnung,

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

um die man sich nicht nur kümmern muss, sondern vor der man Respekt haben muss, dass es diesen Elternwillen gibt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Bei der CDU gibt es guten und schlechten Elternwillen!)

Meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., diesen Respekt sollten Sie wirklich aufbringen und endlich einmal Schluss machen damit, gegen die Gesamtschule zu wettern. Herr de Jager, wir reden über die 23. Gesamtschule in Schleswig-Holstein

(Holger Astrup [SPD]: Von 1.000 Schulen!)

bei 1.200 Schulen in Schleswig-Holstein. Und da überziehen wir mit 23 Gesamtschulen das ganze Land? Diese Formulierung von Ihnen war nicht sehr glücklich.

Auch die eindeutigen Mehrheitsverhältnisse im ostholsteinischen Kreistag und in der Gemeinde Ratekau müssen anerkannt und berücksichtigt werden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit hat die CDU offenbar Schwierigkeiten!)

- Wahrscheinlich.

(Peter Zahn)

Jetzt hat die Bildungsministerin das Wort. Sie hat die schulaufsichtliche Genehmigung zu erteilen oder auch nicht. Das ist die Entscheidung ihres Hauses.

Sie haben hier zugegeben, dass Sie den Prozess, den Sie angestrengt haben, verloren haben. Sie haben vom Verwaltungsgericht in der Grundsatzfrage kein Recht bekommen. Auch die Kommunalaufsicht hat dem Innenminister Recht gegeben, dass sein Umgang mit der Entscheidung des Landrats, ob Widerspruch eingelegt wird oder nicht, akzeptiert werden kann. Das wird sich vielleicht noch zeigen. Eindeutig ist, dass diese Entscheidung, die Sie vielleicht noch anfechten werden, vielleicht einen zeitlichen Aufschub bringen kann. Sie kann die Entscheidung selbst jedoch nicht aufheben.

Wir haben daher großes Zutrauen in das Bildungsmministerium - an die Ministerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter -, dass eine sachgerechte und - Herr de Jager meinetwegen auch - gutbürgerliche Entscheidung gefällt werden kann, um die Gesamtschule im Süden Ostholsteins auf den Weg zu bringen. Das auch unter Berücksichtigung des zeitlichen Problems, das bei der Akzeptanz eines anderen zeitlichen Beginns dieser Schulform greifen könnte. Die Eltern werden genau wissen, wem sie es zu verdanken haben, wenn eine weitere zeitliche Verzögerung notwendig wird. Das muss ganz eindeutig gesagt werden.

Ich bedauere das ganz besonders, da auch ich mich bereits einige Jahre lang um dieses Problem gekümmert habe. Da hilft es auch nicht, wenn man sich noch einmal über das Provisorium und seinen Standort Gedanken macht. Auch dies ist mit Sicherheit lösbar. Im Prinzip ist alles lösbar. Lassen Sie uns endlich dem Elternwillen im Kreis Ostholstein stattgeben und den Kindern die Möglichkeit geben, diese Bildungsmöglichkeit auszuschöpfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Ich höre im Schleswig-Holsteinischen Landtag auf.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Das ist bedauerlich!)

Das ist meine letzte Rede. Ich bedanke mich parteiübergreifend bei Ihnen allen für eine faire und stets sachliche Zusammenarbeit. Dies hat mir 17 Jahre lang sehr geholfen. Sie sind diejenigen, mit denen ich darüber reden kann. Es gab viele, die heute nicht mehr hier im Parlament sitzen. Ich bedanke mich auch bei denen, die mit mir umgegangen sind und mit denen ich versucht habe einiges zu erreichen. Das gilt für die Polizeibeamten im Lande Schleswig-Holstein, die Feuerwehr, die Gewerkschaften oder auch den Sport-

bereich. Das war eine angenehme Zusammenarbeit und hat mir sehr viel Spaß gemacht.

Ein besonderer Dank gilt auch meinem Innenminister, mit dem ich zwölf Jahre lang hervorragend zusammenarbeiten konnte. Ich denke, dass darf ich hier sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ihnen allen wünsche ich viel Erfolg - der einen Seite etwas weniger, der anderen Seite etwas mehr. Vor allem wünsche ich Ihnen Gesundheit. Ich weiß, worauf es da ankommt.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Fröhlich hat das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach diesem schönen persönlichen Wort von Ihnen, Herr Zahn, geht es nun wieder in die Niederungen der täglichen Auseinandersetzung. Es wäre so schön, hier einmal eine Bildungsdebatte zwischen Reformpädagogik und konservativer Pädagogik zu führen. Es würde sich wirklich lohnen, das einmal zu tun. Stattdessen geht es um Zahlenkolonnen und Verwaltungshandeln, das sich der parlamentarischen Entscheidung im Grunde genommen vorerst entzieht.

Der Kreis Ostholstein hat die Einrichtung einer Gesamtschule in Ratekau zum Schuljahr 2000/2001 beantragt, nachdem eine ausführliche Befragung aller Eltern mit demnächst schulpflichtigen Kindern in der Gemeinde einen ausreichenden Bedarf ergeben hat. Das weitere Verfahren ist in den §§ 15 und 16 des Schulgesetzes geregelt. Das Ministerium wird den Antrag überprüfen, zusammen mit Kreis und Gemeinde die Standortfrage klären und dann entscheiden, ob, wie und zu welchem Zeitpunkt die Gesamtschule eingerichtet werden soll.

Wie ich die sorgfältige Amtsführung der Ministerin kenne, wird sie sicherlich noch abwarten, bis der Beschluss des Kreises rechtlich sattelfest ist. Hier hat das **Verwaltungsgericht Schleswig** Anfang der Woche mit der Ablehnung des Antrags der CDU-Kreistagsfraktion auf Erlass einer einstweiligen Anordnung eine wichtige Vorentscheidung gefällt. Warum also sollte der Landtag in ein laufendes und offensichtlich absolut korrekt durchgeführtes Verfahren eingreifen? Das entspricht nicht der Gewaltenteilung. Derartige

(Irene Fröhlich)

Eingriffe dienen schon gar nicht einer effektiveren Arbeit der öffentlichen Verwaltung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Warum besteht überhaupt diese maßlose Aufregung der Opposition? Ich zitiere aus der Presseerklärung des Kollegen Sager vom 7. Dezember 1999: „Die Einrichtung der Gesamtschule geschieht gegen den erklärten Willen der Bevölkerung und gegen den erbitterten Widerstand der Gemeinden und Städte in Ostholstein.“

Der neue Bildungsexperte der CDU-Fraktion kommt noch am gleichen Abend, an dem der Kreistag der Trägerschaft für die neue Gesamtschule zugestimmt hat, zu dem Ergebnis, dass diese genauso wenig genehmigungsfähig sei wie zuvor die Gesamtschule in Lübeck. Wir sollten Herrn Sager im Bildungsministerium anstellen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Nein!)

Der Mann macht ja die Arbeit ganzer Abteilungen an einem Tag. So etwas ist ja ein Wunder. Nein, das war nicht besonders ernst gemeint.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich will Ihnen sagen, woher diese Aufregung rührt. Das Votum der Eltern in Ratekau für die Gesamtschule ist ein Menetekel für die Schulpolitik von CDU und F.D.P. Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, wird allmählich klar, dass sich die Eltern in diesem Land nicht widerspruchslos ihrer Rechte berauben lassen werden. Eltern wollen die bestmögliche Ausbildung für ihr Kind. Sehr viele sehen die Gesamtschule als diejenige Schulform an, die dies am ehesten gewährleistet. So Unrecht haben sie damit nicht. Eine Landesregierung, die die Einrichtung neuer Gesamtschulen untersagen sollte, würde sich Proteste in einem Ausmaß einhandeln, die denen zur von CDU und F.D.P. 1998 initiierten Kampagne gegen das Schulgesetz in keiner Weise nachstünden. Gleiches gilt für Ihre Pläne, die Möglichkeiten der besonderen pädagogischen Zuwendung für das einzelne Kind dadurch zu unterbinden, dass für diese Zusatzaufgaben keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung gestellt werden.

CDU und F.D.P. wollen die Gesamtschule aushungern, weil sie ihre Wurzeln in der Reformpädagogik der siebziger Jahre hat. Schade eigentlich, dass Sie immer noch nicht da angekommen sind, wo wir in den siebziger Jahren diskutiert haben. Dies wird Ihnen nicht gelingen. Da ist nicht nur Rot-Grün vor, sondern eben auch - siehe Ratekau - der Elternwille! Sie werden sich eine Flut von Protesten einhandeln, sollten Elternent-

scheidungen über die weiterführende Schule für ihr Kind, die mehr als eine Stufe von der Empfehlung des Grundschulgutachtens abweichen, von der Schulkonferenz aufgehoben werden können. Ich weiß wohl, dass bei dieser Entscheidung oftmals das Renommee der Schulart eine Rolle spielt. Eltern brauchen daher an dieser Stelle ausführliche Beratung. Wenn sie sich danach aber für eine Schulart entschieden haben, die sie als die beste für ihr Kind ansehen, dann soll das auch Bestand haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Alles andere ist nicht weniger Staat - wie CDU und F.D.P. dies immer fordern -, sondern zu viel.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht zur Gesamtschule als vierte Schulart in unserem Schulsystem. Da muss überhaupt nichts entschleiert werden, da haben wir nie etwas anderes gesagt und da wird auch keine Maus den Faden abbeißen. Wir freuen uns über das Votum der Eltern in Ratekau und über den Beschluss des Ostholsteiner Kreistages. Wir hoffen, dass die Gesamtschule Ratekau ihre Arbeit noch in diesem Jahr aufnehmen kann, und wir wissen, dass die Entscheidung darüber in guten Händen ist. Daher werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Dr. Klug hat das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem Frau Fröhlich sehr beredt darüber Klage geführt hat, dass im Landtag nicht über Reformpädagogik debattiert wird, muss ich leider feststellen, dass Frau Kollegin Fröhlich in vier Jahren Landtagszugehörigkeit offenbar keinen einzigen reformpädagogischen Antrag hier eingebracht hat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das Schulgesetz gemacht!)

- Frau Kollegin Fröhlich, Sie sind die Bildungssprecherin der Grünen. Wenn das so sein sollte, dann ist das als Bilanz grüner Bildungsarbeit mehr als dürftig.

Zu unserem Antrag: Der Kreis Ostholstein hat die Frist zur rechtzeitigen Anmeldung der Einrichtung einer integrierten Gesamtschule versäumt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Ekkehard Klug)

Das ist der Sachverhalt. Natürlich gibt es die Möglichkeit einer Ausnahmeregelung. Ausnahmeregelungen gibt es immer zu treffen. Aber welchen Grund gibt es in diesem Fall, eine Ausnahmeregelung zu befürworten, wie Sie es offensichtlich tun? Man muss dazu in Betracht ziehen, welche Voraussetzungen der **Kreis Ostholstein** für den Start einer solchen neuen Gesamtschule in Ratekau überhaupt liefert. Er will den Betrieb zum Schuljahr 2000/2001, also nach den Sommerferien diesen Jahres, in Containern irgendwo in Ratekau - der Standort ist noch gar nicht so klar - gewährleisten. Meine Damen und Herren, vor der Genehmigung eines Notaufnahmelandes für Gesamtschüler, Frau Ministerin Erdsiek-Rave,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unerhört!)

kann ich Sie wirklich nur warnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

So zu tun, als ob hier quasi eine Fluchtbewegung über die Ostsee eingesetzt hätte und die Leute irgendwo an der Lübecker Bucht landeten

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und nun in einer neu in Containern aufzubauenden Einrichtung untergebracht werden müssten, ohne alle zu einer guten Schule und ihrer Arbeit gehörende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, davor kann ich nur warnen. Die können Sie ja gar nicht gewährleisten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Katastrophenbildern werden Sie es auch nicht schaffen!)

Das Ding soll in mehreren Bauabschnitten nach den Planungen des Kreises erst im Jahre 2008 fertig sein. Vor diesem Verfahren, bei dem die Mehrheit des Kreises Ostholstein die Chuzpe hat, Schülern so etwas zuzumuten und das auch noch im Rahmen einer Ausnahme genehmigung - zwei Augen zugedrückt - durchgehen lässt, kann ich Sie wirklich nur warnen. Das wird, wenn Sie das bis zum Ende Ihrer Regierungszeit am 27. Februar so durchziehen sollten, für Sie nicht gut ausgehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal sind es ja die kleinen Nebenbemerkungen, die so verräterisch sind.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Sie haben ja doch manchmal Ihre Schwierigkeiten mit mir.

(Ingrid Franzen [SPD]: Ja, das finde ich schön!)

Ich kann Ihnen aber versichern, das, was Sie als Gutbürgerlichkeit beschreiben, ist keine Maske. Das ist das Ergebnis von guter Erziehung und Aufwachsen in einem zugegebenermaßen bürgerlichen Heim. Das werden Sie auch durch solche miesen Unterstellungen, die in solchen Bemerkungen liegen, - -

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Von Maske und von Gutbürgerlichkeit zu reden, das muss ich schon sagen, das geht an die Grenze.

(Holger Astrup [SPD]: Das beweist die Denke!)

Meine Damen und Herren, ich habe mich schon im Dezember gefragt, was Ihr Antrag eigentlich soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt erst?)

Sie haben eine kleine Anfrage gestellt und eine Antwort darauf bekommen. Das wäre es im Grunde gewesen. Man muss sich jedoch fragen, was eigentlich hinter Ihrem Antrag steckt. Ich glaube, dass schon etwas anderes dahinter steckt. Es ist zum einen eine gewisse Verunsicherung - die bei Ihnen natürlich da ist - vor dem Willen derjenigen Eltern und Schülerinnen und Schüler, die dort vor Ort eine Gesamtschule wollen. Das ist das eine. Nach meiner Ansicht steht zum anderen ein Staatsverständnis dahinter, das von Dirigismus bestimmt ist und kein Zutrauen zur kommunalen Ebene hat - in diesem Fall zu den Schulträgern -, auch nicht dazu, dass dort vernünftige Lösungen überlegt werden. Von derselben Qualität ist auch der Begriff vom „Einkassieren“ einer solchen Genehmigung. Was ist das eigentlich für ein Staatsverständnis, wenn man sagt, eine rechtmäßig erteilte Genehmigung werde mal eben wieder einkassiert? Das können Sie nicht ernsthaft meinen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Man kann sie widerrufen oder zurücknehmen!)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Ja, Herr Kollege, dazu bedarf es guter Begründung.

Also half es auch wenig, dass Ihre Parteifreunde vor Ort versuchten, vor den Gerichten Recht zu bekommen. Auch damit sind sie vorläufig gescheitert. Der Antrag ist vom Verwaltungsgericht als unzulässig verworfen worden. Zu Recht hat das Gericht in seiner Begründung darauf hingewiesen, dass den Abgeordneten und den Fraktionen diese Befugnis gar nicht zusteht, sondern die Prüfung des objektiven Rechtsverstoßes der Staatsaufsicht - in diesem Fall der Kommunalaufsicht - zusteht. Sie haben wieder einmal politische Willensbildung mit Rechtmäßigkeitskontrolle verwechselt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das unterscheidet uns von den Grünen fundamental!)

Vielleicht haben Sie das erreicht, was Sie wollten, nämlich die Verzögerung im weiteren Verfahren. Das ist nämlich das Ergebnis.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Nun ist es selbstverständlich, dass die Landesregierung Respekt vor den Entscheidungen der Gerichte hat. Wir werden natürlich abwarten, bis die getroffenen Entscheidungen rechtskräftig sind, und wir werden auch abwarten - da bin ich mit dem Innenminister einig -, dass die kommunalaufsichtliche Bewertung, die schon einmal erfolgt ist, im Lichte dessen, was das Verwaltungsgericht gesagt hat, noch einmal geprüft wird. Ich glaube, es ist vor allem deswegen richtig, weil die Eltern und auch der künftige Schulträger einen Anspruch darauf haben, dass alles, was sie tun, rechtssicher ist und bleibt.

Auch unsere internen Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Ich will an dieser Stelle aber deutlich sagen, nach dem derzeitigen Stand der Prüfung des Antrags im Bildungsministerium spricht sehr viel dafür, dass dieser Antrag genehmigungsfähig ist. Aber Genehmigungen werden schuljahrbezogen ausgesprochen. Es wird darüber zu entscheiden sein, wenn all das abgeschlossen ist, was ich eben gesagt habe, ob das Aufnahmeverfahren an der geplanten Gesamtschule durch die von Ihren Parteivertretern verursachten und zu verantwortenden Verzögerungen noch möglich wird.

Eines scheint klar zu sein: Offenbar wollen nicht nur genügend Eltern und auch der Schulträger eine Gesamtschule. Auch die Befragung, die übrigens dazu geführt hat, dass der Antrag so spät beschlossen wurde, hat ergeben, dass die Zusammensetzung der Schülerschaft der gewollten Drittelung nach Schulartempfehlung entsprechen könnte. Das muss ich mit dieser Einschränkung sagen.

Meine Damen und Herren, das alles wird Ihnen von der Opposition nicht gefallen, was wir gesagt haben. Sie hätten vermutlich eine ganz andere Auseinandersetzung gehabt, aber wir werden auch hier wieder erleben, dass meine Entscheidung sorgfältig vorbereitet und sachgerecht ist und ohne den Zeitdruck von Wahlterminen erfolgen wird.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Holger Astrup [SPD]: Wie immer!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir treten in die Mittagspause ein und beginnen um 15:00 Uhr mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 10, Gefahr-Hunde-Verordnung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:07 bis 15:01 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich freue mich über die Qualität der Anwesenden, vermisste jedoch eine gewisse Quantität.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Gefahr-Hunde-Verordnung

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2559

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2693

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag der F.D.P. wird ein Bericht der Regierung erbeten. Daher gebe ich zunächst einmal Herrn Innenminister Dr. Wienholtz das Wort.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer wieder ereignen sich Zwischenfälle mit so genannten Kampfhunden, bei denen Menschen oder

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

andere Tiere zum Teil schwerwiegend verletzt werden. Einige Beispiele: „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. Juni 1996 - Staffordshire Terrier hat 53-jährige Frau angefallen und zu Tode gebissen -; „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ vom 4. Februar 1999 - Pitbull greift ein von einem 9-jährigen Mädchen geführtes Pony an, das notgeschlachtet werden musste -; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14. Juni 1999 - 5-jähriger Junge wurde von einem American Staffordshire Terrier mit unzähligen Bissen am Kopf schwer verletzt, der Junge befand sich aufgrund der schweren Verletzungen in Lebensgefahr -; und schließlich „Hamburger Morgenpost“ von heute - Pitbull beißt Mädchen blutig.

In all diesen Fällen, die man beliebig erweitern kann, geht es um schreckliche und oftmals tödlich endende Vorkommnisse. All diesen Fällen ist gemeinsam, dass es sich um Hundehalter handelt, die mit ihren Tieren nicht umgehen können, die ihre Tiere nicht beherrschen können. Es handelt sich um Tiere, die einen besonderen **Aggressionstrieb** und ein **besonderes Beißverhalten** aufweisen. Deshalb haben viele Menschen massive Ängste vor diesen Hunden. Wir brauchen wirksamere Regelungen zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden.

(Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD], Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das dient übrigens auch dem Schutz unzähliger durchaus friedlicher Hunde, die immer wieder Opfer von gefährlichen Hunden werden. Dieses Ziel verfolgen die von mir im November letzten Jahres vorgestellten Eckpunkte einer entsprechenden Mustergesetzgebung, deren Erarbeitung die Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder auf meine Initiative hin im Juni 1999 in Auftrag gegeben hat. Sie sollte nach meiner Auffassung die folgenden Schwerpunkte zum Inhalt haben: die Einstufung von gefährlichen Hunden in drei Kategorien, ein generelles Zucht-, Handels- und Importverbot, die Verpflichtung zur Kastration für bestimmte Hunderassen und die Einführung eines Sachkunde- und Zuverlässigkeitsnachweises - des so genannten Hundeführerscheins - sowie eine Pflicht-Haftpflichtversicherung für Halter von gefährlichen Hunden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zur ersten Kategorie gehören nur vier Rassen beziehungsweise Kreuzungen, bei denen die Gefährlichkeit unwiderlegbar vermutet wird. Bei den in der zweiten Kategorie genannten Rassen können die Halter die

Ungefährlichkeit ihrer Hunde durch eine entsprechende Prüfung nachweisen. Entgegen einem weit verbreiteten Irrtum werden von meinem Vorschlag der Hunde der dritten Kategorie zum Beispiel auch gefährliche Schäferhunde und Rottweiler erfasst, gegen die die Ordnungsbehörden Maßnahmen verhängen können. Für den Fall der Zuwiderhandlung sind für den Halter empfindliche Strafen vorgesehen.

Als Grundlage für die Festlegung bestimmter gefährlicher Hunderassen wurde die einschlägige Fachliteratur von Kynologen beziehungsweise Ethologen, Aussagen von erfahrenen Tierärzten und Tierschützern sowie Statistiken ausgewertet. Dabei ist mir natürlich bekannt, dass es auch Fachleute gibt, die sich gegen eine so genannte Rasseliste aussprechen.

Für mich sind vor allen die Aussagen zu den **charakterisierenden rassespezifischen Merkmalen** der aufgeführten Hunde entscheidend. So wird zum Beispiel bei den von mir in der Kategorie 1 genannten Terrierarten in der Fachliteratur häufig ein besonders aggressives Verhalten beschrieben, das auf eine massive Beschädigung des Gegners durch Beißen, Beißschütteln und Festhalten gerichtet ist. Dieses aggressive und gefährliche Verhalten ist im Einzelfall nach Aussagen von Hundezüchtern auch nicht beherrschbar. Das heißt, noch so sorgfältige und verantwortungsbewusste Zucht und Haltung kann bei diesen Tieren den unkontrollierbaren Ausbruch ihrer Veranlagung nicht ausschließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Vom gezielten Einsatz dieser Tiere, die dann entsprechend abgerichtet werden, weiß die Polizei aus ihren Erfahrungen mit dem einschlägigen Milieu zu berichten.

Schließlich treten zu den genannten Verhaltensmerkmalen weitere Eigenschaften wie etwa Größe, Gewicht, Muskulatur oder Sprungkraft hinzu.

Ich will nicht ausschließen, dass man bei einzelnen von mir vorgeschlagenen Hunderassen auch zu einem anderen Ergebnis kommen kann und möglicherweise gibt es hier noch die eine oder andere Modifizierung. Insgesamt halte ich aber meinen Ansatz, eine abgestufte Regelung für unterschiedliche Kategorien gefährlicher Hunde, für richtig,

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um einen wirksameren Schutz der Bevölkerung zu erreichen. Nach meiner Überzeugung müssen in diesem Bereich der Gefahrenabwehr kurzfristig besser vollziehbare Regelungen geschaffen werden. Dabei kann es nicht darauf ankommen, ob zuvor ein 100-

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

prozentiger wissenschaftlicher Nachweis für die Gefährlichkeit aller Hunde der genannten Rasse erbracht werden kann. Der Gesetz- und Verordnungsgeber hat hier meines Erachtens einen erheblichen Gestaltungsspielraum, den es auszuschöpfen gilt.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Bundesverwaltungsgericht hat kürzlich die in einer Hundesteuersatzung vorgesehene achtfach höhere Besteuerung für so genannte Kampfhunde als rechtmäßig bestätigt und den geltend gemachten Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz verneint. Bei der Bewertung meiner Vorschläge sollte man auch einen Blick in das europäische Ausland werfen. Zum Beispiel gelten bereits in Frankreich und Großbritannien ähnliche Regelungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit „null-fachem“ Erfolg!)

Ich bin zuversichtlich, dass die IMK im Mai dieses Jahres den Mustergesetzentwurf abschließend beraten wird. Wir werden dann in Schleswig-Holstein erneut Gelegenheit haben, dieses Thema ausführlich und, wie ich hoffe, auch abschließend zu regeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich möchte auf der Besuchertribüne Besuchergruppen der Grund- und Hauptschule Sterley, der Heimschule der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie aus Itzehoe, des SSW-Ortsverbandes des Kreises Rendsburg-Eckernförde und der Realschule Silberstedt begrüßen.

(Beifall)

Herr Abgeordneter Kubicki hat jetzt das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedauere ich, dass die Regierung unserer Bitte, einen Bericht zu ganz gezielt gestellten Fragen zu geben, nicht nachgekommen ist. Wir haben nämlich gefragt, auf welchen wissenschaftlichen - insbesondere kynologischen - Erkenntnissen die **Eckwerte des Kampfhunde-Gesetzes** beruhen, die der Innenminister vorgestellt hat. Dazu haben wir gerade nichts gehört. Vor allen Dingen wollten wir wissen, welche Erfahrungen das Land Nordrhein-Westfalen mit der **Gefahr-Hunde-Verordnung** gemacht hat. Auch dazu haben wir bedauerlicherweise nichts gehört. Das kann vielleicht noch nachgeholt werden.

Um es gleich unmissverständlich zu sagen: Menschen müssen vor gefährlichen Hunden geschützt werden.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber auch Hunde müssen vor der Willkür des Menschen geschützt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Hunde betrachten uns Menschen als eine Art Superhunde. Wir sind zwar ein wenig anders als sie, aber wir leben mit ihnen zusammen, also müssen wir aus Sicht der Hunde etwas Ähnliches sein. Sie denken anders als wir, sie kommunizieren anders als wir.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie werden von ihren Trieben, aber auch von ihren Verhaltensweisen geleitet.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, Frau Kollegin Heinold, das sind Mitgeschöpfe. Sie haben sich damals sehr dafür eingesetzt, dass die Tiere als Mitgeschöpfe mit Verfassungsrang belegt werden. Deshalb sollten Sie hier ein bisschen ernster diskutieren, als das bisher der Fall ist.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P. und CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woher wissen Sie, dass die Hunde anders denken? Das war meine Frage!)

- Weil ich wahrscheinlich im Gegensatz zu Ihnen mit meinem Hund kommuniziere. Wenn ich ihm beispielsweise etwas hinhalte, dann reagiert er darauf ganz angemessen. Ich bin sicher, wenn ich Ihnen etwas hinhalte, dann werden Sie darauf nicht so reagieren wie mein Hund.

(Heiterkeit - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Kollege Neugebauer, denken so wie wir, das können Hunde nicht, obwohl man manchmal den Eindruck hat, sie sind schlauer als Sie oder andere!

(Heiterkeit bei der CDU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Vor diesem Hintergrund frage ich einmal den Kollegen Matthiessen als Tierarzt: Wie stehen Sie eigentlich zu dem Vorhaben Ihres Koalitionspartners, willkürlich einige Hunderassen zu diskriminieren und im Ergebnis praktisch ausrotten zu wollen? Das habe ich der Pressemitteilung des Innenministers entnehmen können.

(Wolfgang Kubicki)

Wie stehen Sie als Tierarzt und Grüner eigentlich zu einem solchen Vorhaben?

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bislang habe ich von Ihnen dazu vergleichsweise wenig gehört. Ist es nicht vielmehr so, dass das **Gespann Mensch/Hund** als Einheit gesehen werden muss und genau hier angesetzt werden muss? Muss nicht der Mensch wirkungsvoll daran gehindert werden, Hunde zu verhaltensgestörten Individuen zu züchten und auszubilden?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Worum geht es denn tatsächlich, Herr Innenminister? Geht es darum, Übergriffe von Hunden auf Menschen oder andere Tiere zu vermeiden, oder um einen billigen Wahlkampfschlager? Herr Wienholtz, welcher Hund ist denn für Sie ein so genannter **Kampfhund**, der Mastino Napolitano, der Mastino Español oder vielleicht der Fila Brasileiro? Oder ist es ein Hund, von dem Sie irgendwann einmal gehört oder gelesen haben, er habe Menschen und Artgenossen angegriffen?

Übrigens hat die Stadt Flensburg gerade mitgeteilt, dass Leinen- und Maulkorbzwang für Schäferhunde und Boxer eingeführt worden sei. Wenn Sie sich die Beißstatistik angucken, stellen Sie fest: Es werden mehr Menschen in Deutschland durch Rauhaardackel als durch die von Ihnen so genannten Kampfhunde verletzt.

Schäferhunde, Dobermänner, Rottweiler, Chow-Chows oder Rauhaardackel als Kampfhunde? Bei Ihren Vorbereitungen auf die heutige Debatte haben Sie hoffentlich auch jene Frauenzeitschrift gelesen, die dem Pitbull gleich 82 Zähne andichtete. Vermutlich war der fachkundigen Autorin der Unterschied zwischen Alligatoren und Hunden nicht bekannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherlich gibt es fehlgeprägte, falsch oder gar nicht erzogene Hunde. Das liegt jedoch nicht an der Rasse, sondern am Besitzer.

(Beifall bei der CDU)

Gehen Sie doch einmal auf einen Hundeplatz und überzeugen Sie sich davon, dass zum Beispiel im Schutzdienst auch Bullterrier und Molosser auf Kommando auslassen. Das können Sie übrigens in Kiel beim Polizeihundesportverein sehen, dass auch die von Ihnen so bezeichneten Kampfhunde auf Kommando auslassen. Sie würden sonst nämlich keine einzige Prüfung bestehen. Auch die vorher abzuleistenden Unterordnungsübungen sind obligatorisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Rassen und Mischlingen ist es so, dass **gut ausgebildete Hunde** weniger Unfälle als nicht ausgebildete Hunde verursachen. Natürlich kann ein kräftiger Hund im Zweifel mehr Schaden als ein kleiner Hund anrichten. Der Biss eines Schäferhundes kann selbstverständlich mehr Schaden anrichten als der Biss eines Zwergpinschers.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist eine Frage der Größe und nicht der Rasse. Eine Dogge oder ein Boxer kann genauso zubeißen wie ein Mastino oder ein American Staffordshire Terrier. Oder sollen jetzt auch etwa Boxer und Doggen ausgerottet werden?

Lassen Sie mich an dieser Stelle zusammenfassend feststellen: Einzelne Hunderassen als gefährlich zu brandmarken und aussortieren zu wollen, mag vielleicht öffentlichkeitswirksam sein. Das Ziel, Übergriffe solcher Tiere auf Menschen und andere Tiere künftig zu vermeiden, wird jedoch verfehlt.

Jede Auflistung angeblich besonders aggressiver Hunderassen zeugt von erschreckender Unkenntnis. Weder wird das grundsätzliche Problem gelöst, dass erst Züchter beziehungsweise **Halter** das **Aggressionspotential**, das in jedem Hund liegt, wecken und missbrauchen, noch wird die Problematik von Neuzüchtungen durch Kreuzungen von Rassen gelöst.

Übrigens, Herr Wienholtz, wenn Sie sagen, man könne durch Züchten Aggressionspotentiale nicht herauszüchten, dann sehen Sie sich das wunderbare Bild unserer englischen Bulldogge an. Das war ein Hund, der vor 100 Jahren als sehr aggressiv galt, weil er auf Kühe und Bullen losgegangen ist. Er ist heute ein Kuscheltier und lebenswürdig in Familien, wie es kein Zweites - vergleichbar mit diesem Aussehen - gibt.

Zuallererst sollten wir uns nicht auf dem Niveau ebenso billiger wie falscher Sensationsberichterstattung bewegen, Herr Kollege Wienholtz. Der Innen- und Rechtsausschuss hat im vergangenen Jahr eine Anhörung zur Problematik gefährlicher Hunde durchgeführt, die mit hochkarätigen Fachleuten besetzt war.

Frau Präsidentin, ich habe zehn Minuten Redezeit. Jetzt rede ich nur fünf Minuten. Es blinkt hier wunderbar rot. Nicht, dass ich etwas gegen Rot hätte, aber es ist falsch wie immer.

Ich frage mich ernsthaft, wozu wir eine solche Veranstaltung abhalten, wenn deren Ergebnisse völlig ignoriert werden. Oder es ist so, dass es auf die Ergebnisse überhaupt nicht ankam, weil von vornherein feststand, dass Herr Wienholtz medienwirksam die Zähne flet-schen wollte?

(Wolfgang Kubicki)

Herr Innenminister, in Ihren Eckpunkten kommt der **Auslöser des Fehlverhaltens** so gut wie gar nicht vor: der **Mensch!** - Genau hier muss aber nach unserer Auffassung angesetzt werden.

Es ist richtig: Der F.D.P. geht es nicht darum, einzelne Hunderassen auszurotten, deren Halter zu diskriminieren. Darum darf es auch nicht gehen. Es ist beinahe albern, mit deutscher Gründlichkeit einen brasilianischen Wachhund - genau das ist der Fila Brasileiro nämlich - als grundsätzlich gefährlich einzustufen zu wollen, wenn in diesem Land gleichzeitig der Erwerb einer hochgiftigen Schlange für jedermann mit weniger Papierkram verbunden ist als der Kauf eines Wellensittichs. Hier stimmen doch die Verhältnisse nicht mehr!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Genauso wenig stimmen sie in der immer wieder entfachten Debatte um angebliche Kampfhunde. Es wird argumentiert, solche Hunde kämen vor allem in einem ganz bestimmten Milieu vor. Unterstellt, das wäre so, macht das nicht vielmehr deutlich, wo die Probleme tatsächlich liegen? - Nicht beim Hund, sondern am anderen Ende der Leine!

Übrigens ist in dem so genannten Milieu die Haltung seltener und daher sehr teurer Papageien noch weit verbreiteter als die Haltung irgendwelcher Hunde. Sind das jetzt alles Kampfkakadus? - Wohl kaum! Übrigens werden die von Herrn Wienholtz ins Visier genommenen Rassen genauso als Familienhunde gehalten wie Dackel, Schnauzer oder Collies. Nur wenn sie jahrelang schnarchend und grunzend in Kinderbetten liegen und sich nicht als blutrünstige Monster durch die Nacht beißen, sind sie offensichtlich ziemlich uninteressant.

Erst in der letzten Woche gab es eine „dpa“-Meldung, die so recht ins Klischee passte: „Kampfhund fiel Dackel einer Rentnerin an. Frau schwer verletzt.“

Ich frage jetzt ernsthaft - ich habe einen Labrador und bin mit ihm wirklich jeden Tag unterwegs -, wie oft wir gelesen haben „Schäferhund fiel Zwergpinscher an“, oder „Terrier verbiss sich in Spitz“ - obwohl das sehr viel häufiger der Fall ist, lesen wir darüber so gut wie gar nichts.

Aber auch hier gilt: Nur der Mensch - und zwar einzig und allein - als Züchter, Halter oder Händler ist Ausgangspunkt für die Probleme, die unsere Gesellschaft mit gefährlichen Hunden hat. Genau das muss sich in der Gesetzgebung wiederfinden.

Aus diesem Grund schlage ich Ihnen ein sinnvoll aufeinander abgestimmtes Maßnahmenbündel vor, das mit der konsequenten Anwendung und Umsetzung des

Tierschutzgesetzes beginnt. Denn bereits vor mehr als zwei Jahren wurde mit der **Novellierung des Tierschutzgesetzes** bundesweit der **rechtliche Rahmen** geschaffen, gegen Züchter und Halter gefährlicher Hunde vorzugehen. Das Tierschutzgesetz verbietet die Aggressionszucht ausdrücklich.

Es müssen dann aber auch konsequent und rasch Halbungsverbote ausgesprochen und durchgesetzt werden, was bislang kaum der Fall ist. Herr Minister, Sie müssen uns einmal sagen, was Ihre **Ordnungsbehörden** auf der Grundlage des Tierschutzgesetzes bisher getan haben.

Dass es hier **Vollzugsdefizite** gibt, liegt vor allem an leeren öffentlichen Kassen und nicht an Bullterriern oder Mastinos.

Zweitens ließe sich ein **Test** auf so genannte **Wesensfestigkeit** vorschreiben, wie er derzeit nur bei zugelassenen Züchtern von Golden Retrievern und Labradors durchgeführt wird. Jeder Hund, der nicht wesensfest ist, wird von der Zucht ausgeschlossen.

Drittens könnte eine **Sachkundeprüfung** in Zusammenarbeit mit dem VDH nach dem Vorbild der Gefahr-Hunde-Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen vorgeschrieben werden. Es kommt ja nicht von ungefähr, Herr Wienholtz, dass wir - auch als Liberale - sagen: Hier hat das Land Nordrhein-Westfalen endlich etwas sehr Vernünftiges geschafft, was übrigens von allen Verbänden, Züchtern und Haltern, die etwas auf sich halten, und von den Sachverständigen, die von der Materie etwas verstehen, anerkannt wird. Ein Blick in eben diese Verordnung hätte auch Ihnen nicht geschadet. Nach den bislang gesammelten Erfahrungen funktionieren die dort getroffenen Regelungen nämlich ausgezeichnet.

Sie sind allerdings nicht Ausfluss populistischer Schnellschüsse, sondern Ergebnis intensiver Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien, Fachleuten und dem VDH. Schließlich ist der Erlass einer Heimtierzucht-Verordnung längst überfällig. Auch das hätte in Ihrem Ministerium schon längst geschehen können.

Herr Kollege Wienholtz, wenn Sie tatsächlich die Menschen vor gefährlichen Hunden schützen und gleichzeitig Hunde vor der Willkür des Menschen bewahren wollen, dann werfen Sie als erstes Ihre so genannte Eckpunktepapier in den Papierkorb. Machen Sie sich die Mühe und sprechen Sie mit Fachleuten. Schauen Sie sich die Hunde, die Sie faktisch ausrotten wollen, doch einfach einmal an. Sprechen Sie mit Züchtern und verantwortungsbewussten Haltern. Beteiligen Sie sich nicht an einer Hetze und Panikmache,

(Wolfgang Kubicki)

mit der Sie übrigens auch denjenigen, die Sie schützen wollen, nicht helfen.

Es gibt mehr als 400 Hunderassen und keine davon ist von Geburt an das blutrünstige Monster, zu dem durch die vorliegenden Eckpunkte einige willkürlich abgestempelt werden. Dazu werden sie von verantwortungslosen Menschen erst gemacht - und zwar völlig ungeachtet ihrer Rasse.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich entnehme einer Presseerklärung des Kollegen Kubicki vom 16. November 1999 den Satz - ich zitiere -: „Die Ursachen für die Probleme mit so genannten Kampfhunden liegen nicht beim Hund, sondern sie befinden sich am anderen Ende der Leine.“

Der Satz gilt auch für die F.D.P. selbst. Im Vergleich zu seiner eher harmlosen Wahlkampfbulldogge ist Herrchen Kubicki ein durchaus gefährlicher Hund.

(Heiterkeit bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Kubicki, ich sage das nicht nur respektvoll in Bezug auf die parlamentarischen Kunststücke, die Sie uns hier manchmal vorführen. Ich sage es durchaus sorgenvoll in Bezug auf die Art und Weise, wie die F.D.P. ihren Anti-SPD-Hund leibhaftig in die Wahlkampfarena und durch Fernsehauftritte scheucht. Das ist keine Gefahr für die SPD, aber für den Hund. Mit Tierschutz hat das wohl eher nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sind wir mitten im Thema: Gefährliche Hunde stellen in unserer Gesellschaft in der Tat ein Problem dar, das es zu lösen gilt. Insoweit sind wir uns sicherlich in diesem Hause alle einig.

Anlass für konkrete landespolitische Überlegungen bei uns in Schleswig-Holstein war ein grässlicher Vorfall in Bordesholm Mitte Januar letzten Jahres - der Minister hatte darauf hingewiesen -, bei dem ein frei laufender Pitbull Terrier ein von einem neunjährigen Mädchen ausgeführtes Pony angefallen und zerfleischt hat.

Wir sind damals als Landespolitiker auf Initiative der Schülervertretung der Alexander-von-Humboldt-Schule in Neumünster mit einer Sammlung von 579 Unterschriften über den Bürgermeister von Bordesholm,

Jürgen Baasch, angeschrieben worden und haben sofort mit einem rot-grünen Antrag im Innen- und Rechtsausschuss reagiert.

Der Antrag von Anfang März 1999 lautete - Sie mögen ihn mit dem vergleichen, was ich jetzt sage; es ist der Umdruck 14/3114 -:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, durch Verordnung dafür zu sorgen, dass die Zucht, die Ausbildung, das Abrichten und das Halten gefährlicher Hunde von einer ordnungsbehördlichen Erlaubnis abhängig gemacht wird.

Die Erlaubnis soll nur erteilt werden, wenn die antragstellende Person die erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit besitzt und Räumlichkeiten nachweisen kann, die eine verhaltensgerechte und sichere Unterbringung gewährleisten.

Für die Beaufsichtigung gefährlicher Hunde sind strenge Sicherheitsvorkehrungen anzuordnen. Für vorschriftswidriges Verhalten sind spürbare ordnungsrechtliche Konsequenzen anzudrohen.“

Als Begründung haben wir damals vorgetragen: Es gibt **Hunde**, die auf **Angriffslust und Kampfbereitschaft** gezüchtet und dressiert werden; es gibt Hunde, die gewohnheitsmäßig und unkontrolliert Menschen und Tiere anfallen. Wir wollen und müssen dafür sorgen, dass der Schutz vor solchen gefährlichen Hunden verbessert wird.

(Beifall bei der SPD)

Zu einer Abstimmung über unseren Antrag ist es damals und auch bisher zunächst nicht gekommen, weil wir erstens im Fachausschuss auf Anregung der F.D.P. zunächst einmal eine Anhörung von Fachwissenschaft und Fachverbänden durchführen wollten - die Anhörung hat am 19. Mai 1999 stattgefunden; Herr Kubicki hat darauf hingewiesen - und weil zweitens der Innenminister seinerseits parallel zu unseren parlamentarischen Aktivitäten eine Initiative gestartet hatte, mit der eine bundeseinheitliche Regelung herbeigeführt werden soll, die auf ein grundsätzliches Zuchtverbot und ein generelles Importverbot für in Deutschland nicht erwünschte gefährliche Hunde abzielt. Der Herr Minister hat die **Eckpunkte** dieser angestrebten **bundeseinheitlichen Regelung** hier vorgetragen.

Sollte allerdings in absehbarer Zeit eine Bundesregelung nicht realisiert werden können, bleiben wir bei unserer Forderung, dass das Problem notfalls durch einen schleswig-holsteinischen Alleingang gelöst werden muss. Soweit das Land selbst in der Lage ist, Re-

(Klaus-Peter Puls)

gelungen zum Beispiel auch nach dem Vorbild der von Herrn Kubicki angesprochenen nordrhein-westfälischen **Gefahr-Hunde-Verordnung** zu treffen, werden wir als SPD-Fraktion gegebenen- und erforderlichenfalls auf solche Regelungen hinwirken.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten abwarten, was unser Innenminister auf Bundesebene erreicht. Wir begrüßen seine Initiative und gehen davon aus: Selbstverständlich ist für uns und auch für die Landesregierung, dass in beiden denkbaren Fällen - also sowohl bei der Umsetzung bundeseinheitlicher Vorgaben, die es dann irgendwann möglicherweise gibt, als auch bei der Schaffung eigenständiger landesrechtlicher Regelungen - die Argumente und Erkenntnisse der Fachverbände und der Fachwissenschaft einbezogen werden.

Unser heute vorgelegter Antrag ist besser als der Antrag der F.D.P., weil er umfassender ist. Er will auch bei der Durchsetzung einer Regelung und bei deren Umsetzung nicht nur einzelne Verbände einbeziehen, sondern die gesamte Fachwissenschaft und die gesamte Fachwelt aus dem Verbandsbereich. Wir bitten deshalb darum, dass Sie alle hier im Haus unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die europapolitische Dimension dieses Themas, über das wir hier reden, wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, dass der Europaminister heute extra zu diesem Tagesordnungspunkt gekommen ist. Ich begrüße Sie ganz herzlich; ich habe Sie lange nicht gesehen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, die Diktion Ihrer Rede, die Sie eben gehalten haben - des Berichts -, steht ganz im Gegensatz zu der Presseerklärung vom 16. November 1999, in der Sie auf dem Höhepunkt der Diskussion mit den Worten begannen:

„Im Kampf gegen besonders gefährliche Hunde legt Schleswig-Holstein jetzt einen weiteren Gang ein.“

Und es heißt dann weiter:

„Er appellierte“

- Minister Wienholtz -

„an seine Amtskollegen, zielgerichtet und konstruktiv zu diskutieren.“

Ich frage mich bei diesem Satz: Welche Erfahrungen haben Sie denn sonst in diesem Gremium gemacht? - Und weiter:

„Die Bevölkerung erwartet Taten.“

Dann kommt eine besondere Drohung:

„Anderenfalls kündigte Wienholtz einen Al-leingang an.“

Ich habe diese Pressemitteilung hier zitiert und etwas überspitzt vorgetragen, weil ich damit auch deutlich machen und die Frage stellen möchte, ob es angemessen ist, Herr Minister, dieses Thema sozusagen im Aufbereitungsstadium auf Ministerebene bundesweit als ein Thema von gesamtstaatlich nationaler Bedeutung zu diskutieren. Ich denke schon, dass es angemessener gewesen wäre, auf Arbeitsebene im Bundesrat eine gute Vorbereitung zu leisten, die Vorarbeiten den Landesparlamenten vorzulegen oder im Verordnungswege das zu tun, worauf Herr Kubicki bereits hingewiesen hat, sich nämlich einmal an dem zu orientieren, was andere Länder bereits an Arbeit geleistet haben, und zwar effektiv geleistet haben, nämlich Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nordrhein-Westfalen hat - sehr überzeugend, praktisch, praxisorientiert und in allen Dimensionen realitätsbezogen - eine **Verordnung** erlassen. Inwieweit nun die Vollzugswirklichkeit dem Anspruch dieser Verordnung entspricht, kann ich nicht beurteilen, aber ich denke, das liest sich ganz gut.

Bei der Durchsicht des Materials und der Vorbereitung auf die Debatte dieses sehr wichtigen Punktes bin ich darauf gestoßen, dass wir bereits am 19. Juni 1991 hier im Hause darüber geredet haben. Dabei habe ich eine Unterlage für einen Diskussionsbeitrag dazu gefunden - auch zum damaligen Zeitpunkt war ich schon „hundepolitisch“ Sprecher -,

(Heiterkeit)

die deutlich macht, dass wir schon vor zehn Jahren das Thema in seiner ganzen Bandbreite - mit all den Stichworten, die auch heute wieder gefallen sind - diskutiert haben. Auch darauf muss man einmal hinweisen: Ob das für ein Landesparlament angemessen ist, so lange darüber ohne Ergebnis zu diskutieren, ist zumindest fraglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Meinhard Füllner)

Übrigens hat schon damals wie auch heute mein Dackel eine Rolle gespielt. Ich habe mich gewundert, dass er schon so alt ist. Ich habe nämlich schon 1991 meinen Dackel in der Debatte zitiert, wie bissig er sei, wenn Leute ihn ärgerten.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt noch einige Anmerkungen zum Inhalt des Antrags selbst! Herr Kubicki hat schon auf die **Vielfältigkeit des Problems** auch in Bezug auf andere **Hunderassen** hingewiesen. Dazu gibt es ja auch statistische Auswertungen. Ich weiß, dass in Hamburg solche Erhebungen durchgeführt worden sind und danach von 1.100 Hundebiss-Vorgängen drei Viertel aller Hundebisse - um das noch einmal zu unterstreichen, Herr Minister - eben nicht diesen Hunden zuzuschreiben sind, für die Sie jetzt eine Regelung treffen wollen. Ich habe das auch aus eigener Erfahrung mit einem Riesenschnauzer erlebt, der wirklich einen lebensgefährlichen Schaden angerichtet hat.

(Thorsten Geißler [CDU]: Du bist doch von einem Pferd gebissen worden!)

- Nein! Das nenne ich nur als Beispiel dafür, dass das Problem nicht einfach in der Form zu lösen ist, dass man eine bestimmte Zahl von Hunderassen aufzählt und dies in eine Verordnung kleidet und meint, damit das Problem gelöst zu haben.

Damit bewältigen wir dieses Problem nach meiner Meinung nicht angemessen, meine Damen und Herren. Der Städtetag hat ja kürzlich darauf hingewiesen, dass das Problem insgesamt in dem Zeitraum von 1987 bis 1990 und bezogen auf den Erhebungszeitraum von 1990 bis 1995 um 50 % zurückgegangen ist. Das heißt, eigentlich ist das - bis auf diese spektakulären Vorgänge, die Sie hier ja zu Recht hervorgehoben und geschildert haben, Herr Minister - kein drängendes Problem, um das sich das Landesparlament, der Bundestag oder vielleicht sogar das Europaparlament, Herr Minister Walter, kümmern müssten.

Dieser Eindruck wird durch Horrorbilder in einer bestimmten Presselandschaft erzeugt. Wir sollten uns aber nicht auf dieses Gleis führen lassen.

Ich möchte hier für meine Fraktion sagen, dass wir dann, wenn wir weiter darüber diskutieren, auch darauf achten müssen, nicht noch mehr Verwaltung zu produzieren, als wir sie ohnehin schon haben. Die Reaktion der Städte und betroffenen Gemeinden auf Ihre Presseerklärung aus der letzten Woche zeigt, Herr Minister, dass Sie nicht auf der richtigen Spur sind. Ich finde, es ist schon überzeugend, wie die Behörden von Flensburg und Lübeck - und auch aus anderen Richtungen -,

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz: Und wie ist es mit Bordesholm?)

die mit ihren eigenen ordnungsrechtlichen Maßnahmen bereits Erfahrungen gesammelt haben, die Realitätsbezogenheit Ihrer Maßnahmen anzweifeln

(Glocke der Präsidentin)

und darauf hinweisen, dass schon die jetzt vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten fruchten könnten. Ich denke, es ist richtig, darauf hinzuweisen, dass wir vieles bewältigen könnten, indem wir die schon jetzt geltenden rechtlichen Grundlagen anwenden, zum Beispiel das Tierschutzgesetz, auf das Herr Kubicki bereits hingewiesen hat.

Abschließend möchte ich für meine Fraktion nur sagen: Wir wollen zu einer **realitätsbezogenen Regelung** beitragen und daran mitarbeiten, die den Menschen schützt, aber wir machen nicht bei Regelungen mit, die gewissermaßen nicht realitätsbezogen bestimmte Tiere, bestimmte Rassen zu Kampfhunden erklären, die an anderer Stelle auf dem Sofa sitzen und mit den Kindern kuscheln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen. - Zu den Redezeiten ist zu sagen, dass in der Tat zehn Minuten Redezeit für die Fraktion der Grünen und fünf Minuten für die Fraktion der F.D.P. ausgedruckt sind. In der Regel ist es so, dass der Antragsteller mehr Zeit hat. Nur, das spiegelt sich dann auch hier wider. Es ließ sich jetzt nicht eruieren, wie es tatsächlich war. Es mag ein Druckfehler sein. Von daher stehen der Fraktion der Grünen eigentlich fünf Minuten Redezeit zu.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist auch richtig!)

Jetzt sind zehn Minuten ausgedruckt, aber - ich bitte Sie - die müssen nicht unbedingt ausgeschöpft werden.

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich brauche die zehn Minuten auch nicht ganz auszuschöpfen. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Meinhard Füllner [CDU]: Die haben Sie auch gar nicht!)

Wie Herr Füllner freue ich mich natürlich auch sehr über die Anwesenheit von Gerd Walter, den ich hier

(Detlef Matthiessen)

immer gern als unseren Ostsee-König im hohen Haus begrüße,

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ostsee-König?)

weiß aber nicht genau, in welchem inhaltlichen Zusammenhang das zu dem Thema stehen sollte, das wir hier zu behandeln haben.

Meine Damen und Herren, ausgerechnet die Freie Demokratische Partei Deutschlands, ihre Landtagsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, hat einen Antrag vorgelegt, das Problem mit gefährlichen Hunden zu regeln. Nebenbei gesagt hinken Sie ja mit Ihrem Antrag der Entwicklung gewaltig hinterher, denn der Innenminister hat bereits eine Initiative ergriffen und die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

hatten ihn dazu im Innen- und Rechtsausschuss aufgefordert. Dass die F.D.P.-Fraktion solch einen Antrag vorlegt, ist eine Potenzierung des Populismus, den Sie Herrn Wienholtz vorwerfen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Man braucht nur draußen im Lande ein paar Kilometer zu fahren und von den grellblauen Plakaten geifert einem ein Köter entgegen, der einen hoch aggressiven Eindruck vermittelt. Und nicht nur dieses F.D.P.-Plakat, meine Damen und Herren, ist heutzutage ein Angriff auf den guten Geschmack.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf von der F.D.P.)

Also, mutig die F.D.P. voran - nach der Initiative von Rot-Grün, nach der Initiative von Wienholtz. Sehr zu begrüßen!

Es ist Ihnen nicht entgangen, dass die Koalitionsfraktionen ebenfalls einen Antrag zur Problematik **gefährlicher Hunde** vorgelegt haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja komisch! Warum eigentlich?)

Dabei will ich Ihnen zugestehen - - Ich habe in meinem Manuskript noch Frau Kollegin Happach-Kasan stehen, weil ich von ihrer Kompetenz so überrascht war. Ich habe nämlich mit ihr schon über diese Problematik gesprochen und fachlichen Austausch gehabt. Also, es steht jedenfalls in Ihrem Antrag auch nicht viel Verkehrtes. Aber er greift doch erheblich zu kurz. Damit meine ich nicht den Punkt 1 Ihres Antrages, der einen Bericht einfordert, den der Innenminister erfreu-

licherweise heute schon gegeben hat. Ich meine auch nicht so sehr den Punkt 3, in dem die Selbstverständlichkeit gefordert wird, dass Regelungen - gleich welcher Art - auf solider Tatsachenkenntnis zu beruhen haben, sondern vor allen Dingen den Punkt 2. Dort schränkt die F.D.P. den Kreis der bei einer landesgesetzlichen Regelung zu Beteiligten auf drei ein. Wir gehen davon aus, dass mehr zu beteiligen sind; jedenfalls wollen wir niemanden von der Diskussion ausschließen.

Hauptwiderspruch, den ich allerdings zum F.D.P.-Antrag habe, ist die Zentrierung der Betrachtung auf den genetischen Aspekt der Rassedisposition. Jedenfalls ist das in dem Antrag so zu lesen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ja, dann lesen Sie einmal Ihren Antrag. Sie gehen davon aus - - Ich kann das ja wörtlich vorlesen, was die F.D.P. fordert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Sie wollen die Zucht, die Ausbildung und das Halten gefährlicher Hunde regeln. Sie gehen also davon aus, dass es so etwas wie gefährliche Hunde gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo steht das denn?)

- Das steht in Ihrem Antrag.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

- Lesen Sie es vor! - Na ja, wir können das nachher noch klären.

Jedenfalls vor allen Dingen in diesem Punkt „gefährliche Hunde“ folge ich Ihnen nicht. Da mag Vererbung eine mehr oder weniger große Rolle spielen,

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sie haben ja aber auch registriert, dass der Innenminister in seinem Bericht darin lediglich einen Teilaspekt der Problemlage sieht, nämlich in der Kategorie I - wie er es beschrieben hat.

Ich will das an dieser Stelle auch deutlich sagen: Wenn eine rassebedingte Neigung zu unkontrollierter Aggression erhardtbar ist, bin auch ich für den Ausschluss solcher Tiere aus der Zucht und Vermehrung. Der kynologisch-kulturelle Verlust wäre zu verkraften.

Es gibt ja genug Hunderassen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Detlef Matthiessen)

Diese Betrachtungsweise wird ja auch durch das jüngste Urteil zur **Hundesteuereindifferenzierung** gestützt. Welche Rassen von solchen Maßnahmen betroffen wären - das hat ja der Minister ausgeführt -, bedarf noch einer genauen und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., wissenschaftlich abgesicherten Prüfung - selbstverständlich!

Das Hauptproblem liegt aus meiner Sicht aber nicht so sehr bei den Tieren, sondern bei deren Menschen. Nach meinen Erfahrungen sind es zwar vorwiegend tatsächlich bestimmte Rassen, die zu **Aggressionsproblemen** neigen. Hauptursache aber ist die Unfähigkeit der Menschen, mit diesen Tieren vernünftig umzugehen. Ich sehe dort im Lichte Ihrer Aussagen auch eine gewisse Übereinstimmung, Herr Kubicki.

Wir jedenfalls werden weder von der Sache her noch politisch durchstehen, neben den klassischen Kampfhunden auch auffällige Rassen wie Dobermann, Deutscher Schäferhund oder Roter Cockerspaniel ins Visier zu nehmen oder andere, die hier schon genannt wurden, die in der Aggressivität doch etwas stärker sind als andere Rassen.

Es kann nicht Ziel sein - bei allen genetischen Dispositionen -, das Problem der gefährlichen Hunde mit Sterilisation, Kastration, Ausschluss von der Zucht, mit - so mit einem Wort - Ausrottung zu lösen. Vielmehr werden dem aufmerksamen Leser des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Begriffe wie Erlaubnisvorbehalt, Haltungsverbot, Verpflichtung zur Sachkundeprüfung ins Auge fallen.

Wir begrüßen die Initiative des Innenministers. Wir fordern ihn auf, die Eingriffsschwelle für Maßnahmen der genannten Art niedrig zu halten. Denn es ist so - das werden die meisten von Ihnen aus persönlicher Erfahrung auch bestätigen -: Kind gebissen und der Kommentar des Hundehalters lautet „Sonst ist er so lieb“ oder „Zu dicht vorbeigegangen“ oder „Das Kind wird ihn wohl am Schwanz gezogen haben“ oder - wie bei Herrn Füllner - er wird davon ausgehen, dass sein Dackel zwar bissig ist, aber nur dann, wenn Leute ihn ärgern. Ich gehe einmal davon aus, dass nicht so viele Leute Dackel ärgern,

(Widerspruch bei der SPD)

aber das ist so. So sind die Hundehalter. Die kommen ja nun nicht alle und werden Ihren Hund gezielt ärgern, sondern das ist einfach eine bissige Töle, Herr Füllner.

(Lachen bei der CDU - Meinhard Füllner [CDU]: Das werde ich meinem Dackel sagen!)

In den seltensten Fällen werden nach solchen Ereignissen die Hundehalter äußern: „Was habe ich da für eine aggressive Misttöle?“ oder „Leider gehorcht er mir nie“ oder „Meine Wohnung im vierten Stock ist zu klein und Zeit habe ich auch nicht, bitte haben Sie Verständnis“. Solche Zitate werden bei solchen Ereignissen leider in den seltensten Fällen geäußert.

Nun hat sich ja die Arbeitsgemeinschaft gegen Hunderrassendiskriminierung vom Verband des Deutschen Hundewesens in einem Flugblatt voller Kritik geäußert. Überschrift: „Hundehalter zeigen Wienholtz die Zähne.“ - Das ist eine Wortwahl, meine Damen und Herren, die vor dem Hintergrund der hier diskutierten Aggressionsproblematik - so glaube ich - für sich spricht. - Schleswig-Holsteins Hundehalter seien empört. Ich bin auch schleswig-holsteinischer Hundehalter, ich bin nicht empört.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Du bist Hundehalter? Das ist wohl ein Zwergpinscher!)

- Meine kleine Elli, ein ganz netter Hund.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche Rasse?)

- Das ist ein Mischling; den haben wir aus Berlin von Freunden geschenkt gekriegt, ein wunderbarer Hund, sehr fußtreu, sehr gut erzogen.

(Heiterkeit)

Dort wird geschrieben, der Verband für das Deutsche Hundewesen vertrete 650.000 Hundehalter aller Rassen in diesem Lande. Das erinnert mich an solche dubiosen Aussagen, wie wir sie zum Beispiel vom Verband Eigentum und Naturschutz kennen,

(Beifall bei der SPD)

der vorgibt, im Namen aller Hausbesitzer, Sportler, Bauern und so weiter hier im Land zu sprechen.

Also, liebe Arbeitsgruppe im VDH, bleiben Sie auf dem Teppich! Wir diskutieren mit Ihnen auch dann gern, wenn Sie sich weniger martialisch geben. Auch wenn Sie nur ein klitzekleiner Verein wären, stünden wir selbstverständlich für eine Diskussion zur Verfügung.

Herr Kubicki, Sie haben unter den Möglichkeiten, die ein Landesminister hat, die **Hundehaltungsverordnung** erwähnt. Nach meiner Rechtskenntnis - ich will mich da nicht in Ihre Domäne einmischen - ist aber die Ermächtigung aus § 2 des Tierschutzgesetzes eine, die sich an den Bundesminister, hier an den Fachminister für Landwirtschaft, richtet. Insofern würden wir, da es ja auch bereits eine Hundehaltungsverordnung

(Detlef Matthiessen)

gibt, in die konkurrierende Gesetzgebung hineinpfeuschen. Nichtsdestotrotz kann man noch einmal über eine Verbesserung dieser Verordnung nachdenken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auf welcher Grundlage habt ihr das denn in Nordrhein-Westfalen gemacht?)

Hauptcharakter jedenfalls dessen, was wir hier diskutieren, ist, dass der Innenminister eine Initiative ergriffen hat, die viele Tierbesitzer und vor allen Dingen viele Menschen berührt, die Angst vor Tieren, vor aggressiven Hunden haben. Insofern ist diese Initiative sehr zu begrüßen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zur Genetik möchte ich Folgendes sagen: Entscheidend ist zum einen die Größe, zum anderen aber vor allem auch das Beißverhalten von Hunden. Während der Schäferhund - das ist wenig bekannt - ein typischer Angstbeißerhund ist, der zuschnappt und, wenn man ihn in Frieden lässt, ausweicht, genauso wie der Rote Cocker, bei dem das noch extremer ist, haben die Hunde, von denen hier die Rede ist, ein ganz anderes Beißverhalten: Die sind sehr kräftig, fassen zu und lassen nie wieder los. Ich weiß nicht, wie weit das genetisch verankert ist. Gucken Sie sich Vorsteherhunde an, was bei denen genetisch verankert ist, oder meinen Golden-Retriever-Mischling, der ständig etwas apportiert.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, menschliche Angst führt unter Umständen zu Falschanzeigen und Überinterpretationen, wenn beispielsweise ein Hund lediglich anschlägt. Auf der anderen Seite vertreten Besitzer immer die Position, dass ihr Hund nur lieb ist. Wir sollten in der Tat zu etwas restriktiveren Regelungsmöglichkeiten kommen und ich begrüße in diesem Zusammenhang die Initiative von Herrn Dr. Wienholtz sehr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Anke, ich habe einen dänischen Labrador!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Füllner, wenn es denn so ist, dass wir vor zehn Jahren eine Hundedebatte in diesem Haus geführt haben, dann geht das ja noch. Ich möchte daran erinnern, dass auf Platz 1 der Bestsellerliste hier im Haus immer noch die Bejagung von Rabenvögeln und Kormoranen steht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lothar Hay [SPD]: Aber lange nicht mehr debattiert! Wann kommt das endlich mal wieder?)

Eigentlich wollte ich auch noch etwas mehr zum Thema F.D.P. und Hund sagen. Das verkneife ich mir. Eine Anregung möchte ich dennoch loswerden. Eine kleine Interpretationshilfe wäre vielleicht angebracht in Sachen Hund und F.D.P.-Wahlkampf. Ich habe im Internet zufällig ein Foto des F.D.P.-Kandidaten Garg gesehen, wo er mit seinem Hund abgebildet ist, mit der Überschrift: „Schöner geht es nicht.“ Da frage ich mich natürlich, was die politische Botschaft ist.

(Lothar Hay [SPD]: Wer war denn gemeint?)

- Der Hund war dabei.

Nun aber zum Thema! Wir alle kennen die fürchterlichen Bilder aus den Medien, Bilder, die die Opfer von Zwischenfällen mit so genannten Kampfhunden oder **gefährlichen Hunden** zeigen. Solche Schreckensmeldungen schüren Ängste und Verunsicherung in der Bevölkerung. Diese Ängste sind nicht irrational, sie sind begründet in der Tatsache, dass es Hunderassen gibt, die durch Aggressionszüchtung und Aggressionsdressur zu einer Gefahr für Mensch und Tier werden können.

Mir geht es hier nicht darum, irgendwelche Hunderassen oder ihre Halter zu diskriminieren. Es geht darum, dass wir vernünftige und auf wissenschaftlichen Grundlagen basierende Regelungen finden, wie wir mit gefährlichen Hunden umgehen müssen.

Im November letzten Jahres hat Minister Wienholtz die Eckpunkte einer **Mustergesetzgebung** vorgestellt, die darauf abzielen, abgestufte Regelungen für drei Kategorien von gefährlichen Hunden zu schaffen. Die Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss „Schutz von Tieren vor Missbrauch durch Aggressionszüchtung und Aggressionsdressur“ im Mai letzten Jahres hat jedoch gezeigt, dass die Anzuhörenden davon abraten, bestimmte Hunderassen per Gesetz zu diffamieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

In einer Pressemitteilung appelliert Herr Wienholtz an seine Amtskollegen, diese Mustergesetzgebung auf der

(Anke Spoorendonk)

nächsten Innenministerkonferenz im Frühjahr zielgerecht und konstruktiv zu diskutieren. Sollte hierbei jedoch kein Konsens erzielt werden, kündigt er laut Pressemitteilung einen Alleingang Schleswig-Holsteins an.

Herr Minister, ich stimme Ihnen zu, dass wir die Bevölkerung vor Kampfhunden und anderen gefährlichen Hunden wirkungsvoll schützen müssen. Jedoch bin ich der Auffassung - und hier stimme ich dem Antrag der F.D.P. zu -, dass, bevor wir über bestimmten Hunderrassen das berühmte Damoklesschwert kreisen lassen, die Landesregierung in Kooperation mit Verbänden und Institutionen Eckwerte für eine rechtliche Regelung mit dem Ziel erarbeiten lassen, dass die Zucht, die Ausbildung und das Halten gefährlicher Hunde grundsätzlich unter Erlaubnisvorbehalt gestellt werden. Wir müssen uns jedoch überlegen, welche Kriterien für einen Erlaubnisvorbehalt festgelegt werden sollen.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt mit dem Antrag der F.D.P. insofern überein, als bei der Erarbeitung rechtlicher Vorgaben die betroffenen Verbände und wissenschaftlichen Institutionen mit einbezogen werden müssen. Da jedoch der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusätzlich eine länderübergreifende und einheitliche Regelung zur Abwehr von Gefahren durch gefährliche Hunde vorsieht, werde ich diesem Antrag zustimmen. Ich weiß, dass wir uns bemühen, gemeinsam etwas hinzubekommen. Das finde ich sinnvoll in dieser Angelegenheit. Es ist wenig sinnvoll, dass Schleswig-Holstein hier etwas im Alleingang macht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Daher begrüße ich, dass man eine länderübergreifende Regelung anstrebt.

Bedenken habe ich jedoch gegen den zweiten Absatz der Begründung des Antrages. Ich weiß, dass die Begründung nicht Teil des Antrages ist. Die Möglichkeit eines Erlaubnisvorbehaltes, eines Haltungsverbotes oder einer eventuellen Verpflichtung zur Sachkundeprüfung soll sich auf Gründe beziehen, die in der Person des Halters zu suchen sind. Das halte ich für einen Schnellschuss, den ich in dieser Form nicht akzeptieren kann.

Bevor wir uns jedoch in Verboten oder Vorbehalten verstricken, sollten wir in einem ersten Schritt in Erwägung ziehen, ob nicht eine Erhöhung der Hundesteuer für gefährliche Hunde sinnvoll wäre. So hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin - das wissen Sie - vor zirka einer Woche festgestellt, dass eine Erhöhung der Hundesteuer für bestimmte Hunderassen rechtmäßig ist. Das Urteil wurde damit begründet, dass eine

Erhöhung nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße, da bei diesen Hunden gezielt solche Eigenschaften gezüchtet werden, die die Kampfkraft erhöhen. Den Gemeinden in erster Instanz die Erhöhung der Hundesteuer freizustellen, halte ich für einen sinnvollen Schritt.

Ansonsten hoffe ich, dass wir einen gemeinsamen Antrag hinkriegen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz das Ergebnis unserer interfraktionellen Gespräche bekannt geben. Wir haben uns auf ein Verfahren geeinigt, wie mit den Anträgen von F.D.P. einerseits und SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN andererseits umgegangen werden soll. Wir haben uns darauf verständigt, dass Punkt 1 des F.D.P.-Antrages und Punkt 2 des Antrages von Rot-Grün die Zustimmung des gesamten Hauses erreichen werden, nicht jedoch Punkt 1 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir schlagen folgendes Abstimmungsverfahren vor: Wir bitten darum, in drei Punkten getrennt hintereinander abzustimmen, und zwar erstens über Punkt 1 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zweitens über Punkt 1 des F.D.P.-Antrages und drittens über Punkt 2 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zu den beiden letztgenannten Punkten haben alle Fraktionen dieses Hauses ihre Zustimmung angekündigt, nicht jedoch zu dem ersten Punkt unseres Antrages.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wobei die Wörter „in der 40. Tagung“ gestrichen werden müssen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Kubicki macht darauf aufmerksam, dass in Punkt 1 des F.D.P.-Antrages die Wörter in der „40. Tagung“ nicht stehen bleiben können, weil wir uns in der 42. Tagung befinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das soll gestrichen werden!)

Die Wörter „in der 40. Tagung“ sollen gestrichen werden? - Ich habe aber Probleme mit der Formulie-

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

rung „zu berichten“, weil es keine weitere Landtagstagung mehr geben wird.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Das macht doch nichts! Damit brauchst du keine Probleme zu haben!)

- Gut. Ich lasse also zunächst über Nummer 1 des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/2693, abstimmen. Wer diesem ersten Punkt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Punkt ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

Als Punkt zwei lasse ich über die Nummer 1 des F.D.P.-Antrags, Drucksache 14/2559, mit Ausnahme der Wörter „in der 40. Tagung“ abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich lasse jetzt über Nummer 2 des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist auch einstimmig so angenommen worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nummer 2 und 3 des Antrags der F.D.P. sind insoweit erledigt!)

- Die Nummern 2 und 3 des F.D.P.-Antrags sind damit erledigt!

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Wer diesem neuen Antrag in der soeben beschlossenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Er ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und F.D.P. und bei einer Gegenstimme von Frau Dr. Brüchmann-Nikolay angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 und 13 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Stand der Qualitätssicherung in Pflegeeinrichtungen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2563

b) Qualitätssicherung in der Pflege

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2662

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Da in den Anträgen unter anderem ein Bericht der Frau Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales beantragt wird, gebe ich das Wort zunächst Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme gern die Anträge der CDU-Fraktion vom 1. Dezember 1999 und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23. Dezember 1999 zum Anlass, um Ihnen heute aktuell über den Stand der **Qualitätssicherung in der Pflege** zu berichten. Ich darf Ihnen aber nicht meine Verwunderung über den CDU-Antrag verhehlen. Denn dieser Antrag entspricht in wesentlichen Teilen fast wörtlich dem Antrag der CDU-Fraktion vom 9. März 1999, der nach eingehender Beratung im Sozialausschuss und auf dessen Empfehlung einstimmig hier im Landtag in der Sitzung am 15. September 1999 für erledigt erklärt worden ist, und zwar deshalb, weil schon im Oktober 1998 die entsprechenden Maßnahmen vom Landespflegeausschuss auf Anregung der Ministerin und des Ministeriums in Gang gesetzt worden sind,

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

weil wir im Sozialausschuss Anfang letzten Jahres - genau gesagt: im Januar - einen ersten ausführlichen Bericht erörtert haben, weil im April das Aktionsprogramm des Landespflegeausschusses verabschiedet worden ist und ab Mai die Kurzprüfungen begonnen wurden und im Übrigen dieses Aktionsprogramm und die von Schleswig-Holstein mit erarbeiteten Eckpunkte der Länder alle Punkte des Antrags abdecken.

Die Umsetzung des **Aktionsprogramms** läuft. Das haben wir alle in den letzten Tagen und Wochen durch die öffentliche Diskussion erfahren. Ein Element des Aktionsprogramms ist gerade die Öffentlichkeitsarbeit, die das Bewusstsein für eine angemessene Pflegequalität stärken und den Mut fördern soll, sich einzumischen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In diesem Punkt war das Aktionsprogramm schon nachweisbar erfolgreich.

Lassen Sie mich hinzufügen: Diese Diskussion läuft in

(Ministerin Heide Moser)

Schleswig-Holstein, weil die Landesregierung hier in die Offensive gegangen ist,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir als erstes und einziges Bundesland eine systematische Bestandsaufnahme zur Qualität und Qualitätssicherung in Gang gebracht haben. Seit wenigen Tagen liegt zu den verabredeten Kurzprüfungen, die - wie gesagt - seit Mai letzten Jahres laufen, der Entwurf eines ersten Zwischenberichts des **Medizinischen Dienstes** vor. Die Ergebnisse müssen in der zuständigen Arbeitsgruppe des Landespflegeausschusses noch beraten und bewertet werden. Die Termine sind gesetzt.

Ich will die Ergebnisse vortragen, die sozusagen klar auf der Hand liegen. Es sind zirka 20 % der Einrichtungen geprüft worden, 116 von rund 580. Die ersten Ergebnisse bestätigen, was schon im Sommer 1999 für das gesamte Bundesgebiet von den Medizinischen Diensten vermutet und veröffentlicht worden ist. Wer sich aufgrund des Zwischenberichts ein Bild über die Realität in der Pflege machen will, muss sich erstens vor Augen führen, dass zwei Drittel aller Pflegebedürftigen nicht in Einrichtungen, sondern ambulant zu Hause gepflegt werden. Über die Qualität dieser Pflege wissen wir im Moment noch zu wenig. Auch darum müssen wir uns kümmern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Er muss sich zweitens vor Augen führen, dass die Messlatte, die der Medizinische Dienst zugrunde gelegt hat, sehr hoch ist. Er prüft auf der Grundlage: Ist die Pflege aktivierend? Ist sie geplant? Ist sie dokumentiert? - Diese Messlatte ist fachlich natürlich völlig richtig, aber sie liegt hoch.

Dennoch: Dass nur knapp die Hälfte der Einrichtungen die gesetzlichen oder vertraglichen Regelwerke einhalten, die eine angemessene Versorgung gewährleisten sollen, ist Besorgnis erregend und bestürzend.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Auch wenn sich Pflegeplanung und Dokumentation nicht ganz direkt auf die einzelnen Pflegebedürftigen sofort und unmittelbar auswirken, sind sie kein Auswuchs von Überregulierung. Zum pflegerischen Fachwissen gehört seit Jahren, dass nur eine angemessene pflegerische Versorgung sichergestellt werden kann, wenn es solche Dokumentationen, vor allen Dingen wenn es Planungen gibt.

Weiter entnehmen wir dem Bericht, dass bei einem Drittel der untersuchten Pflegebedürftigen Pflegeschäden gefunden wurden, **Pflegeschäden** wie Dekubitus oder Kontrakturen. Bei der Hälfte der untersuchten

Menschen konnte die Einrichtung nicht nachweisen, dass alle erforderlichen Prophylaxemaßnahmen zur Verhinderung solcher Schäden auch tatsächlich ergriffen worden waren. Bei diesen Befunden müssen die Einrichtungen sofort und unmittelbar reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die erste Konsequenz aus diesen Prüfungen und Ergebnissen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Insgesamt sind nach diesem vorläufigen Bericht folgende Tendenzen erkennbar: Erstens ist die Pflege häufig ungeplant, intuitiv, von außen nicht nachvollziehbar - das kann auch heißen, sie ist gut gemeint, aber trotzdem schlecht -, zweitens gibt es Mängel bei typischen täglichen Pflegeaufgaben und Abläufen und drittens gibt es ganz eklatante Organisations- und Führungsmängel, die zu einer schlechten Versorgung führen können.

Bei allen Besorgnis erregenden Ergebnissen weist das Zwischenergebnis schon aus, dass es in den Einrichtungen durchaus viele gibt, die sich auf den Weg gemacht haben, Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung einzuleiten.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die festgestellten Mängel machen auch deutlich: Mehr Personal, mehr Geld, mehr Kontrollen sind zu einfache Formeln, um das Problem insgesamt im Sinne der Pflegebedürftigen zu lösen.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und SSW)

Denn wie sonst lässt sich zum Beispiel erklären, dass Einrichtungen bei gleicher **Finanzausstattung** gute Pflege leisten und andere eben nicht?

(Ingrid Franzen [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Die Geld- und die Personalfrage will ich dennoch nicht einfach leugnen. Sie gehört auf den Tisch, aber nicht allein und als Allheilmittel. Sie gehört auf den Tisch mit der gebotenen Ehrlichkeit, nämlich immer auch mit der Bereitschaft, einen gesellschaftlichen und einen politischen Konsens darüber herzustellen, wie viel wir in die Pflege alter und pflegebedürftiger Menschen investieren wollen. So ehrlich müssen wir mit den Menschen schon umgehen, wenn wir uns mit dem Thema beschäftigen.

Ende 1998/Anfang 1999 lag die **Fachkraftquote** - danach ist in den Anträgen gefragt - in den vollstationären Einrichtungen in Schleswig-Holstein bei durchschnittlich 44 %. Wir sind uns einig, dass wir dringend verlässliche Kriterien für die Fachkraftquote brauchen.

(Ministerin Heide Moser)

Es gibt ein Modellprojekt des Bundesfamilienministeriums, das dies erarbeiten soll. Hier soll systematisch geklärt werden, wie viel Zeit und wie viel Zuwendung für eine gute Pflege in stationären Einrichtungen notwendig sind und auf welche Art das erforderliche Fach- und Hilfspersonal ermittelt werden kann.

Wir erwarten die Ergebnisse im Spätsommer und ich halte es für vernünftig, dass wir an diese Ergebnisse anknüpfen und zeitgleich die rechtlichen Rahmenbedingungen im SGB XI schaffen, um die Ergebnisse dann in diesen Rahmen einfügen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Frage nach der Aufstockung des **Pflegepersonals** in den Einrichtungen ist - das haben wir in den letzten Monaten gelernt - nicht nur eine Finanzierungsfrage, sondern auch eine Frage des Arbeitsmarktes. Nach einer Kurzumfrage bei den Arbeitsämtern waren 226 Fachkräfte vermittelbar. Dem standen 295 offene Stellen gegenüber. Der Markt ist also eng. Dieser Engpass wird nicht ausschließlich durch die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen zu überwinden sein. Motivierte Altenpflegerinnen und Altenpfleger leiden seit Jahren unter dem schlechten Image ihres Berufes. Das führt zu hoher Frustration und damit zu Fluktuation. Viele verlassen ihren Beruf auch, weil die Einrichtungen die hohe Motivation, die sie mitbringen, unnötig bremsen. Wir müssen also die notwendige Professionalisierung, die wir mit unserem Pflegeausbildungsgesetz eingeleitet haben, auch in den Berufsalltag der Heime übertragen, um diese Frustration überwinden zu helfen.

In der gesamten Diskussion gilt es zwischen Regelungs- und Handlungsbedarf zu unterscheiden. Ich habe mehrfach auch öffentlich gesagt, dass es einen Regelungsbedarf im Sinne rechtlicher Regelungen gibt. Dazu gehört die Novellierung des Heimgesetzes, zum Beispiel mit der klaren Möglichkeit, unangemeldete Prüfungen durchzuführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch das Qualitätssicherungsgesetz im Rahmen des SGB XI. Ich werde den Leuten in Berlin weiterhin auf die Nerven gehen. Das hilft ja manchmal am besten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Eckpunkten der Länder zur **Novellierung des Heimgesetzes** sind im Übrigen die Forderungen aus dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN enthalten. Wir haben in Schleswig-Holstein im Vorgriff auf die rechtlichen Regelungen schon einige Punkte in Angriff genommen, zum Beispiel die Zusammenarbeit zwischen Medizinischem Dienst und Heimaufsicht bei Kontrollen oder die erweiterte Mitsprache für Angehörige, die in einem Modellprojekt seit Ende letzten Jahres läuft.

Qualität - darüber sind sich eigentlich alle einig - kann man nicht in die Heime hinein kontrollieren. Sie muss aus den Einrichtungen selbst heraus entwickelt werden. Es müssen die entsprechende Haltung, der entsprechende Wille sowie die entsprechende Professionalität vorhanden sein.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben die Verantwortung dafür, dass die Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet werden, und wir müssen die Heime, die Träger und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Umsetzung sicherlich unterstützen. Die Sicherung der Pflegequalität und eine angemessene Pflege für Menschen, die wirklich hilfebedürftig sind und zum Teil ihre eigenen Interessen gar nicht mehr artikulieren können, bleiben gesellschaftliche Aufgaben. Alle Beteiligten sind in der Verantwortung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

In den letzten Wochen habe ich manchmal den Eindruck gehabt, dass es an der gemeinsamen Verantwortung fehlt. Das Schwarze-Peter-Spiel hat zum Teil doch deutliche Ausprägungen.

(Glocke des Präsidenten)

- Frau Präsidentin, nein, Entschuldigung, Herr Präsident! Ich habe das zarte Klingeln vernommen und komme zum Schluss. Dieses Schwarze-Peter-Spiel ist nicht in Ordnung. Es führt zu nichts und ich kann eigentlich nur bedauern, dass ich als Ministerin die mir in diesem Spiel zuge dachte Rolle nicht erfüllen kann. Diese Rolle hieße: Alle Missstände in der Pflege stehen still, weil mein starkes Amt oder mein starkes politisches Wollen es so will! Das kann ich leider nicht leisten. Wir müssen schon alle ran, um uns auf den Weg zu machen. Ich denke, wir haben die Vorlagen mit mehreren Modellprojekten geliefert. Ein Projekt, das mir für das Sofortprogramm am wichtigsten ist, ist das Projekt, die Heime bei den Kurzprüfungen durch

(Ministerin Heide Moser)

Beratung zu begleiten, damit sie sofort Konsequenzen aus den Kurzprüfungsergebnissen ziehen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es liegt seit Monaten ein Konzept vor. Nach § 7 Landespflegegesetz liegt eine Finanzierungsmöglichkeit vor. Ich hoffe, dass jetzt sofort bei allen Trägern auch die Bereitschaft zur Umsetzung dieses Beratungsprojekts vorliegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Vorreiter hat das Wort.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, es ist in der Tat wahr, dass die CDU-Fraktion bereits vor Monaten einen fast gleich lautenden Antrag gestellt hat. Das hat natürlich seinen Grund. Die Forderungen aus dem damaligen Antrag wurden bis heute mehr oder weniger nicht umgesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Darum haben wir diesen Antrag erneut gestellt. Wir alle können doch wohl vor den Tatsachen der Schreckensmeldungen, die jetzt an die Öffentlichkeit gekommen sind, unsere Augen nicht verschließen. Die Verantwortung liegt zum ganz großen Teil im Lande. Das ist eindeutig. Frau Ministerin, da die Verantwortung für die Fachaufsicht bei der Sozialministerin liegt, müssen Sie sich fragen lassen, ob dieser Aufsichtspflicht ordnungsgemäß nachgegangen wird.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, kommen Sie jetzt bitte nicht mit dem Hinweis, dass die Heimaufsichtsbehörden in den Kreisen und kreisfreien Städten liegen!

(Ingrid Franzen [SPD]: Aber so ist es!)

Formal ist es zwar richtig, dass die Zuständigkeiten dort liegen. Bei den nicht erst vor kurzem bekannt gewordenen gravierenden Mängeln hätte von Ihrer Seite aus strengstens überwacht werden müssen.

In der Sozialausschusssitzung des Landtages vom 28. Januar 1999 - vor fast genau einem Jahr -, in der die Qualitätssicherung aufgrund eines Landtagsantrags von uns diskutiert wurde und nachhaltig gefordert wurde, strengstens vorzugehen, sagten Sie, Frau Moser, Sie wollten es sich mit den Heimaufsichtsbehörden nicht verderben.

(Heide Moser [SPD]: Wie bitte?)

So kann es doch wohl nicht weitergehen. Wir erheben daher in unserem Antrag erneut die Forderung nach verbesserten Möglichkeiten unangemeldeter Kontrollen. Dazu ist die **Heimaufsicht** durchaus in der Lage. Das heißt eine Feuerwehr oder eine Task-Force für Pflegeheime. Besser noch wäre die zusätzliche Einführung unabhängiger Kontrollinstrumente. Das fordern inzwischen auch die Krankenkassen. Nur unabhängige Kontrolleure sind in der Lage, Missstände ohne Vorbehalt offen zu legen, denn der MDK ist ein Kontrollorgan der Krankenkassen. Er ist zwar von der Ministerin beauftragt, wird jedoch von den Krankenkassen bezahlt. Wer gibt schon gern eigene Fehler zu?

In den „Kieler Nachrichten“ vom 30. November 1999 war zu lesen, dass die Ministerin das Kontrollnetz enger flechten will und sogar zugibt, dass die jetzige Situation gravierende Mängel aufweist und unbefriedigend ist. Viel deutlicher wurde Herr Ploß, Sprecher der Ersatzkassenverbände, in seiner Pressemitteilung vom 15. Dezember 1999. In der „Landeszeitung“ war Folgendes zu lesen: „Pflegeheime - Missstände bis zu Lebensgefahr. Pflegekassen sind entsetzt über das Ausmaß der Mängel.“

Bei solchen Zuständen, die auch Ihnen, Frau Ministerin, nicht verborgen geblieben sein dürften, reichen Briefe an die Landräte und Bürgermeister mit der Aufforderung, endlich tätig zu werden, nicht aus. Sie sind ganz persönlich gefordert und müssen handeln. Wenn sogar der Ihnen eng verbundene Wohlfahrtsverband AWO die Missstände in den Heimen in einer Pressekonferenz vom 25. Januar 2000 offen anprangert, muss sich die Regierung fragen lassen, wozu eigentlich der Landespflegeausschuss da ist.

(Beifall bei der CDU)

Darum jetzt die ganz konkrete Frage an Sie, Frau Ministerin Moser: Was ist im Zeitraum Januar 1999 bis heute zur Verbesserung der Situation in unseren Heimen geschehen? Wurde auf unnötige bürokratische Durchführungsbestimmungen verzichtet? Wurden verlässliche Kriterien für die Fachkraftquote in Pflegeeinrichtungen geschaffen? Wurden Pflegeeinrichtungen unangemeldet kontrolliert? Wenn ja, wann und wie viele? Was haben die Prüfungen ergeben und wurden daraus Konsequenzen gezogen?

Haben die Landesverbände der Pflegekassen, die Träger der Sozialhilfe und die Heimaufsichtsbehörden regelmäßig getagt und haben sie Bericht erstattet? Ist es den Angehörigen von Pflegebedürftigen ermöglicht worden, sich in die Heimbeiräte wählen zu lassen?

All diese Fragen haben wir bereits am 25. März 1999 gestellt und es scheint bis heute kaum eine Verbesserung eingetreten zu sein.

(Kläre Vorreiter)

Als ein weiteres Kriterium, um die qualitätssichernden Maßnahmen im stationären Bereich zu verbessern, muss auf die Einhaltung der **Fachkräftequote** von mindestens 50 % streng geachtet werden. Denn nur fachlich gut ausgebildetes Personal ist in der Lage, den ohnehin schweren Dienst zu verrichten.

Durch das Altenpflegeausbildungsgesetz - da stimme ich Ihnen zu - sind die Voraussetzungen der Ausbildung in Schleswig-Holstein verbessert worden. Und es sind nach Aussagen des Arbeitsamtes auch auf dem Arbeitsmarkt ausreichend Fachkräfte zu bekommen. So wurde es uns gegenüber zumindest bestätigt. Nicht der Mangel an Fachkräften, sondern das Geld ist der Grund dafür, dass der Fachkräfteschlüssel häufig unterlaufen wird.

Im Übrigen gilt heute noch der Personalschlüssel von 1990. Aufgrund der deutlich veränderten Situation in den Heimen müsste eine Änderung des Personalschlüssels zwingend erfolgen. Dies haben wir bereits in unseren Anträgen vom 9. März 1999 und 1. Dezember 1999 gefordert.

In unseren Alten- und Pflegeheimen sind mehr als 80 % aller Heimbewohner Schwerstpflegefälle, die einen erhöhten Pflegeaufwand erfordern. Hier muss bei den Krankenkassen dringend ein Umdenken erfolgen. Satt und sauber - nicht einmal das ist heute noch selbstverständlich - reicht nicht mehr, sondern persönliche Zuwendung gehört zwingend dazu.

Ich greife gern auf, was die Ministerpräsidentin in einem Gespräch mit den „Lübecker Nachrichten“ am 2. Dezember 1999 unter anderem gesagt hat: „Wir werden uns darüber unterhalten müssen, ob die Pflegeversicherung so, wie wir sie jetzt haben, ausreicht oder ob wir nachbessern müssen.“ Sehr richtig!

(Beifall der Abgeordneten Gudrun Hunecke [CDU])

Denn die derzeit hohe Fluktuation beim Personal in unseren Heimen ist auch darauf zurückzuführen, dass die Kräfte, die dort arbeiten, völlig überlastet sind und oft vorzeitig um Entlassung bitten oder selbst häufig vor Erschöpfung krank werden. In den meisten Heimen wird nach wie vor gute, aufopfernde Arbeit geleistet, die durch die „schwarzen Schafe“ leider mit in Verruf kommen. Das dürfen wir nicht zulassen.

In der Sitzung des Sozialausschusses am 1. Juli 1999 hat der Ausschuss den ihm durch Plenarbeschluss vom 25. März 1999 überwiesenen Antrag, Drucksache 14/2277, **Qualitätssicherung in der Pflege**, ausführlich mit der Ministerin diskutiert und ihn dann für erledigt erklärt, weil zugesichert wurde, dass alle Punkte abgearbeitet würden. Aus heutiger Sicht war das ein Fehler, denn viele Punkte sind nach wie vor

ungeklärt und nicht umgesetzt worden, Frau Ministerin.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ansprechen möchte ich noch das Problem von **Menschen mit Behinderung**, die zu Pflegefällen gemacht werden. Es kann doch nicht angehen, dass vollstationäre Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Pflegeheime umgewandelt werden, ja sogar gezwungen werden umzuwandeln, da sie sonst um ihren Bestandsschutz, das heißt um ihre Versorgungsverträge bangen müssen. Hausinterne Listen des Ministeriums bezeugen dies und führen zu großen Verunsicherungen unter den Heimbetreibern. Frau Ministerin, ich finde es schon mehr als dreist, dass solche Listen überhaupt erstellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Fazit: Die Lage ist mehr als dramatisch, verbale Versprechen reichen nicht aus, es muss gehandelt werden. Darum erheben wir erneut unsere Forderung vom März 1999, ein **Gütesiegel** zur Sicherstellung von Qualitätsstandards in Pflegeeinrichtungen einzuführen. Die zarten Hinweise, dass die Bundesregierung jetzt am Zuge sei, nützen wenig. Hauen Sie mit der Faust auf den Tisch, Frau Ministerin, und erzwingen Sie so schnell wie möglich eine Gesetzesänderung. Es ist Ihre Bundesregierung. Das Lamento, wenn noch die CDU verantwortlich wäre, vermag ich mir lebhaft vorzustellen.

(Zurufe der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Ingrid Franzen [SPD])

- Nun regen Sie sich doch nicht auf, Frau Kähler, es ist doch so! Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung hat bei der Auswertung der Kurzprüfungen Folgendes festgestellt: Stellenpläne fehlten oder waren unzureichend. Der Prüfungszeitraum war zu lang, zum Teil lag er zwei Jahre zurück. Die Weiterbildung der Pflegekräfte müsste verbessert werden. Pflegemaßnahmen konnten nur in 5 % aller Fälle nachvollziehbar formuliert werden. Für notwendig erachtet wurden die Einführung eines internen Qualitätsmanagements, die Optimierung im Bereich der Organisation, die Erarbeitung von Pflegekonzeptionen und die Entwicklung eines Hygienekonzepts.

(Konrad Nabel [SPD]: Was ist neu an dem, was Sie vortragen?)

Wenn all diese notwendigen Forderungen umgesetzt sind, können wir vielleicht ein Stück auf verbesserte Zustände in unseren Heimen hoffen. Ich hoffe dies für die Heimbewohner sehr. Lassen Sie uns dies gemein-

(Kläre Vorreiter)

sam versuchen, Frau Ministerin! Machen Sie sich auf den Weg!

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Vorreiter, dass Sie nun unsere Sozialministerin auffordern, die sozialdemokratische und grüne Bundesregierung mithilfe von „Faust auf den Tisch schlagen“ auf den Weg zu bringen, das finde ich ja in Ordnung. Das habe ich in der Vergangenheit von Ihnen nie gehört - und die Sozialdemokraten sind seit eineinhalb Jahren an der Regierung.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Schön wär's! - Widerspruch bei der CDU)

Wann haben Sie in der Frage der Pflegeversicherung jemals versucht, Ihre Bundesregierung auf Trab zu bringen? Schön wäre es ja gewesen!

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben einen Kompromiss gemacht, um die Pflegeversicherung überhaupt zu bekommen.

Herr Präsident! Ich fange noch einmal an. Meine Herren und Damen! Die Diskussion über Qualitätsstandards und **Qualitätssicherung in Alten- und Pflegeheimen**, die wir bislang geführt haben, war zunächst von der Vorstellung geprägt, dass es einen akuten Regelungsbedarf gibt - offenbar ist das bei Ihnen heute noch so -, um die entsprechenden Einrichtungen in die Lage zu versetzen, eine menschnahe und auch qualifizierte Pflege leisten zu können. Es wurde bislang immer davon ausgegangen - und Frau Vorreiter geht auch jetzt davon aus -, dass die diskutierten Mängel im engsten Zusammenhang und ausschließlich mit den für Pflege und Betreuung zuständigen Gesetzen stehen und fast ausschließlich durch Änderung der entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu beheben sind.

In vielen Punkten habe ich das bislang auch geglaubt, Frau Vorreiter, allerdings wohl wissend, dass sich Fachleute seit Jahrzehnten mit dem Problem fachlich qualifizierter Pflege und Betreuungsangebote in Alten- und Pflegeeinrichtungen auseinander setzen, wohl wissend, dass auch in der Zeit vor der Pflegeversicherung erhebliche Defizite in der Versorgung und Betreuung alter Menschen in den Pflegeeinrichtungen zu beklagen waren. Allerdings hat das Pflegeversiche-

rungsgesetz ganz sicher für die heute größere Transparenz und das veränderte Bewusstsein der Versicherten gesorgt, die nicht mehr als verschämte Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, sondern als kritische Verbraucher und Verbraucherinnen

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Lothar Hay [SPD])

mit versicherungsrechtlichem Anspruch auftreten. Das ist gut so.

Der Bericht und die Auswertung der Kurzprüfungen von Pflegeeinrichtungen durch den Medizinischen Dienst machen deutlich, dass persönliche Zuwendung und Betreuung sowie das Angebot pflegerischer Qualität offensichtlich nicht per Gesetz zu verordnen sind. Einer der Gründe für die Einführung der **Pflegeversicherung** war der Wille des Gesetzgebers, die Situation dahin gehend zu verbessern, dass man zum einen das Risiko, pflegebedürftig zu werden, finanziell absichern wollte. Ziel sollte zum anderen sein, die Wünsche alter Menschen, so lange wie eben möglich in ihrer häuslichen und privaten Umgebung leben zu können, zu berücksichtigen und ihnen dennoch qualifizierte und finanzierbare Pflege anbieten zu können und außerdem mit Hilfe der eingezahlten Beiträge den Sozialhilfeträger von hohen Sozialhilfekosten zu entlasten. Letzteres ist gelungen, leider sind nicht alle Entlastungen finanzieller Art in die entsprechenden Bereiche zurückgeflossen.

Wenn wir uns wieder dem Bericht der Ministerin zuwenden, hören und lesen wir, dass in vielen Einrichtungen - ich sage ausdrücklich: in bedauerlich vielen Einrichtungen - erhebliche Fehler in der Grundpflegeversorgung und bei den pflegerischen Verhaltensstandards festgestellt wurden. Und ich sage, Qualitätsmanagement ist hier das Zauberwort, das die Führungs- und Kommunikations- sowie Qualifikationsprobleme in den Einrichtungen beheben helfen kann. Damit könnte auch den Pflegenden die Arbeit erleichtert werden.

(Beifall bei der SPD)

Hier könnte und sollte nach unserer Auffassung auch das Land Hilfestellung durch die Einrichtung modellhafter Pflegeprojekte und die Koordination von Angeboten zur Weiterentwicklung qualitativ angemessener Pflege und Betreuung alter Menschen, die pflegebedürftig geworden sind, leisten. Natürlich müssen die Rahmenbedingungen für solche verbessernden und besser zu kontrollierenden Maßnahmen stimmen. Deshalb fordern wir in unserem Antrag, auf Bundesebene die entsprechenden Änderungen des Heim- und Pflegequalitätssicherungsgesetzes herbeizuführen. Die

(Frauke Walhorn)

Ministerin hat erklärt, dass dies bereits in Angriff genommen wird.

Besonders erschreckend ist für mich die Tatsache, dass trotz angemeldeter Besuche des Medizinischen Dienstes der Kassen zu den Kurzprüfungen in den letzten Monaten derart viele qualitative Mängel zu verzeichnen waren. Das ist besonders erschreckend. Wie um Himmels willen hätte das Ganze bei unangemeldeten Besuchen in den Häusern ausgesehen!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir erwarten - da können wir die **Kommunen** nicht aus der Pflicht nehmen -, dass die Kommunen im Rahmen ihrer Verantwortung als Heimaufsichtsbehörden nach dem Heimgesetz angemeldete und auch öfter unangemeldete Besuche in den Häusern ihrer Region in regelmäßigen Abständen durchführen und nicht nur in Abständen von zwei bis drei Jahren. Dann müssen sie auch Mängel aufzeigen und Nachbesserungen einfordern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben erklärt, die Ministerin habe im Rahmen einer Ausschusssitzung gesagt, sie wolle es sich mit der **Heimaufsicht** nicht verderben. Ich bin bekanntlich Mitglied dieses Ausschusses, ich kann mich daran aber nicht mehr erinnern. Ich werde nachschauen und Ihnen, da das heute leider die letzte Sitzung ist, das Protokoll zur Verfügung stellen, Frau Kollegin Vorreiter.

Darüber hinaus gehört die direkte Verantwortung für eine angemessene menschliche und qualifizierte Pflege in die Hand der Träger von Einrichtungen - seien sie kommunal, privat oder in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände wie etwa AWO oder DRK. Sie müssen ein internes Qualitätsmanagementkonzept entwickeln, um den Menschen gute und menschnahe Pflege anbieten zu können, und sind keinesfalls - weder Einrichtungen noch Träger - aus der Verantwortung zu entlassen. Zu unterstützen sind sie allerdings durch Pflegekassen, Sozialhilfeträger, den MDK, die Heimaufsicht und nie kann es schaden, wenn die aufmerksame und kritische Öffentlichkeit auf Missstände in diesem Bereich aufmerksam macht.

Uns ist wie Ihnen, Frau Vorreiter, ganz besonders wichtig, dass die Angehörigen von Pflegebedürftigen in die sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden, aber nur dann, wenn die Pflegebedürftigen auch wollen und wünschen, dass die Angehörigen diese Aufgaben für sie übernehmen. Das sollte dann auch nur an dieser Stelle geschehen.

Wir wollen die Möglichkeit der Kontrolle auch teilstationärer Einrichtungen, wie zum Beispiel in der

Tagespflege, und wir wollen außerdem, dass auch ambulante Pflegedienste und die häusliche Pflege nachweislich qualitätsbezogene Hilfen anbieten und dies auch bei Kontrollen nachweisen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der notwendigen engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen und Pflegekassen, Medizinischem Dienst und Heimaufsicht müssen Prävention und Beratung eine wichtige Rolle spielen. Unverzichtbar ist nach unserer Auffassung aber auch die Wahrnehmung von Aufsichtsbefugnis - der Heimaufsicht, Frau Vorreiter, nicht dass Sie das falsch verstehen! - und Kontrolle.

Bislang wurde immer über Einzelfälle und vermeintliche Ausnahmen gesprochen. Angesichts der im Bericht dargestellten „grundlegenden Mängel vor allem in der Organisation und Planung der Pflege“, weil Pflegekonzepte nicht vorhanden seien, angesichts der Feststellung von Pflegeschäden bei einem Drittel der untersuchten Pflegebedürftigen und dem Fehlen prophylaktischer Maßnahmen bei der Hälfte der Betroffenen, auch angesichts der deutlichen Vernachlässigung der Kontrollaufgabe durch die Kreise wird ganz deutlich, dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelt. Es handelt sich sicherlich auch nicht um ein schleswig-holstein-spezifisches Problem. Dennoch ist Frau Moser - und dafür danken wir ihr - die einzige Sozialministerin, die schon im Sommer mit dem **Aktionsprogramm zur Qualitätssicherung** tätig geworden ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich dachte, dazu hätten Sie einmal ein lobendes Wort gefunden!

Wir brauchen eine bessere Qualifizierung von Führungskräften, ein geregeltes Beschwerderecht für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen und auch für das Personal der Einrichtungen, das häufig aus Sorge um seinen Arbeitsplatz schweigt. Qualitative Mängel werden häufig im Zusammenhang mit nicht erfüllten Fachkraftquoten sichtbar. Frau Vorreiter, die **Fachkraftquote** wollten die CDU und die F.D.P. irgendwann einmal abschaffen. Das haben Sie eben vergessen zu sagen.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es! - Zurufe von der CDU)

- Das haben Sie vergessen!

Deshalb und weil wir das wissen, brauchen wir Maßstäbe für eine quantitative Personalbemessung, die auch bundesweit anerkannt ist. Ein Stück weiter gekommen sind wir in Schleswig-Holstein bei der Ver-

(Frauke Walhorn)

besserung der Situation mit der Verabschiedung des Altenpflegeausbildungsgesetzes.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [F.D.P.])

Die hier festgeschriebene, hoch qualifizierte Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in den Häusern wird in den nächsten Jahren sicher zusätzliche Wirkung zeigen.

Ausgangspunkt für alle Maßnahmen zur Qualitätssicherung in den Diensten und Einrichtungen der Pflege muss die Versorgung Pflegebedürftiger nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse sein - sagt das Pflegeversicherungs-gesetz. Persönliche Zuwendung, Frau Vorreiter, da bin ich mit Ihnen einig, darf dabei nicht fehlen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Im Blickfeld muss deshalb vorrangig die Stärkung der Kunden- und Verbraucherinteressen der Hilfe Suchenden und der sie pflegenden Personen bleiben. Sie brauchen und haben Anspruch auf umfassende und auch interessenungebundene Beratung. Sie haben außerdem Anspruch auf eine menschenwürdige Pflege.

Träger von Einrichtungen müssen bei ihren Bemühungen zur Qualitätssicherung unterstützt werden, die Zusammenarbeit von Einrichtungen und ihren Trägern, Pflegekassen, Sozialhilfeträgern, der Heimaufsichtsbehörden, dem MDK und dem Landespflegeausschuss ist unerlässlich - da teile ich ebenfalls Ihre Auffassung.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Kommen Sie zum Schluss!

Frauke Walhorn [SPD]:

Ja.

Hilfreich wird darüber hinaus die bundeseinheitliche Altenpflegeausbildungsregelung sein, die wir erwarten.

(Konrad Nabel [SPD]: Und angestoßen haben!)

Ich hoffe sehr, dass diese Diskussion, die wir hier heute führen und in der Vergangenheit über Qualitätssicherung in der Pflege schon geführt haben, und die Ergebnisse aus dieser Diskussion, nicht der Diskontinuität anheim fallen, sondern dass die Diskussion im neuen Landtag und im neuen Sozialausschuss zugunsten der Verbesserung der Situation alter und pflegebedürftiger Menschen in Schleswig-Holstein fortge-

führt wird. Ich empfehle Ihnen im Übrigen die Lektüre der Stellungnahme des Seniorenbeirates Norderstedt zu diesem Thema. Ich halte diese Stellungnahme für außerordentlich qualifiziert.

Meine Damen und Herren, das war heute meine letzte Rede in diesem hohen Haus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schade!)

- Ja, ich finde das auch sehr schade, ich hätte Ihnen gern noch etwas mehr beigebracht, Herr Kubicki.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

- Das wäre mir ein Vergnügen gewesen.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir so aufmerksam zugehört haben. Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen - wie Herr Zahn schon gesagt hat, der einen Seite etwas weniger und der anderen Seite etwas mehr - Glück bei allem, was auf Sie zukommt!

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße auf der Tribüne Herren und zum Teil auch Damen der Betriebs-sportgemeinschaft Hansano aus Lübeck, des Marine-stützpunktes Olpenitz, 5. Schnellbootgeschwader, S-45 „Leopard“, und der Thomas-Mann-Schule aus Lübeck. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch für ihn ist das seine letzte Rede!)

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kubicki, waren Sie das? - Ich hoffe nicht, dass das meine letzte Rede wird.

(Lachen bei der CDU)

Vielleicht ist es aber meine letzte Rede, die Sie hier von mir hören, weil Sie dann nicht mehr da sind. Das kann Ihnen ja auch passieren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wähler wird es entscheiden, wir werden es dann sehen. Hochmut kommt vor dem Fall. Sie haben schon erlebt, wie das ist. Ich erinnere mich nur an den Fall, dass sich die CDU hier hingestellt und gesagt hat: Wir brauchen keine Anträge mehr zum Haushalt zu stellen, denn wir werden die Regierung übernehmen und alles besser und anders machen.

(Matthias Böttcher)

Inzwischen ist es ja um diese Äußerungen etwas stiller geworden.

Meine Damen und Herren! Nun zum Thema! Pflege-missstände - das ist hier deutlich geworden - sind kein Einzelfall. Sie sind leider für viele Menschen Realität. Eine Linderung ist in jedem Einzelfall notwendig. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Wir müssen alle gemeinsam und geplant handeln, koordinierte zielgerichtete Maßnahmen zur Qualitätssicherung in die Wege leiten und diese dann auf Landes- und Bundesebene umsetzen.

Allerdings eignet sich dieses Thema nicht für parteipolitische Auseinandersetzung und Profilierungsversuche. Ich bedauere, dass Frau Vorreiter dieser Versuchung erlegen ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte nur daran erinnern, dass für die gesetzlichen Regelungen, mit denen wir uns hier auseinander setzen, die CDU und die F.D.P. im Bund verantwortlich waren.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Und
der Bundesrat!)

- Der Bundesrat war auch beteiligt. Eine Änderung dieser Gesetzgebung auf Bundesebene kann man nicht hoppla-hopp mit einem Faustschlag machen, sondern sie bedarf der Vorbereitung und auch der Abstimmung im Bundesrat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen Sie
ja sonst nicht!)

Im Rahmen des so genannten Qualitätssicherungsgesetzes, das hier schon des Öfteren angesprochen wurde, das jetzt auf Bundesebene als Diskussionsentwurf vorliegt, sollen klare Zuständigkeiten gesetzt werden - klarere als vorher. Qualität kann nicht durch quasi polizeiliche Überwachungsmethoden von außen in die Einrichtung hineingeprüft werden. Die Verantwortung für die Pflegequalität liegt unmissverständlich bei den Einrichtungen selbst.

Um diese Aufgabe wahrzunehmen, brauchen sie kontinuierliche Beratung und Kooperation durch den MDK im Rahmen freiwilliger Anlassprüfungen und eigenverantwortlicher Referenzprüfungen. Das Instrumentarium des Heimrechtes ist vor dem Hintergrund einer Nachrangigkeit der Letztverantwortung des Staates als Ultima Ratio mit entsprechender Sanktionsstaffelung unverzichtbar.

Die Zulassung von Pflegeeinrichtungen ist an ein umfassendes Qualitätsmanagement zu binden. Darüber hinaus muss in Anlehnung an das Bundessozialhilfegesetz

ein wirksames Vertragsinstrumentarium geschaffen werden, auf dessen Grundlage leistungsfähige Einrichtungen ihren gesetzlichen Anspruch auf eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Personalausstattung auch realisieren können.

Auch die Landesregierung und das Landesparlament haben sich - wie hier schon angesprochen - bereits mehrfach mit dem Thema Qualität in der Pflege befasst und Konsequenzen gezogen. Wir haben im April vergangenen Jahres den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Pflegeversicherung gehabt. Dieser beinhaltete unter anderem die Problematik der Fachkraftquote, für deren Erhalt wir uns eingesetzt haben, und die Fragestellung im Zusammenhang mit Pflegedokumentation und zeitlicher Ausrichtung der Pflegeverrichtung.

Im November 1997 gab es die Ausschussanhörung „Gewalt gegen ältere Menschen“. Es gab im Februar dieses Jahres den Bericht der Landesregierung zur Umsetzung der Pflegeversicherung in Schleswig-Holstein, der nicht nur eine Entrümpelung und Entbürokratisierung landesrechtlicher Regelungen vorsieht, sondern auch Korrekturbedarf auf Bundesebene benennt.

Last but not least gab es eine weitere Anhörung im Sozialausschuss zur Frage der Qualitätssicherung, die zu den bereits genannten Maßnahmen geführt hat. Ich denke, wir haben uns intensiv und ernsthaft mit diesem Thema auseinander gesetzt. Umso ärgerlicher finde ich die Art und Weise, wie zum Teil die öffentliche Auseinandersetzung geführt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung ist über den Bundesrat aktiv geworden und hat sich vehement für eine zügige Novellierung des **Heimgesetzes** eingesetzt. Durch die Sozialministerin wurden Maßnahmen zu einer personellen und qualitativen Verstärkung der Heimaufsichtsbehörde und eine Koordination der Zusammenarbeit mit dem MDK, den Sozial- und Gesundheitsbehörden auf den Weg gebracht. Die Prüfung aller Pflegeeinrichtungen durch den MDK hat begonnen und wird bis Ende diesen Jahres abgeschlossen sein.

Mit dem landesweiten Pflegenotrufetelefon ist in Schleswig-Holstein eine Situationsanalyse durchgeführt worden, die konkrete Anhaltspunkte für einen Veränderungsbedarf hervorgebracht hat. Der **Landespflegeausschuss** hat bereits im April 1999 sein Aktionskonzept „Qualitätssicherung“ entwickelt und mit der Umsetzung begonnen.

Ich meine, es ist eine ganze Menge, was wir getan haben. Aber - das kann auch die CDU nicht ändern - die konkrete Entwicklung benötigt eben Zeit - nicht

(Matthias Böttcher)

zuletzt deshalb, weil die Kooperation beziehungsweise Federführung durch die Bundesebene ebenso wie eine Kooperation mit der Kreisebene vonnöten ist. Diese Veränderungen brauchen Zeit. Das geht nicht von heute auf morgen.

Die Problematik in der Pflege - das wissen wir alle - ist nicht auf Schleswig-Holstein beschränkt, sondern es gibt sie auch in anderen Bundesländern. Nur, wir in Schleswig-Holstein sind mit der Überprüfung den Weg gegangen, das Ganze auch auf eine rationale Grundlage zu stellen. Es ist kein Wunder: Wer nicht prüft, hat keine Ergebnisse. Wer prüft, muss auch hinnehmen, dass es negative Ergebnisse gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat die CDU zur Genüge bewiesen!)

- Herr Kubicki, Sie tragen ja nicht immer zur Sache bei, wenn es manchmal auch ganz lustig ist. Deshalb gehe ich auch nicht darauf ein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schade!)

Wir unterstützen nachdrücklich diese sinnvollen Maßnahmen und ihre Fortschreibung und Verstetigung.

Was mir noch besonders wichtig ist: Niemand will den in der Pflege arbeitenden Menschen Vorsätzlichkeit oder Schuld im Hinblick auf mangelhafte Pflege älterer Menschen unterstellen. Ihr Einsatz für hilfebedürftige Menschen in der alltäglichen Arbeit verdient unsere Wertschätzung und Anerkennung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind die vorhandenen Rahmenbedingungen und die gesetzlichen Regelungen, die strukturelle Gewalt in der Pflegesituation begünstigen, aber auch die Zunahme der Zahl von schwer- und schwerstpflegebedürftigen Personen in den Einrichtungen. Ein Faktor mit herausragender Bedeutung für eine qualitativ hochwertige und menschenwürdige Pflege ist die personelle Ausstattung selbst. Es ist zwingend erforderlich, im Bereich der stationären Altenhilfe quantitative Personalschlüssel vorzugeben und diese nach der Zuordnung zu den Pflegestufen zu staffeln.

Ein sich an die Frage der Qualifikation des Personals anschließender wichtiger Faktor ist eine individuelle und bedarfsgerechte **Pflegekonzeption**. Es müssen jedoch die quantitativen, qualitativen, personellen und nicht zuletzt finanziellen Voraussetzungen hierfür vorhanden sein.

Außerdem setzen wir uns schon seit langem für die Stärkung der Mitbestimmung und Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen ein. In diesen Zusammenhang gehört auch die Forderung nach einer neutralen An-

lauf-, Beratungs- und Beschwerdestelle für Pflegebedürftige beziehungsweise deren Angehörige. Wir halten das Modell „Pflegetruftelefon“ für einen wichtigen ersten Schritt in diese Richtung und setzen uns dafür ein,

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

dass dieses Projekt auch kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Wir haben viele Gründe, dieses Thema zu diskutieren, es mutig anzupacken und die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine Verbesserung zu schaffen. Daran sind wir alle interessiert. Ich warne davor, mit diesem Thema auf Stimmenfang zu gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneten Böttcher, es ist wirklich keine Frage der Eitelkeit. Aber normalerweise wird der Präsident extra begrüßt. - Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beschreibung eines Zustandes mit dem Schlagwort „Skandal“ hat sich in den letzten Wochen und Monaten derart abgenutzt, dass ich nicht mehr weiß, wie ich die in der vergangenen Woche vorgestellten Ergebnisse der Untersuchung des Medizinischen Dienstes überhaupt beschreiben soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Superskandal!)

Ich bin entsetzt und erschüttert über das Ausmaß und die Schwere der aufgedeckten Mängel in der Pflege. Nach den vorliegenden Ergebnissen handelt es sich gerade nicht um die in der Vergangenheit oft zitierten Einzelfälle, sondern um einen grundlegenden Missstand, und zwar mit Sicherheit nicht nur in Schleswig-Holstein. Wie können und wie müssen wir mit einer Situation umgehen, die eine Frau - Mutter von zwei schwerbehinderten Kindern und Tochter einer fast neunzigjährigen pflegebedürftigen Dame - nur noch mit dem Ausruf beschreibt: „Gilt denn Artikel 1 des Grundgesetzes für diese Menschen nicht? Gilt er nicht für meine Tochter? Gilt er nicht für meine Mutter?“

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es in unser Gedächtnis zurückzurufen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ - Das ist also unsere Aufgabe.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Dieser Aufgabe werden wir weder durch gegenseitige Schuldzuweisungen noch durch verharmlosende Umschreibungen der Situation gerecht.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben den Pflegebedürftigen, die unseren ganz besonderen Schutz brauchen, sind vor allem die vielen engagierten Pflegerinnen und Pfleger Leidtragende dieser Zustände. Viele von Ihnen haben sicherlich das Interview gelesen, das Professor Hirsch, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie den „Kieler Nachrichten“ in der vergangenen Woche gegeben hat.

Bevor ich auf einzelne Punkte zu sprechen komme, möchte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit folgendem Fall konfrontieren. Einer stationär untergebrachten schwer pflegebedürftigen alten Dame werden Psychopharmaka verordnet. 400 ml des verschreibungspflichtigen Präparats Dipiperon werden Mitte Februar verordnet. Laut ärztlicher Dosierungsanweisung sollen dreimal täglich jeweils 3 ml verabreicht werden, was einer Tagesdosierung von 9 ml entspricht.

Die verordneten 400 ml würden also 44 Tage ausreichen.

Ohne diese Tagesdosis von 9 ml zu erhöhen, werden derselben Heimbewohnerin jedoch nur neun Tage später wiederum 200 ml desselben Präparats verschrieben. Innerhalb von nur neun Tagen werden für eine und dieselbe zu pflegende Person 600 ml eines verschreibungspflichtigen Präparates verordnet - obwohl der ärztlich festgestellte Bedarf für diesen Zeitraum bei insgesamt 81 ml liegt.

Wenig später weisen Angehörige die Heimleitung auf diese eklatante Differenz hin, was mit einem Schulterzucken und dem Hinweis, das sei eben so, quittiert wird.

Am 10. Mai werden 200 ml Dipiperon verordnet; Dosierungsanweisung mittlerweile einmal 15 ml pro Tag. Die verordnete Menge würde also für knapp zwei Wochen ausreichen. Die Auflistung der Medikation für die Heimbewohnerin weist jedoch nur zwei Tage später die Abgabe von weiteren 400 ml Dipiperon auf.

Meine Damen und Herren, ich verzichte ganz bewusst darauf, Ihnen die unterschiedlichsten Interpretationsmöglichkeiten dieses Einzelfalles darzustellen. Worauf ich aber nicht verzichten ist die Schilderung der ebenso wütenden wie verzweifelten Tochter dieser Frau. Diese Angehörige hat in geradezu vorbildlicher Weise die Heimleitung, die Pflegeleitung, die Heimaufsicht sowie die Kranken- und Pflegekasse nicht nur in Kenntnis gesetzt, sondern immer wieder darauf hingearbeitet, solche - ich nenne es einmal sehr vorsichtig so -

„Unregelmäßigkeiten“ abzustellen, mit der Folge, dass sie jetzt Angst hat, Angst um ihre 90-jährige Mutter.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Einzelfall, ja. Spätestens seit der letzten Woche wissen wir aber, dass wir es mit weit mehr als mit Einzelfällen zu tun haben.

Welche Konsequenzen müssen vor diesem Hintergrund - jedenfalls aus der Sicht der F.D.P. - gezogen werden? Hier steht für die F.D.P.-Fraktion an erster Stelle der schonungslose Umgang mit den vorliegenden Ergebnissen. Ich will das ganz deutlich sagen: Wir werden keinen Schritt weiterkommen, wenn wir aus falscher Rücksichtnahme die aufgedeckten Missstände verharmlosen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Debatte über die Große Anfrage der F.D.P. zur Pflegebedürftigkeit in Schleswig-Holstein am 19. Februar 1998. Auf meine Kritik an der Umsetzung der Pflegeversicherung antwortete die Sozialministerin - ich zitiere -:

„Frau Aschmoneit-Lücke, ich würde Ihre Kritik gern an die Mitglieder des Landespflegeausschusses weitertragen. Ich sehe mindestens einen Kostenträger auf der Tribüne sitzen; der hat es schon gehört. Ihre Kritik, die Sie hier vernichtend formuliert haben, richtet sich mithin an die Pflegekassen, die Wohlfahrtsverbände, die kommunalen Landesverbände, mit einem Wort: an alle Beteiligten.“

Frau Ministerin Moser, ich glaube, vor dem Hintergrund der mittlerweile gewonnenen Erkenntnisse würden Sie mir heute nicht mehr mit einem Tribunal aus Pflegekassen, Wohlfahrtsverbänden und kommunalen Landesverbänden drohen.

(Unruhe und Widerspruch von der SPD)

- Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zitiert. Sie können das jederzeit im Plenarprotokoll über die damalige Landtagssitzung nachlesen.

(Anhaltende Unruhe - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber eine gewagte Interpretation!)

Um es aber ganz deutlich zu sagen:

(Anhaltende Unruhe)

- Dürfte ich jetzt bitte weiterreden? - Natürlich richtet sich die Kritik an alle Beteiligten. Das muss sie auch, denn nur gemeinsam mit allen werden wir es überhaupt schaffen, die Missstände zu beseitigen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

In manchen, aber nicht allen Fällen helfen Korrekturen beziehungsweise Änderungen bestehender Gesetze. So ist beispielsweise eine Änderung der Einstufungskriterien nach § 15 SGB XI überfällig. Denn nach wie vor ist in vielen Fällen die adäquate Einstufung von Demenzkranken anhand der rein körperbezogenen Funktionsdefizite entsprechend § 15 SGB XI nicht möglich.

Doch allein mit veränderten Einstufungskriterien bekommen wir das Problem der Qualitätssicherung in der Pflege und der Kontrolle natürlich nicht in den Griff. Ich frage mich anlässlich der neuesten Erkenntnisse allerdings, ob wir weiterhin von „Qualitätssicherung“ sprechen können; müssen wir nicht vielmehr von „Qualitätsverbesserung“ sprechen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Solche Verbesserungen müssen - folgt man Professor Hirsch - bei der Qualifikation der Heimleitungen sowie der Stationsleitungen anfangen.

Es muss in Zukunft selbstverständlich sein, dass die Heimleitung den qualifizierten Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen nachweist.

Meine Damen und Herren, eine ganz besondere Verantwortung lastet natürlich auf dem Pflegepersonal. Hier reicht weder der Ruf nach mehr Personal noch nach besserer Bezahlung; darin sind wir uns absolut einig. Die vielen engagierten und gut ausgebildeten Pflegerinnen und Pfleger müssen auch die Möglichkeit zur ständigen Fort- und Weiterqualifikation haben. Allerdings reicht es unter den gegebenen Umständen eben nicht aus, Aus- und Fortbildung sowie eine kontinuierliche Supervision anzubieten. Nur wenn sich die personelle Situation in den Heimen entspannt, können entsprechende Angebote überhaupt genutzt werden.

Von ganz entscheidender Bedeutung ist auch die Schaffung eines unabhängigen Kontrollmechanismus - unabhängig deshalb, weil der Zielkonflikt zwischen Pflegequalität und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in Zukunft noch an Schärfe gewinnen wird. Dass dies dringend erforderlich ist, macht Professor Hirsch abermals deutlich, wenn er sagt - ich zitiere ihn -:

„Die Heimaufsicht könnte sehr wohl mehr unangemeldet kontrollieren. Aber immer noch sitzen dort vorwiegend Verwaltungsfachleute, die die Realität nicht durchschauen. Da werden Dienstpläne angefordert und akzeptiert, obwohl sie vor Ort nicht eingehalten werden.“

Ich will ergänzen: „...vielleicht unter den gegebenen Umständen auch nicht eingehalten werden können.“

Anhand eines Beispiels will ich schließlich deutlich machen, dass sich strenge **unabhängige Kontrollen** sowohl auf den stationären als auch auf den ambulanten Sektor beziehen müssen. Es ist - vorsichtig formuliert - fragwürdig, wenn zum Monatsbeginn Strichlisten für ambulant erbrachte Pflegeleistungen am Ersten eines Monats gleich für den gesamten Monat ausgefüllt werden. Glatter Betrug liegt vor, meine Damen und Herren, wenn der Pflegebedürftige nach zehn Tagen verstirbt und dennoch 30 Tage abgerechnet werden - und das auch noch für den Monat Februar.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Das ist sicherlich nicht die Regel, aber es kommt vor, und zwar offensichtlich öfter, als wir es uns bislang vorgestellt haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, jeder Mensch, der in die Situation kommt, gepflegt werden zu müssen, hat ein Anrecht darauf, dass dies in Würde geschieht. Ich will nie wieder von besorgten Angehörigen mit der Frage konfrontiert werden, ob Artikel 1 unseres Grundgesetzes in Pflegeheimen, aber auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe nicht gilt.

Bund, Land und Kommunen - wir alle sind in der Pflicht, ohne falsche Rücksichtnahme nicht nur Missstände zu beseitigen, sondern Strukturen zu schaffen, die Fehlentwicklungen in Zukunft vermeiden. Meine Damen und Herren, die besten Kontrollen reichen nicht, wenn nicht das Bewusstsein für Pflege und das Bewusstsein für Qualität in der Pflege überall vorhanden ist.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bislang gelangen die Informationen zwar nur tröpfchenweise an die Öffentlichkeit, aber es ist erschütternd zu hören, welche Mängel die Medizinischen Dienste der Krankenkassen bei ihren Prüfungen gefunden haben. Ich möchte mich davor hüten, bei dem jetzigen Informationsstand die Befunde zu verallgemeinern, es scheint aber, als wären wir noch Lichtjahre von der ganzheitlichen aktivierenden Pflege und Betreuung entfernt, die wir uns als Maßstab und Ziel gesetzt haben.

(Anke Spoorendonk)

Es gibt eine massive Verunsicherung vor allem bei unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die so schnell wie überhaupt möglich gelöst werden muss.

Die Unsicherheit ist in den letzten Wochen zusätzlich gewachsen, weil nicht klar ist, wer die Konsequenzen zu ziehen hat. Es ist wenig hilfreich gewesen, dass sehr schnell nach den Veröffentlichungen ein großes Schwarzer-Peter-Spielen begann, um ja die Schuld für die schlechten Befunde anderswo unterzubringen.

Dabei wird immer mehr deutlich, dass wohl alle Beteiligten ihre Pflichten nicht erfüllt haben. Viele Träger scheinen nicht viel unternommen zu haben, um die Sicherung der Qualität in ihren Einrichtungen zu gewährleisten. Die Kreise und kreisfreien Städte haben die Kontrolle nicht so ausgeübt, wie es sein sollte. Die Gemeinden haben die Sozialhilfeersparnisse, die sich aus der Pflegeversicherung ergeben, nicht in die Altenhilfe investiert, wie es das Landespflegegesetz vorschreibt. Die Pflegekassen scheinen den Preis so weit zu drücken, dass angezweifelt werden kann, ob sich die Anforderungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfüllen lassen. Bisher haben auch sie sich wenig darum gekümmert, dass der Wettbewerb der Einrichtungen nicht nur über den Preis, sondern auch über die Qualität stattfindet.

Der Bundesgesetzgeber lässt wie auf so vieles andere auch auf das sehnlichst erwartete Heimgesetz und auf Regelungen der Qualitätssicherung warten. Zudem bestehen noch erhebliche Mängel in der Pflegeversicherung. Skandalös ist auch, dass es noch keine bundeseinheitliche Ausbildungsverordnung gibt und dass die Heimleiter keine besondere Ausbildung und nur uneinheitliche Zusatzqualifikationen besitzen.

Es sind also viele Menschen, die sich fragen lassen müssen, wie solche Zustände in den Heimen zustande kommen. Nur eine Gruppe von Beteiligten hat jetzt gewiss keine Prügel verdient: Missstände dürfen nicht dem Personal in der Altenpflege angelastet werden, denn es kann niemanden verwundern, dass sie unter den gegebenen Voraussetzungen nicht das Soll erfüllen können. Gefordert wird von diesen Menschen eine optimale medizinische, pflegerische, sozialtherapeutische und hauswirtschaftliche Versorgung, aber bitte möglichst im Minutentakt und zum Nulltarif.

Die berufliche Realität sieht aber ein bisschen anders aus: Hohe Anforderungen, aber keine hinreichenden Qualifikationsmöglichkeiten, wenig soziale Anerkennung, eine geringe Bezahlung, geringe Personalschlüssel, nicht erfüllte Fachkraftquoten, keine Supervision trotz starker psychischer Belastungen und hohe Personalfuktuation sind die Realität im Altenpflegebereich.

Es ist Sache der Politik, der Träger und der Pflegekassen, dafür zu sorgen, dass diese Menschen auch wirklich die Qualifikation und die Ressourcen bekommen, die sie benötigen, um den Anforderungen an eine moderne Altenhilfe zu entsprechen. Angesichts der Berichterstattung in den Medien wird man schwerlich umhin kommen können, möglichst schnell etwas zu unternehmen. Angesichts der vielfältigen Probleme gibt es keine Alternative dazu, die Beteiligten an einen Tisch zu holen, die sich jetzt noch gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben.

Aber, liebe Kollegin Vorreiter, gerechtfertigt ist es aus meiner Sicht nicht, jetzt auf die Ministerin einzuprügeln, denn ich denke, die Anhörung zu diesem Thema hat deutlich gemacht, dass sie sich wirklich nicht nur schon bemüht, sondern dass sie auch auf dem Weg ist, hier Abhilfe zu schaffen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber trotzdem: Es scheint, als wäre eine konzertierte Aktion der Beteiligten vonnöten, um die vielen Probleme des Pflegebereichs endlich in Angriff zu nehmen und unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen menschenwürdigen Lebensabend zu ermöglichen.

Von den Problembereichen, die noch anstehen, seien zuletzt stichwortartig genannt: Die Missstände müssen abgestellt werden und es muss eine Qualitätsdebatte her, damit **Qualitätsstandards** aufgestellt werden und eine Qualitätssicherungspolitik betrieben wird. Wichtig ist auch - aber das ist nun wirklich Bundespolitik -: Wir müssen bei der Novellierung der **Pflegeversicherung** auch die Verzahnungsprobleme ansprechen und auch ansprechen, dass wir im Pflegebereich Kranke haben, Pflegebedürftige haben, die hinten heruntergefallen sind. Ich denke da in erster Linie an die Demenzkranken.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Letzter Punkt! Wir müssen auch dafür sorgen, dass mehr Beratung für die Pflegebedürftigen und für die Angehörigen da ist. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen wird immer noch viel eher als Behörde denn als Dienstleistungsorganisation aufgefasst. Wir müssen also in diesem Bereich auch eine Verbraucherberatung einführen, denn sonst kommen wir überhaupt nicht weiter. Und wir müssen auch dafür sorgen - das ist das Wichtigste -, dass überhaupt erst einmal Qualität definiert wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich gebe noch einmal Frau Ministerin Moser das Wort. Ich weise aber darauf hin, dass Sie schon drei Minuten überzogen haben.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sinne der von mir selbst eingeforderten gesellschaftlichen Verantwortung würde ich gern trotz Ihrer Rede, Frau Vorreiter, das, was uns hier an Gemeinsamen heute verbindet, noch einmal zusammenfassen. Ich denke, wir gehen doch gemeinsam davon aus, dass pflegebedürftige Menschen ein Recht auf Würde haben, selbstverständlich unabhängig vom Alter, und dass diese Würde uns auch etwas wert ist - in Geld und darüber hinaus. Insofern bin ich froh - das dürfen Sie mir jetzt nicht verübeln -, dass auch Vertreterinnen und Vertreter der Parteien, die entweder gar keine Pflegeversicherung wollten oder eine mit einem doch stark gedeckelten Leistungsangebot, zu der Überzeugung gekommen sind, dass es hier Nachbesserungsbedarf gibt,

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Nachbesserungsbedarf im Leistungsbereich, aber - bitte! - auch Übernahme der finanziellen Mitverantwortung. Das gilt auch für den Bereich der Abgrenzung von Eingliederungshilfe zu Pflege, liebe Frau Vorreiter! Sie erinnern sich vielleicht, dass unsere, meine Partei ursprünglich andere Vorstellungen hatte, als sie jetzt im Gesetz stehen, aber auch im Bundesrat kann man sich nicht über Mehrheiten, die im Bundestag bestehen, hinwegsetzen. Also auch hier ein bisschen Ehrlichkeit in den gemeinsamen Zielen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber sie bleiben gemeinsam.

Wir sind uns darin einig, dass wir die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen brauchen, und zwar erstens für Rahmenfestlegungen von Qualität und Qualitätsstandards. Dazu gehören auch Personalzahlen. Und, liebe Frau Vorreiter, ich wundere mich natürlich überhaupt nicht, dass die Ministerpräsidentin dieses Landes hierzu dieselbe Meinung vertritt wie ihre Ressortministerin. Es ist klar, dass wir uns da einig sind. Ich sage das, weil Sie das zitiert haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Wir sind uns zweitens darüber einig - bei dem, was geschehen muss -, dass wir unabhängige, externe Kon-

trollmöglichkeiten in den verschiedenen Facetten brauchen, dass wir eine **Heimaufsicht** brauchen, die aktiver ist als die bisherige. Liebe Frau Vorreiter, Sie sind auch Kommunalpolitikerin. Bitte, gucken Sie auch einmal in Ihrem **Kreis**, fragen Sie einmal den Landrat, wie viel mehr an Personal er für die Heimaufsicht einsetzt und

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und wie viele Beschwerdefälle er hat. Fragen Sie ihn einmal, was er sagen würde, wenn ich ihn anwiese, seine Heimaufsicht personell aufzustocken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind uns auch darüber einig, dass wir so etwas wie eine Verbraucherberatung - so hat es die Kollegin Spoorendonk genannt - brauchen, ein Konzept einer trägerunabhängigen Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Dazu brauchen wir keinen Bundesgesetzgeber, dazu brauchen wir nur Träger, die dies tun. Wir haben das Geld - der Finanzminister weiß es - nach § 7 des Landespflegegesetzes für ein solches Projekt und wir brauchen die Träger, wir brauchen die Bereitschaft der Wohlfahrtsverbände und anderer Heimträger, so etwas mitzumachen. Ich setze auf diese Bereitschaft im Sinne der Pflegebedürftigen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Meine Damen und Herren, ich habe zwar nicht gehört, was gemacht werden soll, aber ich gehe einmal davon aus, dass aus beiden Anträgen über die Teile, die noch nicht behandelt worden sind, abgestimmt werden soll. Das heißt also, bei dem CDU-Antrag fallen die ersten fünf Strichpunkte weg und es beginnt dann damit: „Zur Lösung vorhandener Probleme ...“ und beim SPD-Antrag fällt der Punkt 1 weg.

Wollen wir alternativ abstimmen? - Okay, dann lasse ich alternativ abstimmen. Wer dem Antrag der CDU, Drucksache 14/2563, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Jetzt folgt die Alternativabstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Druck-

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

sache 14/2662. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen, die die Mehrheit darstellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Noch!)

Meine Damen und Herren, ich habe gehört, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, jetzt Tagesordnungspunkt 32 zu behandeln. Ich rufe also Tagesordnungspunkt 32 auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1999

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/2645

Das Wort hat der Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herr Abgeordneter Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe gerade auf der Uhr, dass zehn Minuten für meinen Beitrag vorgesehen sind. Ich werde es ganz kurz machen und keinen Bericht geben, obwohl es der letzte in dieser Wahlperiode ist. Ich möchte nur zwei Dinge tun.

Erstens möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen, die im Ausschuss mit mir zusammen gearbeitet haben, für die hervorragende Arbeit bedanken, die wir gemeinsam geleistet haben.

(Beifall)

Das zweite Dankeschön geht an die Geschäftsstelle des Eingabenausschusses, die trotz einer großen Schwierigkeit in dieser Wahlperiode hervorragend gearbeitet hat. Auch von dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön!

Ich hoffe, dass ich auch in der nächsten Wahlperiode hier weiter Berichte abgeben kann. Ihnen allen wünsche ich alles Gute. Vielen Dank!

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich gehe davon aus, dass es keine Wortmeldungen zum Bericht gibt. - Das ist auch tatsächlich der Fall.

Damit ist die Beratung beendet, der Bericht zur Kenntnis genommen und die Erledigung der Eingaben bestätigt.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform (Ökosteuer)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2675

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Kayenburg.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sachpolitik und zur Landespolitik, Herr Kayenburg!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Matthiessen, wir sind bei der Landespolitik und ich kann nur sagen, dass die **Ökosteuer** eine trübe, traurige Geschichte von Versprechungen, Wortbruch, Ankündigungen und Widerruf ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn jetzt los? Das haben Sie verwechselt!)

Wenn Sie sich erinnern: Vor der Bundestagswahl 1998 hat der Bundeskanzler versprochen, dass Benzin nicht mehr als 6 Pf teurer würde; das sei das Ende der Fahnenstange.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jahr für Jahr! - Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 6 Pf sind inklusive Mehrwertsteuer natürlich 7 Pf; das sind schon 15 % mehr; aber das soll uns hier wirklich nicht stören.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Fahne haben Sie geflaggt?)

Gravierender ist, dass der Bundeskanzler sein Wort gebrochen hat.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Benzinsteuer** ist auf 12 Pf plus Mehrwertsteuer angestiegen und bereits jetzt steht fest, dass die Benzinsteuer um weitere 30 Pf plus Mehrwertsteuer steigen wird. Das ist nicht nur eine Missachtung des Wählers, sondern auch unsozial und wieder einmal der brutale Griff in die Taschen der Bürger.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie schon einmal mit den Mineralölkonzernen geredet? - Unruhe)

(Martin Kayenburg)

Es ehrt ja den Kollegen Hay, der offenbar etwas mehr Erkenntnis als Rot-Grün zusammen hatte, dass er am 16. August 1999 gesagt hat, dass die Erhöhung der **Mineralölsteuer** auf **Dieselmotorkraftstoff** unsinnig sei, da der Autofahrer nicht die Melkkuh der Nation sei. Da kann ich nur sagen: Recht hat Herr Hay.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Guter Mann!)

Aber das scheint ja nicht die allgemeine Erkenntnis der Landes- und Bundespolitiker zu sein.

Wenn ich den Kollegen Puls höre, der - so die „Welt am Sonntag“ am 9. Januar - von 4 bis 5 DM je Liter träumt, kann man sehen, wohin die Ökosteuer von Rot-Grün führen soll.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zitieren Sie mal den Vorstandsvorsitzenden von Mercedes! 5,60 DM!)

Damit deckt sich die Aussage von Herrn Puls mit Ihren langjährigen Forderungen, Herr Hentschel. Jedenfalls haben Sie das im Wahlkampf 1998 gesagt, wonach 5 DM für Sie der richtige Wert sei.

(Ursula Kähler [SPD]: Das kommt aus dem Hause Töpfer!)

Sie haben das zwar wegen des Wahlkampfes relativiert, aber offenbar streben Sie diese Größenordnung nach wie vor an.

(Konrad Nabel [SPD]: Fragen Sie mal, was Herr Töpfer sagt!)

- Damit wird doch deutlich, dass Sie auf Abkassieren stehen, Herr Nabel! Das ist doch Ihre Politik.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! Mehr kann der auch gar nicht!)

Auf der einen Seite versprechen Sie dem Bürger eine Senkung der Steuern, auf der anderen Seite greifen Sie ihm wieder hemmungslos in die Tasche.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat Frau Merkel gesagt? Ist Herr Schäuble noch in Ihrer Partei? Was hat er denn gesagt? - Weitere Zurufe)

Herrn Hay fehlte in seiner bereits erwähnten Presseerklärung auch nicht die Erkenntnis, dass in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein eine Erhöhung der Mineralölsteuer auf Dieselmotorkraftstoff um 36 Pf, wie sie sein SPD-Kollege Reinhard Schultz im Bundestag forderte, verheerende Auswirkungen habe. Recht hat Herr Hay!

(Beifall bei der CDU - Uwe Eichelberg [CDU]: Hört, hört!)

Er hat damals gemeint, das sei eine Einzelmeinung. Herr Hay, inzwischen haben Sie erkannt, dass die Erhöhung um 36 Pf beschlossene Sache ist. Herr Kollege Hay, wo bleibt Ihr Einsatz für Ihre vollmundige Ankündigung, dass es mit der schleswig-holsteinischen SPD keine einseitige Erhöhung der Mineralölsteuer geben werde?

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist auch nicht einseitig!)

Da haben Sie wieder einmal nach dem Motto gehandelt: Was schert mich mein Geschwätz von gestern! Ganz schnell haben Sie offenbar vergessen, dass wir ein **Flächenstaat** sind und hier viele Arbeitnehmer weite Wege zur Arbeit haben. Diese werden jetzt kräftig zur Kasse gebeten.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Seit wann interessiert Sie das? Ganz etwas Neues! - Günter Neugebauer [SPD]: Was haben Sie eigentlich früher zu den Mineralölsteuererhöhungen gesagt? - Ingrid Franzen [SPD]: Das wissen wir alle! - Weitere Zurufe von der SPD)

Kein Wort des Bedauerns!

Herr Neugebauer, ich will Ihnen das einmal anhand eines Beispiels klarmachen. Eine Wegstrecke von 50 km bis zur Arbeit ist in unserem Land keine Seltenheit. Ich möchte Ihnen die genaue Rechnung ersparen, weil Sie mit Komma, Minus und Plus sowieso Probleme haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist eine zusätzliche Belastung für einen Arbeitnehmer im Jahr 2000 von 245 DM gegenüber 1998, und zwar netto, nicht etwa brutto. Im Jahr 2001 sind es 367 DM bei gleich bleibender Mehrwertsteuer.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kayenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Martin Kayenburg [CDU]:

Ich gestatte keine Zwischenfrage; die Zwischenrufe haben mir gereicht.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Bei der Belastung von 350 DM sind nicht einmal die Urlaubsfahrten und die Fahrten zum Einkaufen oder die Wochenendfahrten berücksichtigt. Also wieder

(Martin Kayenburg)

einmal ein Griff in die Taschen der Armen und Ärmsten!

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich werde das gleich noch nachweisen. - Darüber hinaus wird die so genannte Ökosteuer auch auf Heizöl, auf Strom und auf Gas erhoben. Diese Kosten treffen die Haushalte und die Unternehmen in unserem Lande hart, und zwar direkt und indirekt. Verschärft wird die Lage noch durch den zeitweiligen Anstieg der Rohölpreise auf dem Weltmarkt.

(Konrad Nabel [SPD]: Hat auch Rot-Grün Schuld!)

Die Dummen sind dabei wirklich die kleinen Leute.

Herr Nabel, die Stromsteuer und die Steuer auf Dieselmotorkraftstoff trifft auch den öffentlichen Nah- und Fernverkehr und damit wieder besonders hart die Rentner, die Studenten, die Arbeitslosen und die kinderreichen Familien.

(Zurufe von der SPD: Alles Ihre Klientel!)

- Sie werden ja sehen, welches unsere Klientel ist. - Die Deutsche Bahn AG hat bereits jetzt für Kurzstrecken eine **Preiserhöhung** angekündigt. Ich warte einmal ab, was die ZugBus nach dem 27. Februar entscheiden wird.

Der Städte- und Gemeindebund jedenfalls rechnet in den nächsten vier Jahren mit Mehrkosten von 500 Millionen DM und mit spürbaren Erhöhungen der Fahrpreise für **Busse und Bahnen**.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das trifft nicht nur die, die nicht so viel verdienen, sondern darüber hinaus die Umweltbewussten. Aber dies nimmt man offenbar, weil man in die Tasche des Bundes wirtschaften will, billigend in Kauf.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Seit wann haben Sie diese Erkenntnis, Herr Kollege?)

- Herr Astrup, Sie wissen genau, dass bisher nur der harte Wettbewerb verhindert hat, dass die Preise noch mehr gestiegen sind.

(Holger Astrup [SPD]: Die liegen niedriger als vor der Reform!)

Wenn Bundeskanzler Schröder auf dem SPD-Parteitag in Leipzig 1998 gesagt hat: „Wir werden den Benzinpreis nicht zur Ursache neuer sozialer Ungerechtigkeiten machen,“

(Holger Astrup [SPD]: Hat er Recht!)

findet dies genau und mit Billigung der schleswig-holsteinischen SPD zurzeit statt.

(Holger Astrup [SPD]: Herr Hay wird Ihnen das gleich vorrechnen!)

Die **Ökosteuer** belastet vor allem Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Studenten. Denn die zahlen keine **Sozialabgaben**. Sie haben also nicht nur die Preiserhöhungen im Energiebereich zu tragen, die ich eben deutlich gemacht habe - deshalb wirklich die Ärmsten der Armen, Herr Nabel -, mit der Senkung bezahlen sie sogar die Rentenbeiträge für die Besserverdiener mit. Das ist der eigentliche Skandal an der Geschichte.

(Ingrid Franzen [SPD]: Sie haben doch alles nur hochgepuscht in den letzten Jahren! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Vielleicht haben Sie es immer noch nicht kapiert: Rentner, Studenten und Arbeitslose zahlen selbst keinen Beitrag zur Sozialversicherung, sie zahlen aber Ökosteuer. Mit dieser erhöhten Ökosteuer tragen Sie dazu bei, dass die Besserverdienenden einen geringeren Sozialversicherungssatz zu zahlen haben. Das machen Sie einmal Ihren Leuten klar.

(Holger Astrup [SPD]: Seit wann denn das? - Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Rechnung stimmt leider nicht, Herr Kollege! Sie ist leider falsch!)

- Ach, Herr Hentschel, Sie doch nicht schon wieder!

(Glocke des Präsidenten)

Dann frage ich Sie doch wirklich einmal, was an dieser Steuer „**öko**“ ist.

(Holger Astrup [SPD]: Kommt gleich!)

Ein Teil der großen industriellen Energieverbraucher ist von der Ökosteuer entweder ganz oder zum Teil - von der Stromsteuer - zu 25 % befreit. Das ist genauso, als wenn Sie jemandem, der Alkoholiker ist, noch zusätzlich etwas draufgeben und ihn nicht belasten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie nennen die Industrie Alkoholiker! Das ist interessant!)

Im Übrigen haben doch die rot-grünen Minister aus Berlin inzwischen den Landwirten und anderen versprochen, dass man auch sie aus der Ökosteuer herausnimmt. Ich frage Sie also wirklich: Was ist „**öko**“? Andere Unternehmen werden durch diese Ausnahme diskriminiert. Inzwischen klagen auch einige Unternehmensgruppen wie etwa die Kühlhausbetreiber

(Martin Kayenburg)

oder der Güterkraftverkehr in Karlsruhe gegen die Ökosteuer.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt immer jemanden!)

Skandalös ist die Ökosteuerlüge von Herrn Schröder, der den Wählern vor der Wahl versprochen hat, sein Wort gegeben hat, es gebe eine erste **Erhöhung** um 6 Pf und weitere Erhöhungen nur, solange es keine Einigung mit den europäischen Ländern gebe. Was ist passiert? - Er hat offenbar keine Einigkeit erzielt, erhöht die Ökosteuer aber gleichwohl. Damit schadet er dem **Wettbewerb** und der mittelständischen Wirtschaft in unserem Land.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Überhaupt nicht! Das Gegenteil ist der Fall!)

- Herr Matthiessen, dass Sie in Ihrem Kuhstall andere Energiepreise haben als ein Gewerbeunternehmen, das glaube ich. Gleichwohl belastet das natürlich die Wirtschaft.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das Gegenteil ist der Fall!)

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wird zusätzlich belastet,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

denn die anderen europäischen Länder haben diese Ökosteuer nicht.

Damit schaffen Sie einen indirekten Wettbewerbsvorteil. Damit belasten Sie auch Ihre Klientel, Ihre fachliche Klientel - ich meine die Landwirte -, aber auch die Gewerbebetriebe belasten Sie

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und setzen sie einer ungerechtfertigten - -

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich bitte - -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nehmen Sie die europäischen Volkswirtschaften! Da sind die in Vorreiterstellung!)

- Herr Matthiessen, jetzt habe ich das Wort! - Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt wirklich, ein bisschen zuzuhören.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Großbritannien geht es nicht schlecht!)

- Herr Hentschel! Herr Abgeordneter!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitte?)

Wir sind jetzt wirklich in einer Situation, in der ich sage: Die Debatte beginnt gerade. Es gibt viele, viele Wortmeldungen. Ich bin gern bereit, weitere Wortmeldungen entgegenzunehmen.

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Kayenburg.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Martin Kayenburg [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Sicher ist jedenfalls, dass die Ökosteuer keinen Anstoß für eine Konjunkturverbesserung geben wird. Eine Konjunkturverbesserung resultiert aus Exportnachfrage und nicht etwa aus der Absenkung der Lohnnebenkosten aufgrund der Ökosteuer. Sie taugt nicht zur Ankurbelung der Konjunktur. Der positive Effekt für mehr Beschäftigung durch Senkung der Lohnnebenkosten tritt nicht ein.

Nun könnte ich Ihnen vorrechnen, wie mager die Entlastung ist. Ich gebe Ihnen das gern in der Presse. Sie können das nachlesen. Ich nenne Ihnen nur eine Zahl: Bei einem Betrieb, der 800.000 DM Lohnsumme hat, beträgt die gesamte Entlastung 3.200 DM. Ich frage Sie, wo da eigentlich die Konjunkturankurbelung sein soll. Sie greifen den Bürgern und den Gewerbebetrieben in die Tasche und die Entlastung trägt überhaupt nicht dazu bei, die Konjunktur anzukurbeln oder neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Deswegen fasse ich zusammen:

(Konrad Nabel [SPD]: Deswegen?)

Ein positiver Effekt für die Ökologie wird durch die Ökosteuer nicht herbeigeführt, die privaten Haushalte vor allem in der Fläche und in Schleswig-Holstein werden über Gebühr belastet, einkommenschwache Bevölkerungsgruppen, die keine Vorteile aus der Senkung der Rentenbeiträge haben, subventionieren durch die Ökosteuer die Besserverdienenden, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird insbesondere in der Konkurrenzsituation zu den Nachbarn verschlechtert,

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist unglaublich!)

der positive Effekt für mehr Beschäftigung tritt nicht ein. - Das ist auch unglaublich, Herr Nabel! Da haben

(Martin Kayenburg)

Sie ja völlig Recht. Das ist nämlich die Konsequenz Ihrer Ökosteuer.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich im Bundesrat im Interesse der Menschen und der Unternehmen in Schleswig-Holstein sofort für die **Ab-schaffung der Ökosteuer** einzusetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hay.

(Günter Neugebauer [SPD]: Stell das mal alles richtig!)

Lothar Hay [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kayenburg, zunächst darf ich mich für die vielen Maßvorlagen bedanken, die Sie mir unfreiwillig gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn das aus Ihrer Sicht ein wunderbares Wahlkampfthema ist, sollte man redlich bleiben. Wenn Sie meine Äußerungen aus dem August des letzten Jahres zitieren, haben Sie, wie ich feststellen muss, den eigentlichen Anlass vergessen. Damals gab es einen SPD-Finanzpolitiker - dessen Name mir inzwischen entfallen ist - im Bundestag, der sich für eine höhere Besteuerung des Dieseldraftstoffes wegen der Gesundheitsgefährdung ausgesprochen hatte. Ich habe gesagt: Das ist der vollkommen falsche Weg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der Name war Schultz!)

Statt über eine Erhöhung des Mineralölsteueranteils für Dieseldraftstoffe nachzudenken, sollte man technisch einwandfreie Filter einbauen, damit diese Gefährdung gesenkt wird.

(Ingrid Franzen [SPD]: So ist das! - Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich die Debatte mit einigen Zitaten beginnen.

„Es geht kein Weg daran vorbei, dass wir die Besteuerung der Ressourcen insgesamt erhöhen, vor allem bei der Energie. Zweitens geht es darum, mit den eingenommen Finanzmitteln die Kosten des Faktors Arbeit zu senken...“

Zweites Zitat:

„Wir sind offen für jede verkraftbare Umsteuerung, wir wollen ökologische Elemente im Steuerrecht behutsam und aufkommensneutral ausbauen.“

Drittes Zitat:

„Nur wenn der Benzinpreis steigt, wird das 3-Liter-Auto schnell zum Massenprodukt für die Bürger und Bürgerinnen erschwinglich.“

Viertes Zitat:

„Die CDU hat in ihrem Grundsatzprogramm eine klare Aussage gemacht zugunsten einer höheren Belastung umweltgefährdender Energie. Insofern geht die Linie der CDU im Prinzip in dieselbe Richtung wie die Linie der Grünen. Auch wir schließen ja eine maßvolle Erhöhung des Benzinpreises nicht aus.“

(Zuruf von der CDU: Maßvoll!)

Sie haben es an dem letzten Zitat schon wahrnehmen können: Es handelt sich hierbei nicht um Beiträge vom letzten SPD-Bundesparteitag, sondern um Positionsbestimmungen führender CDU-Politiker. Das erste Zitat stammte von Klaus Töpfer aus dem Jahre 1998, das zweite von Edmund Stoiber, das Dritte von Kurt Biedenkopf und das vierte von Heiner Geißler, alle Mitglieder der CDU beziehungsweise der CSU.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Die gelten ja nichts mehr!)

In den letzten Wochen hörten sich die Kommentierungen des gleichen Vorgangs auch schon grundlegend anders an: „Als sozial ungerecht, wirtschaftsfeindlich und unsinnig“ haben Sie, Herr Kayenburg, die zum 1. Januar anstehende und von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene Anhebung der Mineralölsteuer um 6 Pf bezeichnet. Die **Ökosteuer**, die zum Klettern des Benzinpreises bis auf über 2 DM geführt habe, sei ein „Etikettenschwindel und volkswirtschaftlicher Unsinn“ - so wurde der Spitzenkandidat Ihrer Partei zitiert.

Na, meine Damen und Herren, was denn nun? Steht die CDU zu ihren Aussagen der Jahre 1995 und 1998

(Holger Astrup [SPD]: Nur, was passt!)

oder gilt der fragwürdige Kampagnenkurs von vor zwei Wochen, der doch schon in sich zusammengebrochen ist?

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist nur eine Frage der Begrifflichkeit!)

(Lothar Hay)

Ihre Kampagne ist doch deshalb zusammengebrochen, meine Damen und Herren von der Opposition, weil die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land begriffen haben, dass sie nur leichtfertig für Ihre Wahlkampfzwecke gebraucht werden sollten. Hinzu kam noch, dass die Benzinpreise, was Sie natürlich nicht ahnen konnten - sicherlich zum Bedauern Ihrer Wahlkampfstrategen -, wenige Tage nach Jahresbeginn nicht mehr angestiegen, sondern gefallen sind.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie steigen doch schon wieder!)

Ich hoffe, dass Sie in ein paar Monaten, wenn Sie sich in Ihre dauerhafte Oppositionsrolle wieder richtig eingewöhnt haben, auch zu einer mehr sachlichen Auseinandersetzung über so wichtige Themen zurückkehren können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ehemalige CDU/F.D.P.-Bundesregierung hat die Mineralölsteuer in den Jahren 1989 bis 1994 acht Mal um insgesamt 50 Pf pro Liter heraufgesetzt, um damit Haushaltslöcher zu stopfen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir hingegen wollen die Mehreinnahmen aus der **Erhöhung der Mineralölsteuer** nachvollziehbar für die **Senkung der Lohnnebenkosten** einsetzen, damit die Menschen mehr Geld in den Lohntüten haben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das tun Sie doch gar nicht! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie das denn täten! - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie könnten wissen, dass die Verteuerung des Sprits in den letzten Monaten weniger auf die Steuererhöhung durch die Bundesregierung, als auf die Erhöhung des Rohölpreises durch das **OPEC-Kartell** zurückzuführen ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Watt denn nu?)

Der Preis pro Barrel ist im vergangenen Jahr von 20 auf 45 DM gestiegen. Das ist bitter, aber wahr. Auch Sie sollten in diesem Fall besser die Fakten nennen, statt falsche Behauptungen aufzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommt, dass die **Mineralölkonzerne** in der Bundesrepublik Deutschland den Autofahrern im abgelaufenen Jahr insgesamt 38 Preiserhöhungen zugemutet haben. Wenn wir unsere Preise in den europäischen Vergleich einbeziehen, dann wird deutlich, dass

die Autofahrer in Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden, Schweden, Frankreich, Italien und Belgien tiefer in die Tasche greifen müssen als in Deutschland. Das gehört auch zur Redlichkeit.

(Holger Astrup [SPD]: Bei geringerem Verdienst!)

Wer als Bedingung für die Weiterführung der Ökosteuer eine europäische Energiesteuer fordert, der muss gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, dass 14 von 15 europäischen Staaten bereits eine Energiesteuer haben. Die Ökosteuer ist also keine rot-grüne Idee. Vielmehr bewegt sich Deutschland damit im europäischen Gleichklang. Das letzte Land Spanien wird folgen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden unsere sachlichen Argumente für die Fortführung der Ökosteuer weiterhin vortragen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Abkassieren!)

Wir halten nichts von Sonntagsreden über den Schutz der Umwelt, sondern wir wollen diesen in unserer alltäglichen Politik umsetzen. Lassen Sie mich zum Schluss noch ein allerletztes schönes Zitat bringen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Machen Sie doch mal!)

„Der Einsatz des Faktors Arbeit muss durch eine Senkung der Lohnzusatzkosten relativ verbilligt werden, der Energie- und Rohstoffverbrauch durch eine schrittweise Anpassung der Energiepreise relativ verteuert werden. Beides muss zu einer aufkommensneutralen Lösung intelligent verbunden werden. So lautet die Aufgabe.“

Das ist die Aussage des CDU-Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble vom 20. Februar 1997. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Heinold hat das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist die Stunde der Zitate und so möchte auch ich mit einem - wenn auch etwas längeren - Zitat beginnen.

(Monika Heinold)

„Wir wollen, dass in Zukunft jeder die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt tragen muss, die aus seinem Verhalten als Produzent oder Konsument entstehen. Das ist nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. Damit setzen wir Signale und schaffen Anreize zu umweltschonendem Verhalten. Die Preise unserer Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelastung und Naturnutzung widerspiegeln.“

Wo bleibt der Applaus? Ich habe das aus Ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1994 zitiert.

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Sie scheinen nicht mehr hinter diesem Grundsatzprogramm zu stehen, sonst hätten Sie diese Aussage gut gefunden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die schütteln alle mit dem Kopf!)

Ich habe noch mehr Zitate, die ich vortragen könnte. Ich lasse es lieber.

Schäuble ist vielleicht out und eventuell würden Sie auch den anderen nicht mehr zustimmen. Vielleicht haben Sie auch nicht mehr in Erinnerung, dass Frau Merkel als Bundesumweltministerin ein Konzept zur Einführung einer CO₂-Energiesteuer vorgelegt hatte. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch daran erinnern oder erinnern mögen, denn Sie haben sich ja jetzt etwas anderes vorgenommen. Vor dem Hintergrund dieser Zitate ist die Argumentation der CDU in dieser Debatte hier und heute geradezu absurd.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Herr Kayenburg, Sie sagten eben: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern.“ Ich kann diesen Satz nur wiederholen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die CDU fällt damit hinter ihre eigene Programmatik zurück. Sie befindet sich mit ihrer Kampagne gegen die **ökologische Steuerreform** mitten im Leben des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

30 Jahre Ökologiebewegung, die Begrenztheit der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bereitschaft der Menschen, sich umweltbewusst zu verhalten, werden von der Opposition ignoriert.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Populistische Kampagnen gegen die ökologische Steuerreform werden gestartet, um Wahlen zu gewinnen. Die Bewahrung der Schöpfung ist dann halt kein Thema mehr für die Christdemokraten. Die CDU benutzt die Benzinpreiserhöhung von 30 Pf im Jahre 1999 zur Mobilisierung gegen die längst überfällige Ökosteuer, wohl wissend, dass der Ökosteueranteil - zusammen mit der Mineralölsteuer - mit 7 Pf den geringsten Teil ausmacht. Das ist nicht nur unverantwortlich, es ist auch dreist. Herr Hay hat es erwähnt: Im Laufe der CDU-Regierungszeit wurde die **Mineralölsteuer** um fast 50 Pf erhöht, um damit Haushaltslöcher zu stopfen.

Herr Kayenburg, ich wiederhole Ihre Worte: Diese 50 Pf waren nach Ihrer Auffassung ein brutaler Griff in die Taschen der Armen und Ärmsten. Sie haben sich bei den Rentnern, den Studenten und den Familien mit Kindern das Geld für Ihren Haushalt geholt. Wie Sie eben sagten, haben Sie die Autofahrer zur Melkkuh der Nation gemacht. Sie haben abkassiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich hatte nicht vermutet, dass Sie Ihre eigene Politik mit diesen Worten betiteln und benennen. Die **Lohnnebenkosten** wurden im Gegenzug nicht gesenkt. Im Gegenteil, auch sie stiegen unter der CDU/F.D.P.-Regierung, neben der Mehrwertsteuer, die um 2 Punkte stieg, um 10 Punkte.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben doch jedes moralische Recht verwirkt, über Steuerbelastungen zu klagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Stattdessen sollten Sie sich lieber ernsthaft mit der **Klimaschutzpolitik** auseinandersetzen. 1990 verpflichtete sich die Regierung Kohl, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um 25 % zu senken. Es blieb bei dieser Absichtserklärung, geschehen ist nichts.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und Sie wollen stattdessen Kohlekraftwerke bauen, um in Schleswig-Holstein alles wieder kaputt zu machen!)

(Monika Heinold)

Nur in Ostdeutschland gab es einen Rückgang von Emissionen. Dieser war jedoch nicht das Ergebnis einer erfolgreichen Umweltpolitik, sondern des industriellen Zusammenbruchs in den neuen Ländern. Um das Klimaschutzziel zu erreichen, haben CDU-Politiker unter Kohl immer wieder versucht, eine ökologische Steuerreform durchzuführen. So hat auch der heutige Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Peter Repnick 1995 vorgeschlagen, die Forderung von Wissenschaftlern und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einem ökologischen Umbau des Steuersystems aufzugreifen. Er scheiterte auf für die Union nicht untypische Weise. Nach einem Gespräch zwischen dem damaligen Bundeskanzler Kohl, BDI-Präsident Olaf Henkel und dem BASF-Vorstandsvorsitzenden Strube war die Ökosteuer vom Tisch.

(Ingrid Franzen [SPD]: Gab es da einen Koffer oder so etwas?)

- Details über das, was da vielleicht gewesen ist, möchte ich nicht erwähnen. Ich weiß es nicht. Fortan sprach man von einer europäischen Lösung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist ja Ihr Problem, Sie wissen nie etwas!)

- Herr Kayenburg, soll ich einmal die Frage stellen, wer zurzeit etwas weiß und wer nichts weiß? Ich weiß nicht, ob Ihre Partei dabei besonders gut abschneiden würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Hay hat es erwähnt und ausgeführt. Tatsache ist, **Ökosteuern** sind in anderen europäischen Ländern die Regel und nicht die Ausnahme. Herr Kayenburg, wir könnten uns aber einmal darüber unterhalten, wo denn **Europa** ist. Wir scheinen da unterschiedliche Auffassungen zu haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Vielleicht waren Sie ja auf einer Gesamtschule!)

Sie sagten, dass es Probleme mit der Konkurrenz in den Nachbarländern gebe. Ich glaube, wir sind uns einig, dass Dänemark unser Nachbarland ist. In 10 von 15 Mitgliedstaaten werden heute Ökosteuern als umweltpolitische Lenkungsinstrumente eingesetzt oder geplant. Zu der neu aufgeworfenen Frage um die Verfassungsmäßigkeit, die Herr Kayenburg erwähnt hat, verweise ich auf das nicht gerade linkslastige „Handelsblatt“. Das hat geschrieben, dass Verfassungsklagen überhaupt keine Chance hätten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warten Sie doch mal ab!)

Die Benzin- und Dieselpreise, die wir in Deutschland haben, liegen im europäischen Vergleich nach wie vor im unteren Drittel. Deshalb fordere ich die CDU auf, sich auch hier von ihrem ehemaligen Ehrenvorsitzenden zu emanzipieren und die ökologische Steuerreform endlich und offensiv zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Von der F.D.P. erwarte ich keine Unterstützung. Bei ihr sind Hopfen und Malz verloren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jeder Lohnnebenkosten- und Steuererhöhung hat sie zugestimmt, um dann im Wahlkampf immer fordern zu können, diese von ihr beschlossenen Erhöhungen wieder rückgängig zu machen. Die Wahlkampfthemen waren sicher.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist das nicht schön! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das verstehe, wer will. Eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern und einem Bruttojahreseinkommen von 60.000 DM wird durch die rot-grüne **Einkommensteuerreform** insgesamt entlastet. Sie bekommt mehr Kindergeld und zahlt weniger Rentenversicherungsbeiträge.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Trotz steigender Energiepreise hat diese Familie alles in allem - wir haben es durchgerechnet - monatlich 170 DM mehr im Warenkorb.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlicht falsch!)

Außerdem ist im ersten Jahr Rot-Grün die geringste Inflationsrate seit neun Jahren erreicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber Sie konnten noch nie rechnen!)

Es ist deshalb abenteuerlich, wenn die CDU von falscher Politik und unzumutbaren Belastungen spricht. Der Erfolg unserer Politik liegt ja gerade darin, dass wir die Steuerpolitik der Kohl-Regierung beendet haben, bei der die Mineralölsteuer nur zu fiskalischen Zwecken erhöht wurde und bei der gleichzeitig die Lohnnebenkosten immer weiter auf die Löhne drückten. Mit diesem System Kohl haben wir gebrochen. Jetzt wird Energie nur noch teurer, wenn Arbeit dafür billiger wird.

(Zuruf von der CDU: Da ist doch überhaupt nichts billiger geworden!)

(Monika Heinold)

Im 21. Jahrhundert wird sich zeigen, ob es gelingt, die ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Die großen Bedrohungen für unsere natürlichen Lebensgrundlagen sind keineswegs abgewendet. Die immer häufiger werdenden Unwetter verunsichern und verängstigen. Bis heute wissen wir nicht, wie unsere Erde angesichts von dauerhaften Klimaveränderungen aussehen wird. Es geht nicht darum, Horrorszenarien an die Wand zu malen, ganz im Gegenteil. Wir müssen jetzt entschlossen handeln, um unseren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Umwelt zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Mit der **Ökosteuer** und der nationalen **Klimaschutzstrategie** setzen wir alles daran, das Klimaschutzziel trotz der verlorenen Zeit zu erreichen.

Neben der ökologischen Steuerreform sind bereits verschiedene Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Wir fordern die Nutzung von erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Wir erhalten die besonders klimafreundliche Kraft-Wärme-Kopplung und wollen sie künftig ausbauen. Mit der geplanten Energiesparverordnung führen wir den Standard von Niedrigenergiehäusern für Neubauten ein. Investitionen für den Ausbau von schnellen und umweltfreundlichen Schienenwegen werden kontinuierlich gesteigert.

Wer die Zukunft gewinnen will, darf nicht auf die Vergangenheit setzen. Diese Weisheit müsste doch gerade auch die CDU verstehen. Neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen vor allem im Bereich der modernen **Umwelttechnologien**. Neue Industriezweige, wie etwa Bau und Wartung von Windkraftanlagen hier in Schleswig-Holstein, schaffen **Arbeitsplätze**. Die Rahmenbedingungen für die ökologische Erneuerung unseres Landes sind günstig. Mit dem Zukunftsprogramm der großen Steuerreform und der Einigung im „Bündnis für Arbeit“ hat Rot-Grün wichtige Weichen gestellt. Alle Wirtschaftsforscher gehen von einem Anziehen der Konjunktur in den nächsten Jahren aus. Wann, wenn nicht jetzt, sollen wir die notwendigen Veränderungen zur dauerhaften Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auf den Weg bringen?

Die Zukunft liegt in der Verknüpfung von Arbeit und Umwelt, und weil die Umwelt bei der CDU keine Chance hat, kann die CDU auch Zukunft nicht gestalten. Das ist doch logisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich das alles hier so anhört, muss man sich fragen, warum die Grünen so schlechte Umfragewerte haben, wenn das alles so toll ist und von den Menschen so gewollt wird.

(Beifall bei der CDU)

Sie wären doch - wäre Ihnen die Spendenaffäre nicht zu Hilfe gekommen - schon fertig in diesem hohen Hause. Dieser Zufall wird ja nicht auf ewig anhalten, dass Ihnen die Spendenaffäre glückselige Stimmenzuwächse beschert.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Frau Kollegin Heinold, Herr Kollege Hay, ich will mich gern ernsthaft in der Sache über bestimmte Fragestellungen unterhalten. Aber nicht immer, wenn wir Begriffe verwenden, ist das, was in der Verpackung drin ist, mit dem Begriff identisch, den man verwendet. Wenn Sie mir erklären würden, was an dieser Steuer eigentlich eine **ökologische Steuer** ist - ich komme jetzt zu meinem Redebeitrag -, dann würde ich mich mit Ihnen gern darüber unterhalten. Dann hätten Sie, Frau Heinold, Herr Hentschel, Herr Matthiessen, sich dagegen vehement wenden müssen, dass ausgerechnet die **Hochenergieverbraucher**, die Vielenergieverbraucher von dieser Steuer befreit werden. Dann hätte sie Lenkungsfunction. So hat sie aber keine. Ich komme gleich darauf zurück.

(Zuruf)

Vielleicht können wir einmal ein bisschen systematisch - - Das hat mit Quatsch gar nichts zu tun, Herr Umweltminister Steenblock.

(Zuruf von Minister Rainer Steenblock)

- Das will ich hoffen, dass Sie etwas zur Sache beitragen und nicht immer so ein trauriges Gesicht machen. Sie müssen nämlich erklären, warum die Hochenergieverbraucher befreit werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Gesetz zur Fortführung der **ökologischen Steuerreform** ist weder öko noch logisch.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Weitere Zurufe)

- Ja, ich habe nichts dagegen, dass wir uns über die Frage des Umbaus des Steuersystems unterhalten. Nur das, was hier unter dem Thema „ökologische Steuerreform“ diskutiert wird, hat mit ökologischer Steuerreform eigentlich nichts zu tun.

(Wolfgang Kubicki)

Die intendierten Steuerungsanreize sind nicht eingetreten. Die Beitragssätze zur Rentenversicherung sind wesentlich geringer gesunken als von der Bundesregierung angekündigt. Dafür sind die Preise aufgrund der Ökosteuer gestiegen.

Wo sind denn - so frage ich - die **Steuerungseffekte**? Sinkt der Verbrauch von Sprit, von Heizöl oder von Strom? Oder anders gefragt: Darf er denn überhaupt sinken oder bricht dann nicht das gesamte schiefe Gebäude dieser vermeintlichen Beitragsentlastung ein? Es lohnt sich, die vielen wunderbaren Effekte, die von dieser Steuer ausgehen sollen, einmal näher anzuschauen. Wie sieht es beispielsweise mit der Anreizfunktion aus? Hat sich jemand einmal Gedanken darüber gemacht, wie denn die Preiselastizitäten der Nachfrage, also das Verhältnis der relativen Änderung der nachgefragten Gütermenge zu der sie verursachenden relativen Preisänderung eben dieses Gutes überhaupt aussehen? Ein Lenkungseffekt kann nur dann eintreten, wenn die Nachfrage elastisch ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Ist sie das? Wie können private Haushalte und kleine Betriebe, die von dieser Steuer am meisten betroffen sind, dann reagieren? Wie sich jetzt zeigt, so gut wie überhaupt nicht. Das ist auch einleuchtend, Frau Heinold! Wie sollen denn die Bürgerinnen und Bürger Benzin sparen, wenn sie als Berufspendler auf das Auto angewiesen sind?

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau!)

Sollen sie einfach zu Hause bleiben? Wie soll der Handwerksbetrieb Fahrtkosten senken? Indem er keinen Kundendienst mehr betreibt? Wie sollen Heizenergie, Strom für Beleuchtung, Waschmaschine oder Kühlschrank eingespart werden? Indem Sie sich bei Dunkelheit und 12 Grad Raumtemperatur beim Schein der Kerze in dicke Decken hüllen, ihre Wäsche in der Förde waschen und Nahrungsmittel in Höhlen lagern?

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Selbst der Anreiz für die Industrie, energiesparende Produkte zu entwickeln, kann kaum von der Ökosteuer ausgehen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Stromsparlampen und energiesparende Waschmaschinen gibt es schon seit Jahren. Der Flottenverbrauch der Automobile sinkt und mit der Entwicklung der so genannten Drei-Liter-Autos wurde zu einer Zeit begonnen, als noch niemand von den rot-grünen oder schwarz-gelben oder was auch immer für Segnungen sprach.

Sie besteuern Güter, deren Konsum von den Bürgerinnen und Bürgern nur unzureichend gesteuert und damit beeinflusst werden kann. Allenfalls mittelfristig, eben

beim Ersatz der alten Waschmaschine, des alten Autos schlägt sich der technologische Fortschritt konkret im Energieverbrauch nieder und damit in der Kasse der Bürgerinnen und Bürger, worüber übrigens Hans Eichel auch sehr glücklich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in diesem Haus haben wir gehört, der rot-grünen Bundesregierung sei es gelungen, die **Lohnnebenkosten** zu senken. Das ist eine interessante Feststellung. Noch schöner wäre allerdings, sie würde stimmen. Wo haben Sie denn die Lohnnebenkosten gesenkt? Ist mir da etwas entgangen? Bisher habe ich nur erkennen können, dass Sie die Beiträge zur Rentenversicherung anders finanzieren: immer mehr Steuergelder, immer weniger Beiträge.

Ich kann die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen nicht erkennen. Die Ausgabenstruktur der Rentenversicherung bleibt unverändert. Wirtschaftsminister Bülck wird uns vielleicht erklären können, dass beispielsweise die Tarifpartner bei der Frage der Festlegung der Lohnkosten die Frage der Beitragselastizität für die **Sozialversicherung** bereits intendiert haben. Das heißt, die Zusammenführung von Lohnkosten und Lohnnebenkosten führt nicht dazu, dass die Unternehmen entlastet worden sind, die Bürgerinnen und Bürger schon gar nicht.

Wer soll denn entlastet werden? Die Beitragssätze zur Rentenversicherung sind gesunken, die Ausgaben aber sind geblieben. Jemand muss also den Rest bezahlen. Da Rot-Grün es auch nicht schafft, dass die Gelder wie Manna vom Himmel regnen, bezahlen alle Ökosteuerzahler die wegfallenden Beiträge. In der Höhe der absoluten Summe der Zahlungen an beziehungsweise in die Rentenkasse haben Sie überhaupt nichts geändert. Das ist ein Riesenstrukturproblem, das sich in den nächsten Jahren noch sehr deutlich bemerkbar machen wird.

Das ist allerdings wenig originell und in zunehmendem Maße systemgefährdend. Durch den immer höher werdenden Steueranteil an den Einnahmen der Rentenversicherung weichen Sie die Leistungsbezogenheit der Rente immer weiter auf. Bisher war die Höhe der in der Vergangenheit bezahlten Beiträge maßgeblich für die Höhe der Rente. Je höher der Anteil der Steuern an den Einnahmen, desto weniger können Sie diesem Grundsatz gerecht werden, denn diese Steuern werden von allen bezahlt, auch von denen, die schon Rente beziehen oder nie eine beziehen werden, wie beispielsweise Selbstständige oder Beamte. Die einen zahlen einen Teil ihrer Rente praktisch selbst, obwohl sie in der Vergangenheit bereits durch Beiträge belastet waren, die anderen zahlen hingegen für etwas, was sie überhaupt nicht in Anspruch nehmen. Deshalb ist

(Wolfgang Kubicki)

das System einer Ökosteuer nicht kompatibel mit einem umlagefinanzierten Rentensystem, sondern aus systematischen Gründen nur mit steuerfinanzierten Systemen.

Die Verwendung der Ökosteuer für die Rentenkasse birgt aber noch ein weiteres steuersystematisches Problem. Es ist nicht auszuschließen, dass die ausschließliche Verwendung der Mittel gegen das so genannte **Non-Affektations-Prinzip** verstößt. Durch die ausschließliche Verwendung für die Rentenkasse wäre die Ökosteuer keine Steuer, sondern eine Sonderabgabe.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Diese ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nur in Ausnahmefällen zulässig und auch nur dann, wenn die erhobenen Mittel unmittelbar wieder für die Belange der Zahler eingesetzt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unbefristet!)

Das Beste an dieser Aktion „Rasen für die Rente“ ist aber ihre innere Widersprüchlichkeit. Wenn die Rentenbeiträge verringert werden sollen, dann darf die Ökosteuer keine Wirkung entfalten, sonst sinken die Einnahmen und die Beiträge steigen wieder an.

Die so genannte Ökosteuer ist der Baldrian für die Ökoklientel, die noch immer auf die großen umweltschutzpolitischen Wohltaten der Berliner Koalition wartet. Wenn es Ihnen wirklich um eine **ökologische Lenkungswirkung** gegangen wäre und nicht um - ich greife den Begriff einmal auf - Abkassieren oder Abzocken, dann hätten Sie einen anderen Weg einschlagen müssen.

Niemand kann sich der Zahlung dieser Steuer entziehen, sie schlägt direkt oder indirekt auf die Verbraucherpreise durch. Das ist an der Steigerung des Preisindex deutlich abzulesen. Aufkommensneutralität einer Jedermann-Steuer, wie sie die Energiesteuer darstellt, können Sie nur dann erreichen, wenn Sie alle Steuerpflichtigen im Mittel an anderer Stelle entlasten. Damit könnte mittelfristig der Umstieg auf energiesparende Güter beschleunigt werden - mehr aber auch nicht.

Das aber wollen Sie ganz offensichtlich nicht. So aber belasten Sie all diejenigen, die über kein eigenes sozialversicherungspflichtiges Einkommen verfügen: Studenten - Herr Kollege Kayenburg hat es schon angesprochen -, Arbeitslose, Rentner, Beamte und Selbstständige. Es werden jedes Jahr mehr, ohne dass diese Gruppe auch nur das geringste von der Verringerung der Beiträge zur Rentenversicherung hat.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie mir schon nicht glauben, was ich Ihnen in der letzten Reihe gern konzедieren will, dann nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass beispielsweise Familien mit vielen Kindern, dass beispielsweise Studenten unterstützt von Landessozialgerichten jetzt aufgedeckt haben, dass deren Belastung durch die Ökosteuer weit höher ist als die Entlastungseffekte, die auf der anderen Seite erzielt werden können.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [F.D.P.] - Zurufe von der SPD)

Rot-Grün in Berlin schmirt Salbe auf den Patienten Rentenkasse, anstatt ihm eine ordentliche Therapie zuteil werden zu lassen. Sie schwelgen ganz in der Tradition des Herz-Jesu-Marxisten Norbert Blüm in der Illusion, die Milliarden aus der Ökosteuer könnten den Patienten Rentenkasse retten. Dabei weiß jeder, der es wissen will, dass die Rentenversicherung in ihrer heutigen Form aufgrund der demographischen Entwicklung keine Zukunft hat.

Zudem benachteiligt die Ökosteuer ganze Branchen unverhältnismäßig gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz. Das deutsche Transportgewerbe hat aufgrund der Verteuerungen bereits jetzt massive Probleme gegenüber seinen europäischen Nachbarn. Das ist übrigens auch der Grund - Kollege Benker und Kollege Hay -, warum wir trotz Ihrer von keiner Sachkenntnis getriebenen Aufforderung anlässlich der Diskussion der Großen Anfrage der F.D.P. zur Lage des Handwerks in diesem Haus keine Proteste gegen die Erhöhung der **Ölpreise** durch das OPEC-Kartell gestartet haben. Die haben nämlich ihre Preise in ganz **Europa** erhöht und nicht nur in **Deutschland**. Damit wurde europaweit keine relative Veränderung der Preise bewirkt.

Ihr Alleingang bei der Ökosteuer führt dazu, dass nicht der Verkehr verlagert wird, sondern die Arbeitsplätze. Transporte werden im gleichen Umfang wie früher durchgeführt, nur eben nicht mehr von deutschen, sondern von ausländischen Unternehmen. Das merken die Transportunternehmer in Schleswig-Holstein - gerade im Vergleich zum Transportangebot in Dänemark - in beachtlicher Weise.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, dann müssen sich die Speditionsunternehmer in Schleswig-Holstein einmal darüber unterhalten.

Im flächenmäßig kleinen Schleswig-Holstein können Sie diese Entwicklung bereits jetzt mit großer Heftigkeit erleben.

Diese Steuer ist weder öko noch logisch. Sie muss weg, bis eine abgestimmte europäische Lösung gefunden und Kompensation für die erhöhten Belastungen

(Wolfgang Kubicki)

der Bürgerinnen und Bürger und auch der Unternehmen an anderer Stelle geschaffen worden ist.

Herr Finanzminister, es ist doch ein Treppenwitz der Geschichte, dass wir uns europaweit um die **Vereinheitlichung des Steuersystems** bemühen und nun mit einer isolierten Steuer in einem sehr zentralen wichtigen europäischen Wirtschaftsland dazu beitragen, dass sich die relativen Preise verändern und sich damit auch die relativen Belastungen der Unternehmen verändern - und das in einem **Europa**, das stärker zusammenwächst, wo der Standort immer mehr davon abhängig ist, wie die jeweiligen Belastungen aussehen. Ich sage Ihnen voraus, wenn Sie diesen Weg weiter beschreiten, werden Sie erleben, dass Sie die Arbeitsmarktziele, die Rot-Grün formuliert hat, nicht erreichen werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist natürlich wieder einmal ärgerlich, dass ich nach dem Kollegen Kubicki rede, denn ich hätte wirklich Lust, auf das einzugehen, was er von sich gegeben hat.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, das passt vorn und hinten nicht zusammen. Ich werde mich jetzt auf das konzentrieren, was wirklich mit dem Antrag zu tun hat.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das etwas pointiert: Die Landes-CDU setzt jetzt in der Schlussphase des Landtagswahlkampfes auf den an sich sehr sympathischen Slogan: „Es geht um Schleswig-Holstein“. Aus der Sicht des SSW muss ich hinzufügen: Es geht bei der Wahl am 27. Februar um Landespolitik und nicht um Bundespolitik.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist klar, aber gerade deshalb ärgert es mich, wenn die CDU im gleichen Atemzug das Thema **Ökosteuer** zu ihrem zentralen Wahlkampfthema machen will. Wieder einmal bringen Politikerinnen und Politiker dadurch alle Begrifflichkeiten und alle politischen Ebenen durcheinander.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie schon einmal etwas vom Bundesrat gehört?)

- Habe ich auch, Herr Kollege Kayenburg. Dennoch trifft meine Kritik zu, das wissen Sie ganz genau.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die CDU zu Recht darauf hinweist, dass es bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl nicht um die CDU-Spendenaffäre geht, sondern um die Zukunft Schleswig-Holsteins, so macht sie sich unglaublich, wenn sie gleichzeitig das Thema Ökosteuer, das hauptsächlich im Bundestag entschieden wird, so in den Vordergrund stellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: Ich schenke Ihnen mal Ihre Rede von vor vier Jahren!)

- Ich kann Ihnen sagen, das ärgert mich wirklich! Noch unglaublicher wird die Kampagne, wenn man bedenkt - ich komme jetzt auf das, was Sie schon drei Mal gehört haben -, dass auch die CDU schon seit Jahren das Prinzip einer Ökosteuerreform befürwortet. Denn seit dem Hamburger Parteitag 1992 bekennt sich die **CDU** nicht nur zur sozialen, sondern zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. So steht das in Ihrem Grundsatzprogramm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf dieser Grundlage hatte der jetzige CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble 1995 ein **Ökosteuer-Konzept** entwickelt. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Nach einem Treffen von Helmut Kohl und Industrieunternehmen wurde dieses Konzept aber leider wieder in die Schublade gelegt. Dennoch stand das Thema - jedenfalls nach meinem Wissen - auch noch im Wahlkampfprogramm der Bundes-CDU für die Bundestagswahl 1998. Und genau wie der SSW sagt zum Beispiel Saarlands Ministerpräsident Peter Müller von der CDU:

„Die ökologische Steuerreform ist ja vom Grundsatz her richtig. Die Energiekosten müssen höher, die Arbeitskosten müssen niedriger werden.“

Wir brauchen in der Tat einen ökologischen Umbau des Steuersystems.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Man kann das nicht alles auf einmal machen, das wissen Sie genauso gut wie ich, Herr Kayenburg!

Herr Schäuble hat Ähnliches zu diesem Thema gesagt. Das Ziel ist also auch nach Ansicht der CDU richtig. Nur über den Weg und über die richtigen Konzepte streiten wir uns. So muss es natürlich auch sein. Mich bedrückt aber die Unredlichkeit der **Kampagne** gegen

(Anke Spoorendonk)

die **Ökosteuer**. Wenn man sich medienwirksam vor Tankstellen stellt und auf diesem Weg populistisch die Empörung der Autofahrer im Flächenland Schleswig-Holstein schürt, muss man das unredlich nennen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei einer solchen Kampagne gehe ich als normaler Mensch davon aus, dass die CDU grundsätzlich gegen eine Ökosteuerreform und eine Erhöhung der Benzinpreise ist. Es kommt eben nicht rüber, dass die CDU eigentlich auch eine Ökosteuerreform will, aber nur anders. Es ist modern, von Wählertäuschung zu reden, und für mich hat das Verhalten der CDU in gewisser Weise mit Wählertäuschung zu tun.

Der Hauptkritikpunkt der CDU ist, dass die Bundesregierung die **Ökosteuer** isoliert einführt und nicht eine europäische Lösung im Rahmen der **EU** zustande gebracht hat. Selbstverständlich wäre eine europaweite einheitliche Lösung die optimale Lösung für eine Ökosteuerreform, da so keine Wettbewerbsverzerrungen für die Unternehmen entstehen würden. So weit stimmt der SSW auch mit der CDU überein.

Die Frage ist aber, ob man, weil im Moment nicht alle EU-Länder von einer solchen Reform überzeugt werden können, dann gänzlich auf eigene Schritte verzichten sollte. Wir reden immer davon, dass es auch wichtig ist, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wenn man die Höhe der Benzinpreise - das muss ich einmal wiederholen - in unseren wichtigsten Nachbarländern betrachtet, beispielsweise in Frankreich, Dänemark und Großbritannien, stellt man fest, dass die Preisunterschiede minimal sind und dass die Bundesrepublik ganz gut dasteht. Alle Regierungen drehen gern an der Benzinsteuer, weil das erhebliche Einnahmen verspricht. Auch die CDU/F.D.P.-Regierung hat natürlich aus gerade diesem Grund in ihren Regierungsjahren mehrmals die Benzinsteuern erhöht.

Das Neue an der jetzigen Erhöhung der Benzinpreise der Bundesregierung ist allerdings, dass dahinter ein Konzept steht, wonach die **Energiepreise** erhöht und die **Arbeitskosten** gesenkt werden. Das ist das Ziel und das ist das Prinzip. Genau das gleiche Prinzip befürwortet die CDU in ihrem Grundsatzprogramm.

Dass der SSW in seinem Rahmenprogramm stehen hat, dass wir für die Ökosteuer und für die Einführung der Ökosteuer sind, sage ich nur sicherheitshalber, damit hier keine Missverständnisse entstehen.

Ich habe bereits bei der ersten Stufe der Ökosteuerreform letztes Jahr gesagt, als wir hier über die Einführung dieser ersten Stufe diskutierten, dass dies ein Schritt in die richtige Richtung ist. Zum ersten Mal hat eine Bundesregierung anerkannt, dass das Prinzip der

Ökosteuern - Verteuerung der fossilen Energieressourcen und Verbilligung der Arbeitskraft - ein zukunftsweisendes Konzept ist.

Gerade auch viele kleine und mittlere Unternehmen - besonders im Handwerk - haben sich immer wieder über zu hohe Lohnzusatzkosten beklagt. Mit der zweiten Stufe der Reform werden diese durch die Senkung der Rentenbeiträge nun weiter reduziert. Ich halte überhaupt nichts von solchen formal juristischen Auslegungen, wie wir sie vorhin gehört haben.

Danach sind auch aus unserer Sicht Teile der Ökosteuerreform - auch das will ich hinzufügen - unbefriedigend ausgestaltet worden. Zum einen fehlt beispielsweise die Besteuerung des CO₂-Ausstoßes, zum anderen wird nicht genügend differenziert auf die Wettbewerbssituation der verschiedenen Branchen eingegangen. Das ist das, was immer wieder diskutiert wurde.

Das heißt: Sachlich ist an der Umsetzung dieses Konzeptes Kritik geboten und notwendig. Aber das gehört ja auch dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen! Doch mit der Art ihrer Kampagne läuft die CDU Gefahr, dass die Bevölkerung eine Ökosteuerreform völlig ablehnt. Das kann doch nicht in Ihrem Interesse sein, wenn Sie wirklich zu den von Ihnen gewollten Zielen stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir ist bewusst, dass der Kollege Hentschel - ich hatte eigentlich gedacht, dass er zu diesem Thema sprechen wollte - wie kein anderer in diesem Haus das **dänische Modell** der Ökosteuerreform verinnerlicht hat. Nur um zu zeigen, dass ich mithalten kann, müsste ich noch kurz auf die Erfahrungen unseres Nachbarlandes eingehen - nicht zuletzt, um zu veranschaulichen, dass eine solche Reform aus vielen kleinen Schritten besteht.

Seit 1993 - ich weiß, ich gebe ein bisschen Nachhilfeunterricht; aber das macht nichts - hat die jetzige Regierungskoalition in einer Reihe von kleinen Schritten sehr konsequent die Energie- und Umweltsteuern angehoben. Gleichzeitig hat sie die Besteuerung der Lohneinkünfte und die Unternehmensbesteuerung langsam reduziert. Unternehmenssteuerreform ist ja auch das, über das wir im Moment debattieren und was kommen muss.

Der erste Schritt war die Einführung der CO₂-Steuer 1993 für private Haushalte und öffentliche Verwaltungen. Erst ab 1. Januar 1994 wurde die private Wirtschaft mit einer CO₂-Steuer belegt. Wichtig war dabei, dass CO₂-intensive Betriebe mit weniger Steuern belastet wurden und sie lange Übergangszeiten für eine Reduzierung bekamen. Ab 1995 wurden verschiedene Energiesteuern, unter anderem die Benzin- und Heiz-

(Anke Spoorendonk)

ölsteuer, in mehreren Schritten erhöht - zuletzt Anfang Januar.

Bei den konkreten Erhöhungen der Energiesteuern hat die dänische Regierung Rücksicht darauf genommen, welche Energiearten am meisten die Umwelt verunreinigen und wie die internationale Entwicklung sowohl der Energiepreise als auch der Energiesteuern in anderen Ländern verläuft, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu gefährden.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen - ich sage sie sicherheitshalber noch einmal -: Die CO₂-Ausstöße sind trotz enormer Steigerung des Bruttosozialprodukts leicht reduziert worden. Die Lohnbesteuerung ist auch leicht zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit ist stark zurückgegangen. Die Unternehmensgewinne sind stark angestiegen. Der Staatshaushalt machte 1999 als einer der wenigen Länder in Europa Überschüsse.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss: Wir müssen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, weiter an dem Konzept arbeiten und es verbessern. Das ist klar. Aber ich bin sicher, dass sich das **Prinzip der ökologischen Steuerreform** langfristig in vielen europäischen Ländern durchsetzen wird.

Wenn wir also unsere Umwelt und unsere natürlichen Ressourcen schonen und erhalten wollen, gibt es keine Alternative. Ein Blick über den eigenen Tellerrand belegt das. Er belegt auch, dass eine Vorreiterrolle gerade auch modernen Unternehmen einen großen Wettbewerbsvorteil bringen kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den Herren Kayenburg und Kubicki heute zugehört hat, wie die neue soziale Frage hier von der CDU und der F.D.P. definiert wird, und merkt, welches Engagement diese Parteien plötzlich für gesellschaftliche Randgruppen entwickelt haben, dann können einem wirklich die Tränen des Mitleids kommen. Was Sie hier dargestellt haben, hat mit dem, was Sie in der Vergangenheit gemacht haben, nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es haben schon einiges aus dem **Grundsatzprogramm der CDU** von 1994 zitiert. Ich muss leider feststellen, dass das Ahlener Programm in der sozialen Frage zwar richtig war, es aber sehr schnell in der Versenkung verschwunden ist. Dieses Programm von 1994 hat in der sozialen Frage noch eine höhere Halbwertszeit als das Ahlener Programm. Sie sind in diesem Fall unglaublich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Reden Sie einmal zur Sache!)

- Herr Kayenburg, wir haben doch gerade eine Diskussion, in der es um Glaubwürdigkeit und die ganze Wahrheit geht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist mit dem Magdeburger Programm?)

In der Situation, in der diese Bundesregierung die **Mineralölsteuer** um 12 Pf erhöht hat und dieses Geld den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes wiedergibt - es ist eine aufkommensneutrale Lösung -, müssen wir - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Optimist sind Sie!)

Was Sie verschweigen: Sie haben die Steuern um 50 Pf erhöht. 35 Milliarden DM haben Sie in schwarze Haushaltslöcher gestopft. Das ist es, was Sie gemacht haben.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in der gleichen Zeit die Sozialversicherungsbeiträge und die Lohnnebenkosten um 10 % erhöht. Sie haben die Mineralöl- und die Mehrwertsteuer erhöht. All das haben Sie für die **Arbeitskosten** in diesem Lande gemacht. Das ist die soziale Frage, vor der wir stehen. Die 4 Millionen Arbeitslosen haben etwas mit den Erhöhungen der Arbeitskosten zu tun, die die Regierung unter Kohl zu verantworten hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die rot-grüne Bundesregierung hat zum ersten Mal die Frage der Renten und der Lohnnebenkosten ernst genommen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dass Sie das auch noch so dokumentieren!)

Wir haben diese Kosten gesenkt. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich massiv dafür eingesetzt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo denn?)

(Minister Rainer Steenblock)

- Wir haben zum ersten Mal eine Senkung der Rentenbeiträge.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie verstecken sich ja so gern hinter der europäischen Frage. Herr Kubicki hat dazu auch einige bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Sie wissen, dass die **Europäische Kommission** schon Anfang der neunziger Jahre ein Modell für eine **CO₂-Energiesteuer** fertig hatte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Reden Sie über das „Ist“ und nicht über Ihre Vorstellungen!)

- Ja, Herr Rexrodt hat auch einmal eine ökologische Steuerreform gemacht. Herr Kubicki, seien Sie einmal ganz ruhig. Sie haben in dieser Frage auch einmal besser dagestanden. Sie waren bei der Klimaschutzfrage nicht so borniert wie heute.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab Mitte der neunziger Jahre schon Herrn Genscher und andere.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, nun passen Sie einmal auf, dass Sie nicht herunterfallen. Seien Sie ganz ruhig und hören Sie einfach zu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich falle gar nicht!)

Zur europäischen Frage: Herr Kubicki, Sie haben das dänische Transportgewerbe und die Erdrosselungswirkung angesprochen. Sie haben ganz vergessen, dass die Dieselsteuer in Dänemark zum 1. Januar 2000 um 6 Pf erhöht worden ist. So ein Zufall!

Jetzt zur Frage der **Gleichgewichtigkeit**: In Dänemark ist es genauso wie hier. In Dänemark sind die Mineralölpreise höher als bei uns. In Frankreich sind sie höher. In Holland sind sie höher. Wir sind in der Bundesrepublik von Ländern eingekesselt, in denen die Benzinpreise höher sind. Wahrscheinlich haben die französischen Autofahrer die hohen Benzinpreise in Frankreich satt. Deshalb ist vielleicht sogar Elf/Aquitaine in die neuen Bundesländer gegangen, damit die Franzosen zum Tanken in die billige Bundesrepublik fahren. Vielleicht war das ja der Grund.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren: In **Europa** gibt es schon lange eine Debatte über die Ökosteuer. In England gibt es sie zum Beispiel. Großbritannien hat vereinbart, die Mineralölsteuer seit

1993 jährlich um 5 % zu erhöhen. Das ist jetzt auf jährlich 6 % erhöht worden. Die europäischen Länder sind sehr viel weiter als die Bundesrepublik, was die ökologische Steuerreform angeht. Herr Waigel war derjenige, der die europäische Ökosteuer kaputtgemacht hat. Jetzt ist es nur noch Spanien, das zögert.

(Zurufe bei der CDU)

Sie wollen uns wieder ans Ende der europäischen Entwicklung zurückholen, die Sie zu verantworten haben. Nein, das machen wir nicht mit!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann doch noch eine Bemerkung zur sozialen Frage! Herr Kubicki, ich weiß - die Benutzung der Bahn ist für Sie nicht das Thema.

(Martin Kayenburg [CDU]: Für Sie auch nicht! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie nehmen das Dienstauto!)

- Doch, für mich auch! Herr Kubicki, Sie wissen es sehr genau: Ich fahre jeden Morgen von Elmshorn nach Kiel mit der Bahn. Wenn sich die **Bahnpreise** und die Benzinpreise seit 1955 gleich entwickelt hätten

(Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Kubicki, hören Sie doch einmal zu -, dann hätten wir heute bei gleicher Entwicklung der Benzinpreise wie der der Preise für ÖPNV und Bahn **Benzinpreise** von 4,50 DM. Das ist die soziale Frage. Wo haben denn Herr Rühe, Herr Schäuble und Frau Merkel gestanden? Wenn sie soziale Gerechtigkeit und Mobilität einfordern, dann hätten sie schon seit langem an den Bahnschaltern stehen müssen, denn dort haben sich die Preiserhöhungen im Verkehrswesen abgespielt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die ökologische Steuerreform ist in diesem Lande ein ganz wichtiger Teil einer vorsorgenden **Klimaschutzpolitik**. Sie gehört in das System der Förderung von regenerativen Energien hinein,

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

sie gehört in das System hinein, bei dem wir über das 100.000-Dächer-Programm unserer Verantwortung gerecht zu werden versuchen. Sie haben keinen einzigen Beitrag geleistet, um diese Klimaschutzproblematik überhaupt in Angriff zu nehmen; es gibt von Ihnen keine einzige programmatische Äußerung außer den ersten Überlegungen zur Ökosteuerreform. Das ist

(Minister Rainer Steenblock)

wieder eingestampft worden. Sie sind die Partei des Stillstandes, des Aussitzens, aber nicht der Herausforderungen des neuen Jahrhunderts.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie noch ein paar Zahlen hören wollen, Herr Kayenburg: Sie haben es zu verantworten, dass unser Abgabensystem heute zu 66 % aus Steuern finanziert wird, die auf der Arbeit und auf den Sozialversicherungsbeiträgen liegen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen? Was ist das denn für ein Quatsch!)

Nur noch 5 % sind Umweltsteuern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben keine Ahnung!)

Das ist die Politik der CDU/CSU in der Vergangenheit gewesen. Arbeit ist in diesem Lande teuer, sie ist viel zu teuer, und Sie haben keine Anstrengungen unternommen, dieses Problem, die soziale Frage der Arbeitslosigkeit zu lösen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben keine Ahnung! Wie immer! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, einen ganz kleinen Moment, bitte! - Ich bitte wirklich darum, ein bisschen zuzuhören. Notfalls sollten Sie sich zu Wort melden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das tut ja weh! - Holger Astrup [SPD]: Ja, das tut weh, nicht wahr?)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ja, ich kann verstehen, dass die Wahrheit hart ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Lachen und Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Ich kann auch verstehen, dass Sie das zurzeit besonders schwer trifft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Nur, das Problem ist: Sie finden die Wahrheit nicht!)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie diese Debatte, die Sie mit Halbwahrheiten geführt haben, als Rückkehr zur Sachpolitik bezeichnen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Präsident!)

mit der Sie von der Spendenaffäre ablenken wollen,

(Widerspruch und Lachen bei CDU und F.D.P.)

dann wird daran sehr deutlich,

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben Sie nicht mal was Neues?)

dass Sie nicht in der Lage sind, die Gestaltung von Politik zukunftsfähig zu organisieren.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein, das habe ich gerade schon einmal gesagt: Keine Zwischenfragen!

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Kubicki, ich unterhalte mich gern mit Ihnen, aber ich möchte doch meine Ausführungen innerhalb meiner Redezeit zu Ende bringen. - Es gilt mehr als zuvor, unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu sichern, unser Land auch ökonomisch - und das heißt: die **Technologieentwicklung** der Zukunft - zu fördern. Eine **ökologische Steuerreform** ist das, Herr Kubicki, was Sie hier gerade vorgetragen haben - das möchte ich Ihnen gern noch einmal sagen -, genau nicht, nämlich eine Hauruck-Methode, bei der man eben sagt, ökologisch ist eine Steuerreform dann, wenn der Benzinpreis kräftig auf 5 DM angehoben wird. Genau das ist es nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, wenn Sie bei den hohen Energieverbrauchern eine Ausnahme machen!)

Wir sagen: Diese Gesellschaft muss schrittweise, berechenbar, Schritt für Schritt in Richtung einer Ökologisierung des Steuersystems umgewandelt werden. Die Leute müssen sich darauf verlassen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auf Sie ist doch überhaupt kein Verlass!)

(Minister Rainer Steenblock)

Die Investitionsentscheidungen müssen abschreibbar sein. Das ist der Weg, den wir gehen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb sage ich: Man muss das langsam, kontinuierlich, konsequent und berechenbar machen. Das ist der Weg, auf dem auch die Investitionsentscheidungen der Industriebetriebe in Richtung regenerative Energien, in Richtung Einspartechnologien gehen. Dies sind die Technologien der Zukunft.

Im Gegensatz zu Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, stellen wir uns mit einem Gesamtpaket einschließlich Ökosteuer den Herausforderungen der Zukunft, dem Klimaschutz und der Zukunft dieser Gesellschaft. Damit machen wir weiter und werden im Bundesrat als Landesregierung

(Martin Kayenburg [CDU]: Dazu werden Sie keine Chance mehr haben!)

die ökologische Steuerreform auch in den nächsten Jahren weiter unterstützen, und zwar im Sinne dieses Landes, dieser Republik.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt noch sechs Wortmeldungen vor.

(Unruhe und Zurufe: Oh nein!)

Ich sage es ja: Jeder kommt noch zu Wort. Man braucht nicht mit Zwischenrufen - und seien sie noch so lautstark - zu reagieren, sondern man kann sich zu Wort melden. Trotzdem bitte ich jeden, doch einmal darüber nachzudenken, ob nicht schon viel gesagt worden ist.

Ich gehe jetzt in der Reihenfolge der Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Abgeordneter Neugebauer das Wort, wenn er darauf noch Wert legt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich verzichte!)

- Der Herr Abgeordnete Neugebauer verzichtet.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Jetzt kommen die Beiträge nach § 56 Abs.4 der Geschäftsordnung. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg hat ein Presseinterview der „Welt am Sonntag“ vom 9. Januar dieses Jahres angesprochen, in dem ich

mit dem Satz zitiert wurde, für mich seien 4 DM bis 5 DM je Liter Benzin denkbar.

Dieses Zitat ist falsch und über „dpa“ am 10. Januar umgehend dementiert worden. Das Zitat entspricht auch nicht meiner Meinung. Meine Meinung ist, dass eine Steuererhöhung von 6 Pf Autofahrer nicht zum Umsteigen auf die Bahn veranlassen wird, dass der Benzinpreis wesentlich höher wäre, wenn man die Umwelt- und Gesundheitsfolgekosten in die Energiepreise einrechnen würde, und dass jede **Benzinpreiserhöhung** sozialverträglich gestaltet werden muss, weil sie die Menschen mit geringerem und höherem Einkommen unterschiedlich trifft.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Mehr habe ich in dem Presseinterview nicht gesagt.

Ich habe der regionalen Presse in Stormarn in einer Presseerklärung vom 15. Januar noch einmal gesondert mitgeteilt, was wirklich gelaufen ist, weil mein CDU-Gegenkandidat vor Ort dieses Zitat verständlicherweise ebenfalls sofort verwendet hatte. Ich habe Herrn Wagner - so heißt mein Gegenkandidat - persönlich angesprochen und gebeten, das Zitat aus der „Welt am Sonntag“ nicht weiter zu verwenden, weil es falsch ist. Ich habe so viel Vertrauen zu Herrn Wagner, dass er dies auch nicht mehr tun wird, nachdem ich ihn darüber aufgeklärt habe.

Ich bitte Herrn Kayenburg, die CDU-Fraktion und den CDU-Landesverband ebenfalls, das in die Welt geratene falsche Zitat nicht weiter zu verwenden. Alles andere empfände ich als unfair.

Ich habe keinen Grund, an der Fairness von Herrn Kayenburg zu zweifeln.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe noch ein Zitat von einem berühmten Philosophen vorzutragen.

(Frauke Tengler [CDU]: O ja, bitte!)

„Wir sind der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet. Zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für heutige und künftige Generationen sind auch weiterhin erhebliche

(Karl-Martin Hentschel)

Anstrengungen notwendig. Umweltschutz erfordert von den Menschen aktives Mitgestalten wie auch Verzicht.“

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Das notwendige Bewusstsein hierfür ist vorhanden.“

Na, was glauben Sie wohl, wer das war?

(Holger Astrup [SPD]: Das kann nur Kayenburg gewesen sein!)

Das ist das CDU-Landtagswahlprogramm 2000!

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn das schon große Philosophie für Sie ist - -!)

Was ist das bloß für eine erbärmliche Partei, die zur Landtagswahl antritt, deren Fraktionsvorsitzender aber nicht einmal das eigene Programm gelesen hat.

(Beifall und Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Oder war es der ökologische Philosoph Rühle, der das diktiert hat und heimlich hineinschreiben ließ?

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zur Sache!

(Zuruf von der CDU: Das wird auch Zeit!)

Das zentrale Problem für die Arbeitsplätze in diesem Land, in den Sektoren, in denen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, in den neuen Technologien, in den Dienstleistungen, in den wissenschaftsnahen Technologien, im Dienstleistungssektor, im Tourismus, im Handwerk sind die **Lohnnebenkosten** über die Sozialabgaben in Höhe von über 40 %.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Lohnnebenkosten insgesamt!)

Das ist der zentrale Punkt.

Diese Lohnnebenkosten werden ab der ersten Mark erhoben, die verdient wird. Das ist das Problem, vor dem alle kleinen und mittleren Betriebe in den Dienstleistungssektoren, in den personalintensiven Betrieben dieses Landes stehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Hentschel, davon haben Sie doch überhaupt keine Ahnung!)

Deswegen haben alle diese Betriebe ein großes Interesse daran, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden,

und sie haben überhaupt kein Interesse daran, dass die Mehrwertsteuer gesenkt wird, die Ökosteuer gesenkt wird und dafür die Lohnnebenkosten noch mehr steigen, wie Sie das immer vorschlagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie etwas davon verstünden, würden Sie nicht einen solchen Unsinn reden!)

Die Mehrwertsteuer wird auf alle umgeschlagen, aber die Lohnnebenkosten fallen direkt auf dem Arbeitsplatz an. Das ist das Problem.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und warum haben Sie die 630-DM-Arbeitsverhältnisse abgeschafft?)

Über die Preiselastizität gibt es sehr genaue Studien und wenn Sie Interesse daran haben, können Sie diese Studien von mir haben. Sie können aber auch ein paar Meter weiter gehen; es gibt nämlich nebenan das Weltwirtschaftsinstitut, in dem Sie über diese Dinge sehr viel erfahren können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da bin ich vielleicht häufiger als Sie! - Glocke des Präsidenten)

- Ich ende, weil meine Zeit abgelaufen ist - -

(Beifall bei der CDU)

Oder ist das ein Fehler? - Es ist richtig!

Ich ende wiederum mit einem Zitat von einem berühmten Philosophen:

„Immer wieder habe ich die Erfahrung machen müssen, dass das Finanzministerium vor allem als Haushaltsministerium betrachtet wird, ohne die großen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erkennen, die in der Steuerpolitik liegen. Das mag erklären, warum es immer noch keine ökologische Steuerreform gibt.“

Und dann schließt er:

„Auch die Zukunft der liberalen Partei selber wird davon abhängen, ob sie den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu einem Schwerpunkt liberaler Politik der Zukunftsverantwortung macht.“

(Beifall bei der F.D.P.)

So Hans-Dietrich Genscher 1997!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen es aber auch verstehen, nicht nur vorlesen!)

(Karl-Martin Hentschel)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, Sie sind lernfähig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Als nächster hat nach § 56 Abs. 4 Herr Abgeordneter Matthiessen das Wort.

(Zurufe)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie von der Opposition wollen eine Wahl gewinnen und jetzt zeigen Sie schon solche Konditionsschwierigkeiten?

(Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Kollege Kubicki hat von der Erhöhung der **Dieselpreise** gesprochen. Wenn wir vom Lastverkehr reden, von der LKW-Konkurrenz, reden wir von den Niederlanden, von Dänemark und vom Diesel. Da ist das Problem im europäischen Vergleich, dass diese beiden Länder beim Dieselpreis mehr als einen Groschen über dem der Bundesrepublik Deutschland liegen. Also kann ich die Logik Ihrer Ausführung in keiner Weise erkennen.

Aber, meine Damen und Herren, ich habe auch eine ganze Zitatensammlung -

(Zurufe)

alles Äußerungen aus der CDU, aus Wirtschaftskreisen, von der F.D.P. und so weiter. Dort ist ja schon sehr viel Bemerkenswertes gesagt worden. Ich will das nicht wiederholen, aber ich möchte doch auf einen Aspekt aufmerksam machen: Wenn die Politik erkannt hat, dass es so etwas wie die Anlastung externer Kosten verursachergerecht geben muss, wenn die CDU bereits Mineralölsteuererhöhungen gemacht hat, wenn die F.D.P. sogar mit einer CO₂-Komponente versehene Ökosteuermodele vorgelegt hat, wenn die CSU, der Umweltarbeitskreis der CSU, auf der Zeitschiene irgendwo bei 4,20 DM landen würde,

(Unruhe und Zurufe)

dann muss man doch sagen, dass die Politik im Grunde in der **Ökosteu** eine große Übereinstimmung hat. Das hat Anke Spoorendonk ausgeführt.

Es ist unredlich, in der Argumentationsnot, in der Aktualität, hier im Lande einen Wahlkampf bestehen zu müssen, populistisch in die Kiste zu greifen und daraus eine dicke Kampagne dagegen zu machen, eine Kampagne gegen die eigene und vielfach dokumentierte Vernunft.

(Zurufe von der CDU)

Und das empört mich an der CDU-Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Kubicki das Wort. - Er verzichtet.

Dann hat jetzt nach § 56 Abs. 4 die Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren, im Augenblick ist das die letzte Wortmeldung.

(Beifall)

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Steenblock, Sie haben mit bewegten Worten geschildert, wozu man eine **ökologische Steuerreform** braucht und was man damit alles machen könnte. Das ist ja wunderbar, bloß, das, was in Berlin verabredet worden ist und was uns hier belastet, ist keine ökologische Steuer, sondern es ist eine Ökosteu und die hat mit Ökologie so viel zu tun wie Gustav mit Gasthof.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Problem unseres Landes am Ende des ausgehenden Jahrhunderts ist doch, die gesamte Belastung der Bevölkerung wieder zu senken, nachdem die Wiedervereinigung geschultert werden musste.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir gemacht! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wer hat das gemacht?)

Die Steuerreform ist stecken geblieben - das wissen Sie doch auch - an Ihrem eigenen Widerstand. Also war die erste Aufgabe, Steuern zu senken. Was haben Sie gemacht? - Sie haben Steuern erhöht. Die Gesamtbelastung ist gestiegen. Sie haben damit die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt und erwarten nun Beifall auf allen Ebenen. Bloß, der Beifall kommt nicht. Es wirkt preistreibend - überall. Trotz der Liberalisierung des Strommarktes sind die Stromkosten gestiegen!

Ein letztes Wort - dann höre ich auf - zu Ihrer Behauptung, Herr Minister, die Beiträge aus der Ökosteu würden wieder voll ausgeschüttet und gingen an die Bevölkerung zurück!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist längst geschehen!)

(Brita Schmitz-Hübsch)

- Das ist nicht wahr!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich!)

Im Jahre 2003 - in der jetzigen Endfassung, die jetzt vorgesehen ist - wird die Ökosteuer etwa 38 Milliarden DM Einnahmen erbringen. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, der vor der Einführung der Ökosteuer 20,3 % betragen hat, soll auf rund 19 % sinken. Das bedeutet eine Entlastung der Beitragszahler um gut 20 Milliarden DM. Das heißt, fast die Hälfte, 18 Milliarden DM, sollen dem allgemeinen Haushalt zugeführt werden und bedeuten lediglich eine Umfinanzierung der Beiträge, die bisher aus dem Bundeshaushalt in die Rentenkasse fließen. Also, es stimmt nicht, dass es wieder zurückfließt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! Das ist falsch! Das ist schlicht falsch!)

Es wird zur Finanzierung verwendet. Und das muss hier klargestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse jetzt über den Antrag der CDU, Drucksache 14/2675, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Meine Damen und Herren, ich bitte, noch einen kleinen Moment zuzuhören: Es ist mir mitgeteilt worden, dass morgen früh mit dem Tagesordnungspunkt 14 begonnen werden soll.

Weiter haben mir die Parlamentarischen Geschäftsführer mitgeteilt, dass die Tagesordnungspunkte 17 und 41 ohne Aussprache behandelt werden sollen.

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass gleich unmittelbar vor dem Plenarsaal die Eröffnung der Ausstellung Krützfeld stattfinden wird, zu der Herr Dr. Wienholtz eingeladen hat.

Im Übrigen wünsche ich Ihnen einen guten Nachhauseweg. Morgen früh um 10:00 Uhr wird die Tagung fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:19 Uhr